



ACHTUNG INHALT

Unser GRÜNES Wahlprogramm
Für die Stadt Kiel und Ihre Menschen



Am 6. Mai ist
Kommunalwahl

**Dieses Kommunalwahlprogramm wurde von den Mitgliedern des Kreisverbandes
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Kreismitgliederversammlung am 24. Januar 2018
beschlossen.**

Inhaltsverzeichnis

1 Präambel7

2 Ökologie8

Grüne Politik hat in Kiel in dieser Hinsicht schon viel erreicht8

2.1 Mit gutem Beispiel vorangehen9

2.2 Nachhaltige Kieler Woche10

2.3 Die Kieler Waldflächen10

2.4 Stadtgrün entwickeln, Biodiversität fördern11

2.5 Nachhaltiger Konsum und Verantwortung der Verbraucher*innen13

2.6 Nachhaltig einkaufen14

2.7 Abfall14

2.8 Lebensmittelverschwendung15

2.9 Tierschutz15

Ernsthafter Artenschutz in der Ostsee16

2.10 Umweltbildung16

2.11 Flächenverbrauch17

2.12 Divest now!17

2.13 Energiewende in Kiel18

3 Mobilitätswandel für bessere Luft18

3.1 Klimaschutz erfordert Verkehrswende19

3.2 Sichtbare Verkehrswende im Straßenraum19

3.3 Kiel – die neue Fahrrad- und Fußgänger*innen-Hauptstadt19

3.4 Die Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) fit für die Zukunft machen21

3.5 Tarife22

3.6 Auch in der Stadt auf die Schiene!22

3.7 Ein Herz für Pendler*innen23

3.8 Saubere Schifffahrt23

3.9 Fördeschifffahrt24

3.10 Straßen24

3.11 Parkraum24

3.12 E-Mobilität ausweiten25

4 Stadtentwicklung26

4.1 Wohnungsbau26

4.2 Energetische und ökologische Kriterien27

4.3 Soziale Kriterien, Angebote zur Quartiersvernetzung28

4.4 Neuanfang in der Flächenpolitik28

4.5 Gründung einer Wohnungs(bau)gesellschaft29

- 4.6 Kieler Altstadt29
- 4.7 Entwicklung neuer Quartiere29
- 4.8 Kiel wächst –Ein neuer Stadtteil auf dem Flughafengelände30
- 5 Perspektiven der Kieler Wirtschaft: Nachhaltigkeit und Zukunftsbranchen30
 - Maritime Wirtschaft31
 - Grüner Wirtschaften – Nachhaltigkeit in Unternehmen31
 - Digitalen Wandel gestalten32
 - Strukturen der Kultur- und Kreativwirtschaft und Innovation ausbauen32
 - Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen – KielRegion stärken33
 - Wirtschaftsförderung weiter fokussieren33
 - Gewerbeflächen gemeinsam mit dem Umland entwickeln34
- 6 Bildung34
 - 6.1 Kiel ist bunt und vielfältig34
 - 6.2 Kiel ist eine wachsende Stadt35
 - 6.3 Auf den Anfang kommt es an – gute Krippen und Kitas35
 - Kita-Qualität in den Fokus35
 - Fachkräfte in der Kinderbetreuung36
 - Kitaausbauprogramm37
 - Kita isst lecker – und gesund.37
 - Orientierung für geflüchtete Familien im Kita-System38
 - Familienzentren38
 - 6.4 Unterstützung für Schüler*innen und Eltern38
 - Ausbau der Schulkindbetreuung38
 - Für ausgeschlafene Schüler*innen in Kiel39
 - Übergang von der Kita in die Schule39
 - Verständlichkeit des komplexen Schulsystems39
 - Orientierung und Unterstützung für geflüchtete Familien im Schul-System39
 - Schularten in Kiel39
 - Die Gymnasien werden wir auf dem Weg zurück nach G9 unterstützen.40
 - Ganztagsschulen40
 - Bildungsoffensive – Sozialindikatoren40
 - Schulbauprogramm 2.040
 - Innovative Schulneubauten41
 - Gesundheit an Kieler Schulen – Trinkwasser41
 - Vielfalt an Kieler Schulen42
 - Regionale Berufsbildungszentren (RBZ)42
 - Mensaessen – gesund und lecker42

- Schulsozialarbeit43
- Inklusion an Schulen43
- Medienkompetenz in Kieler Kindertageseinrichtungen Schulen43
- 6.5 Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf44
 - Jugendberufsagentur44
 - Übergangsmanagement44
- 6.6 Weiterbildungseinrichtungen45
- 6.7 Bildungsregion Kiel45
- 7 Sozialpolitik für ein Kiel45
 - 7.1 Eine Stadt für alle – für ein neues Kiel-Gefühl46
 - Ein Kiel der starken Stadtteile48
 - Ein Kiel – auch für Arme49
 - Ein Kiel – mit Wohnraum und guter Nachbarschaft für alle50
 - 7.2 Ein Kiel – in Vielfalt51
 - Vielfalt – auch in der Verwaltung51
 - Gender Mainstreaming52
 - Frauen stärken52
 - Einwanderungsgesellschaft gestalten53
 - Geflüchtete willkommen heißen und integrieren54
 - Unterbringung von Geflüchteten54
 - Unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ihre Rechte gewähren54
 - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und queere Personen (LSBTIQ*)55
 - Teilhabe für Menschen mit Behinderungen56
 - Älter werden in Kiel56
 - Jüdisches Leben fördern57
 - 7.3 Für ein Kiel der Familien57
 - Informationen zugänglich machen und Orientierung schaffen57
 - Unterstützung im Alltag58
 - Kinder- und Jugendarbeit58
 - Alleinerziehende stützen59
 - Familien in Krisen brauchen unsere volle Unterstützung – so früh wie möglich59
 - 7.4 Für ein Kiel, das hilft wieder aufzustehen60
 - Arbeitsmarktpolitik – die richtige Unterstützung zur richtigen Zeit60
 - Vorbeugung gegen Verschuldung60
 - Suchthilfe60
 - Wohnungslose Menschen61
 - Menschen ohne Papiere61

- 8 Faktor Kultur – Kiel als Stadt der Kultur(en)61
 - 8.1 Kultur fördern62
 - 8.2 Stadt der Kulturen63
 - 8.3 Kreative Stadtentwicklung – mehr Raum für Kultur63
 - 8.4 Kreativzentren64
 - Alte Mu Impuls Werk – kreatives Wohnen und Arbeiten in der Innenstadt65
 - 8.5 Kunst im öffentlichen Raum65
 - 8.6 Erinnerungskultur stärken, Kiels Geschichte aufarbeiten66
 - 8.7 Digitale Chancen nutzen66
 - 8.8 Kommunale Kultureinrichtungen weiterentwickeln66
- 9 Sport - Kiel bewegt sich68
 - 9.1 Sportvereine sind das Rückgrat des Sports68
 - 9.2 Förderung des individuellen Sports68
 - 9.3 Sanierung von Sportanlagen68
 - 9.4 Schwimmen in Kiel68
 - 9.5 Inklusion im Sport69
- 10 Sicherheit und Ordnung69
- 11 Bürgernahe und mitarbeiter*innenfreundliche Verwaltung70
 - 11.1 Verwaltung und Haushalt72
 - 11.2 Haushaltssteuerung74
- 12 Bürgerbeteiligung und innerstädtische Demokratie74

1 Präambel

Liebe Kieler*innen,

Kiel wächst – und steht dabei vor großen Herausforderungen. Es wird immer schwieriger, bei uns eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir beginnen die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren, was für eine Stadt am Meer eine besondere Situation darstellt, und auch in Kiel driften wir als Stadtgesellschaft weiter auseinander. Das führt bei einigen dazu, dass sie an den Grundpfeilern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zweifeln – oder zumindest den Gegner*innen ihre Stimme geben. Im Vergleich zu Herausforderungen, die unsere Stadt in ihrer Geschichte bewältigt hat, scheint dies fast klein. Immerhin hat Kiel das schnelle Wachstum nach der Ernennung zum Kriegshafen im 19. Jahrhundert, den nötigen Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs oder auch den Wirtschaftswandel, durch den viele Werften schließen oder stark schrumpfen mussten, erlebt. Für die Bewältigung dieser und auch der aktuellen Herausforderungen braucht es Ideen, Mut und kluges Handeln – und genau das möchten wir Grüne Ihnen anbieten.

Kiel hat sich in den vergangenen Jahren spürbar und sichtbar verändert. Hing uns früher der Ruf einer unattraktiven Stadt nach, versehrt durch unschöne Nachkriegsbauten, die zudem noch wenig aus sich macht, so wohnen mittlerweile viele Kieler*innen gerne hier. Viele andere kommen in unsere innovative und dynamische Stadt am Meer. Zahlreiche bereits umgesetzte Infrastrukturprojekte haben das Erscheinungsbild der Innenstadt modernisiert. 34.000 Studierende beleben die Stadt und tragen zu einer attraktiven Café- und Kneipenkultur bei. Künstler*innen und Kreative eröffnen Ateliers und Pop-up-Shops. Weit über 100 Millionen Euro wurden in den vergangenen Jahren in Schulmensen, Neubauten und Sporthallen investiert. Mit dem Neubau des Geomar entsteht Europas größte Meeresforschungseinrichtung auf dem Kieler Ostufer. Fast nebenan wird mit dem Gasmotorenkraftwerk ein Vorreiterprojekt in Kiel gebaut, das eine nachhaltige Energieversorgung ohne Kohlestrom ermöglicht. Kieler Einzelhändler*innen unterstützen die Idee „Kiel als plastiktütenfreies Vorbild“. Kiel ist Klimaschutzstadt und hat mit dem „Masterplan 100% Klimaschutz“ einen ambitionierten Fahrplan in die Zukunft entwickelt.

Wir tragen seit 15 Jahren politische Verantwortung in Kiel, im vergangenen Jahr auch bei wechselnden Mehrheiten. Immer wieder waren wir die Impulsgebenden, und viele der aktuellen Entwicklungen in der Stadt haben wir mit angestoßen. Wenn Kiel lebenswert bleiben will und alle daran teilhaben sollen, bleibt viel zu tun, und wir möchten mit anpacken!

Wir wollen die Lebensqualität steigern, indem wir Stadtnatur erhalten und fördern. Wir wollen, dass die zentrale Stärke Kiels, die Förde, noch besser als Naherholungsraum genutzt werden kann und gleichzeitig, dass die durch sie verursachte räumliche Spaltung der Stadt minimiert wird.

Wir wollen *ein* Kiel, in dem einzelne Teile der Bevölkerung nicht länger hinterherhinken, und eine Stadt, die Chancen eröffnet. Weder die Kinder von Geflüchteten noch von Hartz-IV-Empfänger*innen sollen ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Um sozialer Spaltung entgegenzuwirken, wollen wir, dass bezahlbarer Wohnraum nicht nur in zwei oder drei Stadtteilen zur Verfügung steht.

Mehr Menschen bedeuten auch mehr Verkehr. Wir wollen nachhaltige Mobilität fördern, um die Luftqualität in der Stadt zu verbessern, um Klimaschutzziele einzuhalten und damit die Innenstadt-Dynamik auch weitere Stadtteile erreicht – ohne sie zu gentrifizieren.

Wir wollen Familien unterstützen, indem mehr Kita-Plätze entstehen und ein Schulbauprogramm 2.0 auf den Weg gebracht wird. Wir setzen auf die Stärke der kulturellen Vielfalt in Kiel, um kulturelle Teilhabe für Alle zu ermöglichen.

Wir wollen die digitale Infrastruktur weiter ausbauen und die Chancen nutzen, die sich aus dem digitalen Wandel ergeben – ohne Risiken und negative Veränderungen zu vernachlässigen.

Wir wollen eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, um nachhaltiges und soziales Unternehmertum zu unterstützen.

In den nachfolgenden Kapiteln werden wir Ihnen unsere Antworten auf diese Herausforderungen vorstellen. Unsere Vorschläge sind in den vergangenen Monaten im Austausch mit Expert*innen, im Dialog mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft und basierend auf Anregungen aus von uns organisierten öffentlichen Veranstaltungen entstanden. Wir laden Sie ein, mit uns über die besten Ideen für Kiel zu diskutieren – und uns dann am 6. Mai Ihre Stimme zu geben.

2 Ökologie

Wohin soll Kiel sich entwickeln? Selten lagen Chancen und Risiken in einer Wahlperiode so nah beieinander. Wir wollen, dass Kiel die Chancen ergreift und ihr Profil als eine lebenswerte, ökologische, progressive und moderne Stadt schärft. Eine Stadt, geprägt von Innovationen und Fortschritt, die mehr Gerechtigkeit schafft und sich dafür auf die eine Grundlage besinnt: Ökologie. Für viele ist Ökologie ein strategisches Element, für uns ist es Markenkern und Leitmotiv zugleich. Darum muss Ökologie in allen Gesellschaftsbereichen eine zentrale Rolle spielen und ihre Kraft auch als wirtschaftlicher Innovationsmotor entfalten können.

Grüne Politik hat in Kiel in dieser Hinsicht schon viel erreicht

So wurde 2013 der „Kieler Aktionsplan Bienenschutz“ beschlossen, um die Lebensbedingungen und Lebensräume für alle Bienenarten und andere Pollen und Nektar suchende Insekten in Kiel zu verbessern. Ein weiterer wichtiger Punkt unserer Politik ist das 2014 beschlossene Kieler Waldkonzept. Hierbei stehen die Lebens- und

Reproduktionsfähigkeit potentiell natürlicher Waldgesellschaften sowie deren naturnahe Entwicklung im Vordergrund.

Die Kieler Mobilität haben wir durch den Umsteiger am Hauptbahnhof auf Kurs Richtung Moderne gebracht.

Beim Thema Müllvermeidung sind wir mit der Initiative „Kiel soll plastiktütenfreies Vorbild werden“ ein großes Stück vorangekommen. Nach drei Runden Tischen mit Vertreter*innen aus Einzelhandel, Verbraucher- und Umweltverbänden, Verwaltung und Selbstverwaltung wurde eine gemeinsame Kampagne „Plastiktütenfrei. Wir sind dabei“ initiiert.

Auf unser Betreiben hin wurden – basierend auf den Ergebnissen eines Bürger*innen-Workshops – Planungen für die Umgestaltung und ökologische Aufwertung des Schützenparks erarbeitet. Der Schützenpark ist eine sehr wichtige Grüntangente im Herzen von Kiel.

Langfristig ist es unser Ziel, Kiel zum ökologisch-progressiven Zentrum Schleswig-Holsteins zu machen und uns dadurch den EU Green Capital Award zu verdienen. Auch mit dem „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ hat sich die Stadt ein ambitioniertes Ziel gesetzt, dessen Umsetzung für uns höchste Priorität hat. Der Kurs ist also klar, die Segel sind gesetzt. Lasst uns in See stechen!

2.1 Mit gutem Beispiel vorangehen

Als Institution gehört die Landeshauptstadt Kiel zu den größten Arbeitgeber*innen in Schleswig-Holstein, sie hat insgesamt über 5.000 Beschäftigte, benutzt 1024 Gebäude, wovon 723 in ihrem Eigentum sind und ist 100-prozentige Eigentümerin von 11 Eigenbetrieben. Damit hat die Landeshauptstadt direkten Einfluss darauf, welche Produkte unter welchen Bedingungen konsumiert werden und kann mit gutem Beispiel vorangehen. Daher fordern wir, dass die Mensen in öffentlichen Einrichtungen der Landeshauptstadt, nicht nur in Schulen, mehr vegetarisches und bio-zertifiziertes Essen anbieten, um so Tausenden von Menschen die Möglichkeit für eine gesunde, qualitativ hochwertige und klimafreundliche Ernährung zu ermöglichen.

Auch über Nahrungsmittel hinaus setzen wir uns für strengere Regeln für eine nachhaltige und ökologische Beschaffung von Produkten ein. Wir wollen zum Beispiel bei Berufskleidung, Büromobiliar oder elektronischen Geräten ein größeres Augenmerk auf die Produktionsbedingungen sowie auf die gesamte Nachhaltigkeit des Produktes legen. Die Energieversorgung der öffentlichen Liegenschaften werden wir vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Das Potential an Energieeinsparungen durch Gebäudesanierung und die Anschaffung von energieeffizienten elektronischen Geräten muss genutzt werden. Auch bei der Beschaffung von Fahrzeugen muss die Zukunft abgasfreien Technologien gehören, um die Landeshauptstadt damit zur Vorreiterin und Vorbild für andere öffentliche Institutionen, wie zum Beispiel die Hochschulen, zu machen.

Wir fordern die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz der Landeshauptstadt Kiel nach den Bewertungskriterien der Gemeinwohlökonomie, um die Ausrichtung an den grundsätzlichen Zielen des Gemeinwohls wie Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Transparenz zu dokumentieren und nach außen sichtbar zu machen sowie zukünftige Handlungsfelder abzuleiten.

Den Beirat für Naturschutz werden wir durch eine neue Satzung transparenter und offener für neue Impulse gestalten. So wird die hohe fachliche Kompetenz des Beirats mit mehr Bürger*innennähe verbunden.

Der bisherige Innen- und Umweltausschuss soll zu einem Ausschuss für Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen werden, in dem neben dem Umweltbereich auch alle Themen rund um Klimawandel und -anpassung, Energie sowie der Themenbereich Mobilitätswende angesiedelt sind.

Wir wollen stadtteigene Liegenschaften auf Effizienzhaus-40-Standard sanieren. Bei Neubauten der Stadt, Ausschreibungen und städtisch geförderten Projekten wollen wir die Nutzung von Holz als Baustoff aus nachhaltigem Anbau fördern. So wird Kohlenstoff langfristig der Atmosphäre entzogen, was zum Klimaschutz beiträgt. Auch wollen wir Kriterien zur Wiederverwertbarkeit städtischer Neubauten erarbeiten.

Die Potentiale zur Nutzung von Solarthermie und Photovoltaik auf den Dächern von städtischen Liegenschaften sowie den Einsatz von Wärmepumpen und alle finanziell rentablen Energieeffizienzmaßnahmen wollen wir zügig ausschöpfen.

2.2 Nachhaltige Kieler Woche

Die Kieler Woche lockt jedes Jahr etwa drei Millionen Besucher*innen nach Kiel und besitzt damit weitreichende Anziehungskraft. Diese von Traditionen und Weltoffenheit geprägte Veranstaltung hinterlässt aber bislang einen riesigen ökologischen Fußabdruck. In Zukunft wollen wir die Müllberge und den enormen Energieverbrauch der Kieler Woche reduzieren. Als einen ersten Schritt wollen wir ein einheitliches Mehrwegsystem für Becher und Geschirr einführen, ähnlich dem Kieler Weihnachtsmarkt. Perspektivisch ist unser Ziel, alle Großveranstaltungen auf Zero-Waste umzustellen. Außerdem streben wir eine klimaneutrale Kieler Woche an. Dies wollen wir unter anderem durch die Versorgung mit 100 Prozent Ökostrom und CO₂-Ausgleichsmaßnahmen erreichen.

Den gesellschaftlichen Aspekt der Nachhaltigkeit wollen wir fördern, indem wir Angebote von Bürger*innen für Bürger*innen, wie beispielsweise die Initiative "MUDDI Markt" mit einem Mix aus Workshops, Musik und einer nachhaltigen Essensauswahl unterstützen. Für solche Angebote aus der Zivilgesellschaft sollen auch entlang der Kiellinie attraktive Standplätze vorgehalten werden.

2.3 Die Kieler Waldflächen

Das Waldkonzept aus 2014 bietet eine wertvolle Grundlage für eine naturnahe Entwicklung und Vermehrung des Kieler Stadtwaldes. Wir sehen den Nutzungsfokus im

Bereich des Arten- und Klimaschutzes und nicht in der wirtschaftlichen Nutzung durch den Verkauf von geschlagenem Holz. Dies bedeutet für uns, dass wir uns zukünftig in unserem Wald noch stärker auf Erholung und Umweltbildung konzentrieren werden.

Damit der Kieler Stadtwald noch mehr Raum für Erholung, aber auch bedrohte Tier- und Pflanzenarten bietet, werden wir die Waldfläche – dort, wo es ökologisch sinnvoll ist – ausweiten und so auch einen Beitrag für mehr Wald im waldarmen Schleswig-Holstein leisten.

2.4 Stadtgrün entwickeln, Biodiversität fördern

Die Lebensqualität in Kiel ist eng verbunden mit der Nähe zur Förde und innerstädtischen Grünflächen, die von klassischen Parks über Grüntangenten hin zu Kleingärten reichen. Davon profitieren nicht nur wir Menschen, sondern auch eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen, die im städtischen Umfeld ein Zuhause gefunden haben; jenseits der durch intensive Landwirtschaft geprägten Monokulturen im Umfeld von Kiel. Mit dem Kieler „Aktionsplan Bienenschutz“ haben wir bereits eine gute Ausgangslage, um Bienen, aber auch andere Pollen und Nektar suchende Insekten zu schützen. Wir wollen darüber hinaus Initiativen wie Stadtimkerei, Blühstreifen oder etwa bunte Baumscheibe – also die Flächen rund um Straßenbäume – fördern. Durch mehr Blumen- und Staudenwiesen sowie künstliche und natürliche Nisthilfen werden wir für Nahrung und Wohnraum für die für Menschen und Natur lebensnotwendigen Insekten sorgen. Wir wollen aber noch mehr „buntes Grün“ in unserer Stadt durch eine weitere Extensivierung der Pflege von öffentlichen Grünflächen und dem großflächigen Anlegen von Blühstreifen, um so das Nahrungsangebot für Insekten zu vergrößern.

Kiel braucht ein ökologisches Beleuchtungskonzept, damit alle – das Klima, die Natur und der städtische Haushalt – von einer ökologischen Stadtbeleuchtung profitieren können. Bei künftigen Ausschreibungen soll das Beleuchtungskonzept als Vorgabe berücksichtigt werden. Beleuchtung ist primär dafür da, dass sich Menschen bei Dunkelheit sicher bewegen können. Jedoch sind die Auswirkungen von Straßenbeleuchtung und Beleuchtung in Ballungsräumen im Allgemeinen sehr vielfältig und weitreichend. Daher eröffnet ein modernes ökologisches Beleuchtungskonzept großes Potential für Kiel als Klimaschutzstadt bei der Einsparung von Energie und damit einer Reduktion der CO₂-Emissionen. Ebenso würde Kiel als Mitglied des Zusammenschlusses „Kommunen für biologische Vielfalt“ einen Beitrag zur Reduktion ungezielt gestreuter Beleuchtung leisten, die dem Menschen nicht nützt und der Natur schadet.

Neben der Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sollen beim Beleuchtungskonzept im Besonderen artenschutzfachliche, ökologische und die Energieeffizienz betreffende Belange Berücksichtigung finden. Im Rahmen dieses Konzeptes sollen neben der Straßenbeleuchtung auch andere Lichtquellen im öffentlichen Raum mit einbezogen werden. Bei der Erarbeitung dieses Konzeptes soll auf die Erfahrungen anderer Kommunen im Allgemeinen und im Besonderen auf die erfolgreiche Erarbeitung und Umsetzung eines solchen Konzeptes in Zürich

zurückgegriffen werden. Um in diesem Konzept lokale ökologische, historische, soziale oder sonstige Besonderheiten im Detail berücksichtigen zu können, soll die Erarbeitung gemeinsam mit betroffenen Interessengruppen wie zum Beispiel Naturschutzverbänden, dem Denkmalschutz oder der Polizei erfolgen.

Wir wollen, dass Kiel eine „Essbare Stadt“ wird und Bürger*innen an verschiedenen Stellen in der Stadt Obst, Gemüse und Kräuter anbauen und sich bedienen dürfen. So steigt die Wertschätzung von regionalen und saisonalen Lebensmitteln, der Gemeinschaftssinn wird gefördert und die Stadt lebens- und liebenswerter.

Wir wollen zudem Kleingärtner*innen und anderen interessierten Bürger*innen gezielt die Möglichkeit bieten, sich eigenständig mit der ökologischen Gestaltung ihres Gartens zu beschäftigen, indem wir einen grünen Muster-/Infogarten einrichten. Hier bestehen gute Vernetzungsmöglichkeiten mit lokalen Permakulturprojekten und zivilgesellschaftlichen Urban Gardening-Ansätzen, die wir ebenfalls weiter ausbauen werden. In diesem Zusammenhang können ebenfalls sozialarbeiterische, aktivierende Projekte wie „Bürger an die Beete“ realisiert werden sowie alternative Nutzungskonzepte wie interkulturelle Gärten, Gemeinschaftsgärten, Frauengärten, Gärten für Kitas oder Schulen.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die Umsetzung des 2016 beschlossenen Kieler Kleingartenkonzepts voranzutreiben, um diesen wichtigen Bestandteil des Kieler Stadtgrüns langfristig zu erhalten und für alle Kieler*innen attraktiver zu gestalten. Hierzu gehört für uns auch die Modernisierung der zum Teil nicht mehr zeitgemäßen Strukturen des Kieler Kleingartenwesens. Um dieses flexibler und zukunftsfähiger zu machen, sollen zeitlich befristete Verträge die Möglichkeit zu gärtnerischem Ausprobieren geben und neue Gartenformen und Nutzungsmodelle in das bestehende System integriert werden.

Wir wollen das Stadtgrün erlebbarer machen und dadurch die Wertschätzung für dieses steigern. Ein neuer Weg durch die Kleingärtenachsen der Stadt spielt für uns hierbei eine wichtige Rolle.

Stadtgrün geht aber über Parks, Straßenbegleitgrün oder Waldflächen hinaus. Gerade in einer sich entwickelnden Stadt wie Kiel gibt es viele Möglichkeiten der grünen Stadtgestaltung. So wollen wir Anreize für private Hausbesitzer*innen schaffen, ihre Hinterhöfe in einem ökologischen Sinne zu nutzen, indem wir zum Beispiel durch die Fortführung des Hinterhofwettbewerbes der Landeshauptstadt Kiel einen Impuls setzen. Auch auf Dächern und an Fassaden werden wir Begrünung fördern und Initiativen unterstützen, um so die Biodiversität und positive mikroklimatische Bedingungen im städtischen Umfeld zu fördern. Zudem soll es städtische Artenschutzstandards beim Neubau und bei Sanierungen geben, so dass beispielsweise Hausfassaden wieder als Nistplätze für Tierarten fungieren können. Dies dient besonders dem Insektenschutz, schafft aber auch Lebensräume für weitere Tierarten.

Die Landeshauptstadt Kiel verwendet bereits seit 1987 keine Pestizide mehr. Der dramatische Rückgang der Insektenpopulation in Deutschland zeigt, wie dringend notwendig es ist, auf den Einsatz von Pestiziden vollständig zu verzichten. Wir fordern ein Pestizidverbot auch auf den städtischen Flächen, die an private Nutzer*innen verpachtet sind und auf denen zurzeit ein solches Verbot noch nicht umgesetzt ist. Nun wollen wir auch die Anwendung von Pestiziden aus privater Hand in der Stadt massiv reduzieren. Dies soll mit Hilfe eines Runden Tisches geschehen, an dem nach dem Modell „Kiel als plastiktütenfreie Stadt“ Problemstellungen und Lösungswege mit Akteuren der Stadt diskutiert werden. Um Kiel auf den Weg zur pestizidfreien Stadt zu bringen, wird hierzu das Gespräch mit Baumärkten, Kleingärtner-Vereinen, Umweltverbänden und weiteren Interessierten geführt.

Für eine qualitativ noch hochwertigere Pflege der Kieler Grünanlagen, Biotope und Ausgleichsflächen sehen wir es als notwendig an, dass sowohl das Grünflächen- als auch das Umweltamt finanziell so ausgestattet werden, dass sie diese wichtigen Aufgaben vollständig erfüllen können. Um die naturnahe Pflege städtischer Flächen weiter zu verbessern, werden wir dafür eintreten, dass in Kiel mehr geprüfte Natur- und Landschaftspfleger*innen eingestellt werden. Beim Bildungszentrum für Natur, Umwelt und Ländliche Räume des Landes setzen wir uns dafür ein, dass die entsprechenden Fortbildungen auch wieder in Schleswig-Holstein angeboten werden.

Es ist unser Ziel, zusammen mit den Kieler Schulen ihre Schulhöfe zu entsiegeln, naturnäher zu gestalten und Schulgärten in möglichst jeder Kieler Schule zu etablieren, um den Kindern und Jugendlichen der Stadt die Auseinandersetzung mit ökologischen Themen und der Wertigkeit von Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Ein Weg hierzu wäre die Fortführung des bereits 2015 erfolgreichen stadtweiten Wettbewerbs „Naturnahe Schulhofgestaltung“. Dies liefert auch einen Beitrag zur Klimaanpassung und verbessert die Stadtentwässerung durch zusätzliche Versickerungsflächen.

Alle Maßnahmen zur Förderung der Stadtnatur sollen in einer kommunalen Strategie für Biodiversität gebündelt werden.

2.5 Nachhaltiger Konsum und Verantwortung der Verbraucher*innen

Aktuell übersteigt der globale Verbrauch die Menge an Ressourcen, die unser Planet innerhalb eines Jahres regenerieren kann, um etwa 60 Prozent. Insbesondere als Bewohner*innen der Industrienationen leben wir deutlich über unsere Verhältnisse. Die Folgen der aktuellen Wirtschaftsweise, zu dessen Folgen der Klimawandel, der Rückgang der Artenvielfalt, die Erschöpfung unserer Böden und die Ausbeutung von Arbeitskräften in den Erzeugerländern gehören, sind hinreichend bekannt. Dennoch wird noch immer viel zu wenig getan, um die drohende globale Katastrophe abzuwenden. Konsument*innen tragen Mitverantwortung für das vorherrschende Wirtschaftssystem und die ökologischen und sozialen Schäden, die tagtäglich unter Berufung auf die angeblichen Bedürfnisse und Forderungen der Verbraucher*innen angerichtet werden. Im Umkehrschluss bedeutet diese Einsicht jedoch auch, dass jede*r Einzelne die Macht hat, durch bewusstes Konsumverhalten jeden Tag aktiv etwas für eine nachhaltigere

und gerechtere Ressourcennutzung zu tun und die Produzent*innen damit letztlich zum Umdenken zu bewegen.

Wir richten in Kiel die kommunale Politik so aus, dass nachhaltiges und verantwortungsbewusstes Konsumieren allen Bürger*innen ermöglicht und nach und nach zur Selbstverständlichkeit wird.

2.6 Nachhaltig einkaufen

Ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltigerer Konsum ist der bevorzugte Einkauf regionaler und saisonaler Produkte, die eine besonders positive Umweltbilanz aufweisen und zudem die lokale (Land-)Wirtschaft und den Kontakt zwischen Produzent*innen und Konsument*innen stärken. Um allen Bürger*innen den Zugang zu saisongerechten Produkten aus dem Kieler Umland zu erleichtern, werden wir in Zukunft die Einrichtung weiterer Wochenmärkte prüfen sowie eine Markthalle mit Arbeitnehmer*innen-freundlichen Öffnungszeiten schaffen. Ebenso werden wir nachhaltige Initiativen wie solidarische Landwirtschaft, Einkaufsgemeinschaften, Food Sharing oder auch die Einrichtung eines Ernährungsrates weiter unterstützen und bewerben.

Auch im städtischen Einzelhandel setzen wir uns dafür ein, die Ansiedlung von Geschäften mit einem nachhaltigen Konzept zu fördern, soweit die Landeshauptstadt Kiel darauf Einfluss nehmen kann. Als mögliches Handlungsinstrument ist hierfür beispielsweise das Einzelhandelskonzept zu nennen. Das Angebot ökologischer und sozialverträglicher Produkte soll so sukzessive erhöht werden. Zudem wollen wir alle nachhaltig konsumierenden Kieler*innen mithilfe einer Öko-Card oder eines Klimasparbuchs (das ähnlich wie Coupon-Hefte Gutscheine zum Beispiel für nachhaltig wirtschaftende Geschäfte und Restaurants enthält) in ihrem Handeln weiter bestärken und gleichzeitig die entsprechenden lokalen Anbieter*innen im Stadtgebiet bekannter machen.

2.7 Abfall

Verantwortungsbewusster Konsum schließt die Bewertung der gesamten Produktionskette eines Konsumguts mit ein, umfasst also auch dessen Entsorgung. Wir begrüßen und fördern Initiativen der Abfallvermeidung, wie Repair Cafés, Sharing- und Weiterverkaufsplattformen, welche die Lebensdauer von Produkten durch ihre Weiternutzung verlängern oder den weitestgehenden Verzicht auf Verpackungsmaterial (vor allem aus Plastik), wie er in Kiel schon von einigen Einzelhändler*innen und Konsument*innen vorbildhaft betrieben wird. Wir wollen die Etablierung eines Pfandbechersystems zur Reduktion von Einwegkaffeebechern. Hierzu gibt es bereits einen Ratsbeschluss, dessen Umsetzung wir mit aller Kraft vorantreiben werden. Darüber hinaus unterstützen wir Bestrebungen für die Einführung eines Mehrwegsystems für Take away-Essen.

Wir wollen das von Kieler*innen produzierte Biomüllvolumen – und damit die Rückführung organischer Materials in die natürlichen Kreisläufe – durch bessere

Verbraucher*innen-Informationen erhöhen und weitere Maßnahmen prüfen. So könnten analog zum Gelben Sack auch Bioabfalltüten kostenlos ausgegeben oder ein finanzielles Belohnungssystem etabliert werden, das die Biomüll- und Recyclingquote mit dem Restmüllaufkommen der Bürger*innen verrechnet.

Um die Mülltrennung zu verbessern, werden wir entsprechende Bildungsinitiativen fördern. Dazu gehört für uns auch, dass die städtische Müllentsorgung mit gutem Beispiel vorangeht und nach dem Vorbild der Deutschen Bahn auch im öffentlichen Raum Mülltrennungssysteme eingeführt werden.

Die Stadt muss die Entsorgung des Klärschlammes bis 2022 neu aufstellen, da er nicht mehr auf die Felder ausgebracht werden darf. Bisher favorisiert die Stadt, den Klärschlamm komplett zu verbrennen (Monoverbrennung). Eine klimafreundlichere Alternative ist es, den Klärschlamm mittels Pyrolyseverfahren zu landwirtschaftlich nützlicher Biokohle zu verarbeiten. So wird der Kohlenstoff langfristig im Boden gelagert, statt die Atmosphäre zu verschmutzen. Auch wird so die Fähigkeit des Bodens erhöht, Nährstoffe und Wasser zu speichern. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Nutzungsmöglichkeiten. Da die Technik in Deutschland nur selten angewendet wird, kann Kiel hier Pionierarbeit im Klimaschutz leisten. Wir wollen, dass Klima- und Umweltschutz bei der Entscheidung im Vordergrund stehen.

2.8 Lebensmittelverschwendung

Leider landen nicht nur verdorbene Lebensmittel und Zubereitungsabfälle in unseren Mülltonnen. Allein in Deutschland werden pro Minute 19 Tonnen genießbare Lebensmittel entsorgt (pro Jahr: 10 Millionen Tonnen), was knapp einem Fünftel unseres Nahrungsmittelverbrauchs insgesamt entspricht. Diese Verschwendung ist nicht nur aus ethischer und ökonomischer Sicht bedenklich, sondern auch enorm umwelt- und klimaschädlich: Jährlich verursacht die vermeidbare Lebensmittelverschwendung 22 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen. Experten zufolge könnten insbesondere der Groß- und Einzelhandel, die Großverbraucher und die Endverbraucher*innen, die gemeinsam für etwa Dreiviertel der Lebensmittelverschwendung verantwortlich sind, diese um 70 bis 90 Prozent reduzieren. Dieses gewaltige ökologische und ökonomische Einsparpotenzial wollen wir auch in Kiel ausschöpfen. Dazu werden wir einen Runden Tisch gegen Lebensmittelverschwendung einrichten. In den öffentlichen Einrichtungen werden wir prüfen, wie die Abläufe so verbessert werden können, dass weniger Lebensmittel weggeworfen werden.

2.9 Tierschutz

Die (Aus-)Nutzung von Tieren in Zirkussen und ähnlichen Veranstaltungen lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass eine bundeseinheitliche Lösung gefunden wird. Um dies zu erreichen, wollen wir Kontakt zu unserer Landesregierung aufnehmen, damit Schleswig-Holstein im Bundesrat dieses Unterfangen unterstützt. In Schulen sollte Aufklärungsarbeit über diese unethischen Haltungsbedingungen geleistet werden.

In Tierheimen wird täglich wichtige Tierschutzarbeit unter schwierigen Bedingungen geleistet. Es gilt, für alle Beteiligten tragbare Lösungen in Fragen von Abgabe- und Fundtieren zu finden. Wir werden uns deshalb für eine bessere kommunale Finanzierung der Tierschutzarbeit in Tierheimen einsetzen und bei der Landesregierung für eine Unterstützung der Finanzierung der Tierheime werben.

Ernsthafter Artenschutz in der Ostsee

Es wird vermutet, dass im laufenden Jahr 2018 die Kalifornischen Schweinswale aussterben werden. Dies nehmen wir zum Anlass, gemeinsam mit anderen Ostseeanrainer-Städten ernsthaften Artenschutz für unsere mit Gülle, Abwässern und Abfällen belastete Ostsee einzufordern. Nutzungsfreie Meeresschutzgebiete sollen dafür sorgen, dass sich das Ökosystem Ostsee erholen kann. Kurzfristig müssen Naturschutzgebiete frei von Grundschleppnetzen und Stellnetzen sein, die den Meeresboden umpflügen und Schweinswale beziehungsweise Seevögel ersticken und ertrinken lassen.

2.10 Umweltbildung

Umwelt und Natur werden immer dann geschützt, wenn man ihre Bedeutung erkannt hat. Deshalb ist eine intensive Bildungsarbeit rund um Natur und Umwelt, im Sinne einer klassischen Umweltbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung, unabdingbar. Trotz der besonderen Lage ist in Kiel die Wahrnehmung der Förde als Naturraum nur gering ausgeprägt. Gerade in diesem Bereich muss angesetzt werden.

Diese Bildungsarbeit braucht neben den inhaltlichen Qualitäten auch eine auffällige Außenwirkung, um wahrgenommen zu werden. In Kiel soll deshalb unter Beteiligung der Stadt und weiterer Akteure ein Förde-Informationszentrum entstehen, welches sowohl die Umweltbildung im maritimen Bereich für die Kieler*innen tragen kann, zugleich aber auch Magnet für Tourist*innen ist, um über die Förde und den Lebensraum Ostsee zu informieren. Das Geomar-Gebäude auf dem Westufer könnte nach dem Umzug des Geomar auf das Ostufer dazu um- und ausgebaut werden.

Als Unterstützung soll rund um die Förde eine Beschilderung installiert werden, die auf die Bedeutung des Gewässers aus ökologischer Sicht hinweist. Die Wahrnehmung als Naturraum soll so gestärkt werden.

Eines der drängendsten Themen unsere Zeit ist der Klimawandel. Auch im Bereich der Umweltbildung muss dieser stärker in den Fokus rücken. Im Stadtgebiet soll daher ein Klimalehrpfad entstehen, der auf Probleme und Lösungsansätze verweist und die Bedeutung dieses Themas auf lokaler Ebene verdeutlicht.

Spätestens seit der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE) ist das Thema in Kita und Schule angekommen. BNE ist als Querschnittsthema mittlerweile in vielen Fächern verankert und findet in unterschiedlichem Maße Berücksichtigung im Unterricht. Besonders wichtig sind für Kinder und Jugendliche neben dem theoretischen Wissen erlebbare Praxisangebote. Um die Umweltbildung fest in den Schulen zu

verankern, wollen wir eine Fachkraft (Umweltpädagogik) finanzieren, die Fachtage an allen Kieler Schulen anbietet.

2.11 Flächenverbrauch

Stadtentwicklung in Kiel ist in der Regel auch mit erhöhtem Flächenverbrauch verbunden. Jedes Jahr bedeckt immer mehr Beton einen Teil der Kieler Stadtfläche. Dies wollen wir endlich ändern.

Die entstehenden Stadtteile auf dem MFG 5-Gelände, im Kieler Süden und hoffentlich auf dem Flughafengelände müssen deshalb Konzepte erhalten, die den Flächenverbrauch minimieren und die Grünflächen als Versickerungsgebiete und als Naherholungsgebiete mit in die Planung einbeziehen. Die ökologische Qualität dieser Grünflächen muss dabei hochgehalten werden. Neue Stadtteile müssen immer auch Stadtteile des Klimaschutzes und der Biodiversität sein.

Außerdem wollen wir forcieren, dass neue Bauprojekte vor allem auf schon versiegelten Flächen realisiert werden. Wenn versiegelt werden muss, dann muss dies möglichst minimal erfolgen, indem beispielsweise auf Mehrfamilienhäuser statt Einfamilienhäuser gesetzt wird.

Nicht zuletzt wollen wir das städtische Bild begrünen und ein beispielhaftes Entsiegelungs- und ökologisches Bepflanzungsprojekt an einer geeigneten Straße anstoßen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. In diesem Zusammenhang fordern wir, die anfallenden Ausgleichszahlungen für Flächenversiegelungen und Umwelteingriffe verstärkt in die lokale, ökologische Aufwertung der Stadt zu investieren, wenn sich Eingriffe nicht ganz verhindern oder direkt ausgleichen lassen – gegebenenfalls auch kleinteilig, um einen wirklichen Ausgleich vor Ort zu schaffen und die Lebensqualität innerhalb der Stadt zu erhalten.

Zusammenhängende, ökologisch wertvolle Freiflächen im Stadtgebiet wie Suchsdorf-West sollen als Ausgleichsflächen erhalten werden. Sie erfüllen vielfältige Funktionen: Als Erholungsraum für die Kieler*innen, als Lebensraum für Flora und Fauna, als Frischluftschneisen und als im Lärmaktionsplan ausgewiesene "Ruhige Gebiete". Es sind dort Landschaftsschutzgebiete auszuweisen.

Die sich bereits in Planung befindlichen Landschaftsschutzgebiete sollen ausgewiesen werden.

2.12 Divest now!

Divestment bezeichnet das Abziehen von Investitionen aus Wirtschaftsbereichen, welche die Umwelt und das Klima schädigen, soziale Standards oder die Menschenrechte missachten und möglichst das Umschichten dieser Gelder in ökologische und sozial nachhaltige Geldanlagen. Es gehört zu den wichtigsten Themen beim Kampf gegen den Klimawandel, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit.

Beispielsweise die Öl-, Kohle- und Gasindustrien haben mehr Rohstoffvorkommen in ihre Bilanzen aufgenommen, als sie überhaupt noch fördern und verbrennen werden

dürfen; sie stehen global vor dem Aus. Investitionen in diesem Bereich sind also besonders mit öffentlichen Geldern in mehrerlei Hinsicht verantwortungslos.

Wir wollen in der nächsten Wahlperiode dafür sorgen, dass die Landeshauptstadt Kiel und ihre städtischen Unternehmen Investitionen offenlegen und im obigen Sinne divesten. Künftige Investitionen sollen sich an ethisch-ökologischen Kriterien orientieren.

Mit einer Kampagne wollen wir über die Nachteile der Verfeuerung von Holz in Kaminen aufklären. Das Ideal ist, dass ausschließlich Reststoffe verfeuert werden. Wir setzen uns auch für ein verstärktes Vorgehen gegen alte, verbotene Ölheizungen ein.

2.13 Energiewende in Kiel

Wir freuen uns über den begonnenen Bau des Gas-Motoren-Kraftwerks. Nachdem unser Kampf gegen das geplante 800-MW-Steinkohlekraftwerk erfolgreich beendet wurde, kann nun das innovative Konzept aus 20 Gas-Motoren, einem Wärmespeicher und einem Elektrodenkessel umgesetzt werden. Damit erreichen wir eine CO₂-Einsparung von fast 70 Prozent gegenüber dem alten Kohlekraftwerk. Langfristig soll das Erdgas durch Biogas substituiert werden. Die Fernwärmeversorgung der Kieler Stadtteile soll weiter ausgebaut werden, um viele veraltete Einzelheizungsanlagen zu ersetzen.

Wir wollen, dass unsere Stadtwerke in einer Kooperation mit der ARGE Netz schrittweise eine 100-Prozent-Grünstromversorgung der Landeshauptstadt Kiel erreichen. Dabei sollen ortsnahe Windkraftanlagenbetreiber ihren erzeugten Windstrom regional vermarkten. Zusammen mit dem Kraft-Wärme-Kopplung-Strom (KWK) aus dem Gasmotoren-Kraftwerk kann so für Kiel ein ökologischer Versorgungsmix aus Ökostrom und KWK-Strom umgesetzt werden. Bei Investitionen der Landeshauptstadt Kiel und der Stadtwerke in erneuerbare Energien wollen wir Bürger*Innen beteiligen. Im Aufsichtsrat der Kieler Stadtwerke sollen zukünftig 3 statt 2 städtische Vertreter*Innen sitzen. Unser energiepolitisches Ziel bleibt der Rückkauf von 2 Prozent der Stadtwerkeanteile, damit die Landeshauptstadt Kiel wieder die Anteilmehrheit von 51 Prozent besitzt.

Das Windparkprojekt Meimersdorf/Flintbek kann derzeit nicht realisiert werden, da eine Entlassung von 40 ha aus dem LSG politisch nicht gewollt ist. Wir halten das Projekt aber weiterhin wünschenswert für Kiel.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn die energetische Sanierung der Bestandsimmobilien schneller vorankommt.

3 Mobilitätswandel für bessere Luft

In den vergangenen Jahren haben wir in Kiel schon deutliche Fortschritte zu einer gesünderen und umweltfreundlichen Mobilität gemacht – so ist es etwa mit dem Umsteiger am Hauptbahnhof oder mit den ersten großen Velorouten deutlich einfacher für Pendler*innen geworden, in Kiel mit dem Rad mobil zu sein.

Der Dieselskandal, die anhaltend hohen Stickoxidwerte am Theodor-Heuss-Ring und auch die steigende Kohlendioxid-Belastung zeigen jedoch, dass wir noch viel zu tun haben. Die Menschen dieser Stadt haben ein Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und damit auf saubere Luft.

In den nächsten Jahren wollen wir deshalb den eingeschlagenen Weg fortsetzen und die Mobilität auf das Wichtigste in unserer Stadt ausrichten: Auf die Menschen. Unsere Vision ist es, dass die Kieler*innen günstig, gesund, sicher, schnell und umweltfreundlich von A nach B kommen. Wir fordern saubere Luft für unsere Gesundheit, einen deutlich reduzierten Kohlendioxidausstoß für den Schutz unseres Klimas und effektivere und schnellere Verkehrswege für die Kieler*innen.

3.1 Klimaschutz erfordert Verkehrswende

Wir freuen uns darüber, dass Kiel in den vergangenen Jahren so sehr an Attraktivität gewonnen hat. Um Klimaschutzziele erreichen zu können und um den Kieler*innen weiterhin einen attraktiven Lebensraum bieten zu können, ist aber eine Verkehrswende unumgänglich. Wir unterstützen den Masterplan 100 Prozent Klimaschutz der Landeshauptstadt Kiel und stehen zum Übereinkommen der UN-Klimakonferenz von Paris, wonach der Anstieg der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2°C begrenzt werden muss. Alle Pläne und Maßnahmen der Landeshauptstadt Kiel müssen daraufhin geprüft werden, ob sie den Zielen des Masterplans 100 Prozent Klimaschutz entsprechen oder aber widersprechen.

Der Masterplan Klimaschutz sieht vor, dass der Energieverbrauch insgesamt bis 2050 um 50 Prozent reduziert werden soll und die Treibhausgasemissionen um 95 Prozent gesenkt werden. Dazu soll unter anderem der Verkehrsanteil der PKW von 43 Prozent (Stand 2014) bis 2050 auf 22 Prozent sinken, der Radverkehrsanteil soll von 17 auf 26 Prozent steigen und der Anteil des Öffentlichen Verkehrs sich von 10 auf 21 Prozent mehr als verdoppeln.

3.2 Sichtbare Verkehrswende im Straßenraum

Der Autoverkehr dominiert heute immer noch das Stadtbild. Verkehrsschneisen mit mehreren Fahrstreifen lassen nur wenig Platz für Rad- und Fußverkehr. Immer mehr und größere Autos stehen in den Stadtteilen auf Parkplätzen oder anderen Flächen herum. Flächen, die für grünere und lebenswertere Quartiere dringend benötigt werden.

Wir wollen Tempo aus dem Straßenverkehr nehmen. Auf dem Olof-Palme-Damm sollte aus Gründen der Luftreinhaltung, des Lärmschutzes und der Verkehrssicherheit die Geschwindigkeit auf 70 km/h reduziert werden. Das städtische Netz von Tempo-30-Zonen und -Straßen wollen wir weiterentwickeln.

3.3 Kiel – die neue Fahrrad- und Fußgänger*innen-Hauptstadt

Kiel ist eine fahrradfreundliche Stadt. Darauf wollen wir aufbauen und unsere Bemühungen um eine Verkehrsplanung fortsetzen, in der Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Autofahrer*innen gleichberechtigt berücksichtigt werden. Das

bedeutet auch, dass im Straßenraum dem Radverkehr mehr Platz gegeben wird. Rad- und Fußverkehr dürfen nicht mehr auf die Restflächen verwiesen werden. Wir wollen mehr schnelle Radrouten, deren Umsetzung auch auf Kosten eines Fahrstreifens für Pkw gehen kann. Eine neue Velo-Route, die wir einrichten möchten, soll durch die Kleingartenachsen der Stadt führen, um diese erlebbarer zu machen und somit auch ihre Wertschätzung und Nutzung in der Stadt zu erhöhen. Fahrradstraßen sollen so gebaut sein, dass sie Vorfahrtstraßen für den Radverkehr sind. In Kopenhagen nutzen im Schul- und Berufsverkehr etwa 50 Prozent der Verkehrsteilnehmer*innen das Fahrrad. Dies halten wir auch in Kiel für ein erstrebenswertes Ziel. Von zentraler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang geschützte Fahrradspuren (Protected Bike Lanes), denn viele Menschen steigen nur auf Fahrräder und E-Bikes um, wenn sie sich im Straßenverkehr auch sicher fühlen. Weitere innovative Ansätze, wie Radwege aus Solarzellen, die in den Niederlanden schon erfolgreich im Einsatz sind, wollen wir ebenfalls erproben.

Der Radverkehr kann auch von einem öffentlichen Fahrradleihsystem profitieren. Hier setzen wir auf ein System mit Stationen im Straßenbild. An Knotenpunktstellen zum öffentlichen Verkehr werden die Leihstationen wie am „Umsteiger“ mit anderen Mobilitätsangeboten vernetzt und damit zu Anlaufstellen im Quartier. Wir wollen die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder weiter verbessern und weitere „Umsteiger“-Stationen im Norden und Osten der Stadt einrichten.

Die Umgestaltung der Goethestraße zu einer fahrrad- und fußgängerfreundlichen Verbindung in der Stadt werden wir weiter vorantreiben.

Bei Baustellen muss die Umleitung des Radverkehrs immer mitgedacht werden. Hindernisse mitten auf Radschnellwegen oder Velo-Routen bergen immer wieder große Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer*innen.

Wir werden prüfen, ob sich in Kiel mehr autofreie Zonen einrichten lassen, in denen Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen Vorfahrt bzw. Vorgang haben. Insbesondere in neuen Stadtteilen soll die Vermeidung von Autoverkehr noch stärker in den Fokus gerückt werden.

Wir wollen zudem breite Flächen für Fußgänger*innen schaffen, damit diese bequem und ungestört gehen oder flanieren können und auch noch viel Platz für Kinder bleibt. Zwischen Berliner Platz und Stresemannplatz sowie zwischen Vinetaplatz und Augustenstraße wollen wir die Einrichtung von Shared Space-Zonen prüfen, d.h. die Verkehrsflächen für eine gemeinsame Nutzung aller Verkehrsteilnehmer*innen herrichten. Den Bereich zwischen Ringstraße, Bahnhof und Sophienblatt möchten wir zu einem städtischen Boulevard umbauen – als attraktives Entree für unsere Stadt mit Priorität für Fußgänger*innen und den öffentlichen Verkehr. Die Andreas-Gayk-Straße kann ebenfalls in einen städtischen Boulevard zurückgebaut werden.

Wir wollen eine Offenheit für neue Trends in der Mobilität und werden innovative, umweltfreundliche Fortbewegungsmittel unterstützen. Wo es möglich ist, wollen wir uns dafür einsetzen, dass diese die Rad- und Gehwege sinnvoll mitnutzen können.

Die „Gaardener Brücke“ ist seit 10 Jahren ein Schandfleck für diesen Stadtteil und in den letzten Monaten ein Thema in der Lokalpresse. Wir fordern den Weiterbau mit einem attraktiv gestalteten, barrierefrei ausgeführten Treppenhaus bis auf das Gelände des Germaniahafens.

3.4 Die Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) fit für die Zukunft machen

Der Busverkehr in Kiel stößt an seine Grenzen. Während der Hauptverkehrszeiten und insbesondere bei den Fahrten zu den Hochschulen operiert das ÖPNV-System am Rande seiner Kapazitäten. Gleichzeitig ist das Angebot am Abend, in der Nacht und an den Wochenenden nicht attraktiv genug.

Die Mitnahme von Fahrrädern und Kinderwagen in den Bussen und Fähren soll erleichtert werden. Hierfür muss es ausreichend Platz geben, zum Beispiel durch spezielle Fahrradträger. Günstigere Tarife für Fahrräder müssen es auch Pendler*innen aus dem Umland erlauben, ihr Fahrrad im Bus in die Stadt mitzunehmen und ihre Fahrt mit dem eigenen Fahrrad fortzusetzen.

Ein hochwertiges Bussystem kann eine Übergangslösung bis zum Start von Stadtbahnlinien darstellen. In jedem Fall wollen wir die Bevorrechtigung von Bussen an den Ampeln erreichen. Die Feinerschließung von Quartieren wird durch ergänzende Systeme wie Kleinbusse erreicht, bei denen wir uns auch Pilotprojekte mit selbstfahrenden Pendelbussen vorstellen können. Bei der KVG wollen wir die schrittweise Umstellung der Busflotte auf Elektrobusse mit höherer Fahrgastkapazität umsetzen.

Recht schnell kann aus unserer Sicht eine Verbesserung der Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsmittel des ÖPNV erreicht werden, indem Fahrpläne besser abgestimmt werden – zum Beispiel vom Bahn- auf den Busverkehr oder vom Busverkehr auf die Fördeschiffahrt.

Die KVG soll jedoch in Zukunft nicht mehr nur ein Busunternehmen sein, sondern ein umfassender Mobilitätsanbieter für die Region Kiel. Egal ob Elektrobus, Stadtbahn und möglicherweise gar Lastenrad- und E-Bike-Verleih oder eine Pendlerzentrale für die gemeinsame Nutzung von Autos – die KVG bietet es an.

Dazu wollen wir den Nahverkehr auch für neue Technologien öffnen, die in anderen Städten schon erfolgreich umgesetzt worden sind, wie etwa eine Smartphone-App mit Ticketfunktion oder die Verfügbarkeit der Routen und Live-Fahrtzeiten auf Onlinekartendiensten.

Unser Ziel ist es, dass für alle Kieler*innen klar ist: Wer in Kiel mobil sein will, ist bei der KVG an der richtigen Adresse.

3.5 Tarife

Die Kosten für Bus und Fähren müssen insgesamt so attraktiv gestaltet sein, dass sie eine echte Alternative zum Auto darstellen – auch ökonomisch. Wir werden auch ungewöhnliche Konzepte zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs wie ein Bürgerticket prüfen sowie Land und Bund stärker in die Pflicht nehmen. Um den Nahverkehr für alle Menschen attraktiver zu machen, möchten wir aber zunächst dem Klein-Klein der unterschiedlichsten, kaum verständlichen und überbeuerten Tarife ein einfaches System entgegensetzen. Eine Möglichkeit, die uns gerade auch nach den positiven Erfahrungen mit dem Senioren-Ticket vorschwebt und ein großer Schritt in Richtung Verkehrswende wäre, ist: 1 Euro für Einzelfahrscheine (von Schilksee bis Dietrichsdorf, von Mettenhof bis Elmschenhagen), 15 Euro für das Schüler*innenmonatsticket und 30 Euro für die Monatskarten. Die Fördequerung zwischen Reventloubrücke und Schwentinemündung könnte inklusive Fahrrad kostenlos sein. Ein entsprechender Interessenausgleich wäre mit NAH.SH zu verhandeln.

Die Mehrkosten für die Kommune sollten zu einem Teil über eine von den Parkhaus-Betreiber*innen zu zahlende Gebühr beglichen werden, da nicht zu verstehen ist, warum individuell Einpendelnde aus den Umlandgemeinden oder aus einzelnen Stadtteilen sich nicht an den Kosten des öffentlichen Nahverkehrs beteiligen sollten. Denkbar ist zudem eine Bewirtschaftung der Straßenränder durch eine flächendeckende Ausweisung von Anwohnerparkzonen und gebührenpflichtiges Parken für Gäste. Auch diese Einnahmen könnten helfen, die ÖPNV-Tarife attraktiver zu gestalten.

3.6 Auch in der Stadt auf die Schiene!

Busse allein reichen nicht mehr für den öffentlichen Nahverkehr in Kiel. Deswegen benötigen wir in Kiel ein neues Verkehrssystem, um den Anforderungen im öffentlichen Nahverkehr zu entsprechen und eine Verkehrswende zu ermöglichen. Die Stadtbahn ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir hatten große Hoffnungen in die Stadt-Regional-Bahn gesetzt, die 2016 leider durch den Nachbarkreis Rendsburg-Eckernförde gestoppt wurde.

Nun ist es an der Zeit, zunächst eine innerstädtische Stadtbahn für Kiel auf den Weg zu bringen. Wir sehen sie auch als deutlich sichtbares Symbol für die Verkehrswende in Kiel, welches das Autofahren in der Stadt in weiten Teilen überflüssig macht. Mit ihr kann elektrisch, umweltfreundlich und bequem gefahren werden. Wir denken, dass mit politischem Willen und Zielstrebigkeit die Stadtbahn für Kiel bereits zeitnah Realität werden kann. Ein erster Streckenabschnitt wäre zwischen Gaarden, dem Hauptbahnhof und der Universität sinnvoll, also eine Linie, die Ost- und Westufer verbindet und somit sprichwörtlich Brücken schlägt.

Kiel ist inzwischen die einzige Landeshauptstadt ohne schienengebundenen Nahverkehr. Wir werden deshalb prüfen, wie wir ein solches Projekt auch ohne die Umlandgemeinden in Kiel realisieren können – dabei wollen wir auch innovative Ideen, wie etwa eine schienenlose Stadtbahn als Übergangslösung prüfen. Wir setzen uns

aber primär für eine Stadtbahn nach französischem Vorbild ein, wie unsere Partnerstadt Brest sie hat. Rasengleise, neue Plätze, tangierende Rad- und Fußwege sind Charakteristika dieser ökologischen Gestaltung und sorgen für Aufenthaltsqualität in der Stadt.

3.7 Ein Herz für Pendler*innen

Allein durch Lösungen in der Stadt Kiel wird die Verkehrswende nicht zu schaffen sein. Über 50.000 Einpendler*innen passieren täglich die Kieler Stadtgrenzen und sind ein Grund dafür, dass wegen Kiels mangelnder Luftqualität die Deutsche Umwelthilfe klagt. Wir brauchen weitere Verbesserungen im regionalen Schienenverkehr und neue hochwertige Regionalbuslinien. Wir freuen uns, dass die Hein Schönberg-Linie von Kiel nach Schönberg und zum Schönberger Strand reaktiviert wurde (ab September 2017 vom Hauptbahnhof bis Opendorf und ab 2020 die gesamte Linie). Wir werden uns für eine weitere Verbesserung bei den Regionalbahnen einsetzen, die heute rund um Kiel schon oft im 30-Minuten-Takt verkehren. Um mehr Umsteiger*innen vom Straßenverkehr zu erreichen, wäre aber zumindest während der Hauptverkehrszeiten ein 15-Minuten-Takt erforderlich. Hierzu sind Ausbauten des bestehenden Netzes erforderlich. Nicht nur am Kieler Hauptbahnhof, sondern auch an anderen Stellen soll eine Vernetzung zum Stadtverkehr erfolgen.

Insgesamt wollen wir Pendler*innen die Möglichkeit bieten, ihren Arbeitsplatz noch besser ohne Auto zu erreichen. Auch Kitas, Schulen und alle öffentlichen Einrichtungen der Stadt müssen für die Kieler*innen generell ohne Auto sicher und schnell erreichbar sein.

Das Umsteigen auf den Nahverkehr sollte bereits an den Stadtgrenzen oder an anderen geeigneten Stellen durch P+R-Anlagen unterstützt werden. Nutzer*innen dieser P+R-Anlagen sollten günstig mit dem ÖPNV weiterreisen können.

Um Neu-Kieler*innen die Entscheidung gegen das Auto und für Bus oder Fähren so einfach wie möglich zu machen, werden wir ein Begrüßungsticket einführen. Analog zum Begrüßungsgeld für Studierende erhalten Kieler*innen zukünftig bei der Ummeldung das erste KVG-Monatsticket kostenfrei.

3.8 Saubere Schifffahrt

Die Fähr- und Kreuzfahrtschiffe auf der Förde sind das prägende Element für Kiel – gerade aus Sicht der Besucher*innen und Tourist*innen. Sie haben aus Kiel eine weltoffene Stadt gemacht, die jedes Jahr Millionen Gäste anzieht. Die Schiffe sind aber auch eine Quelle anhaltender Luftverschmutzung – zu Lasten der Gesundheit der Kieler*innen und des Klimas.

Wir haben daher ein Konzept „Green Port“ auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit dem Seehafen Kiel und den Reedereien werden wir Wege finden, um die Schadstoffbelastung durch den Schiffsverkehr auch kurzfristig zu senken. Dazu gehören für uns Landstromanschlüsse für die großen Schiffe, wie auch alternative,

umweltfreundliche Antriebskonzepte wie Flüssigerdgas (LNG). Außerdem sollen regelmäßig Messungen im Kieler Hafen und in betroffenen Stadtteilen durchgeführt werden, um die Luftqualität zu überprüfen. Gegen möglichen illegalen Einsatz von Schweröl wollen wir mit verstärkten Kontrollen vorgehen.

Der Einsatz neuer Schiffe ermöglicht eine Optimierung des Fahrplans. So kann die Fahrzeit zwischen Kiel Hauptbahnhof und Laboe auf unter 1 Stunde beschleunigt werden und die Fähren können stündlich fahren.

3.9 Fördeschiffahrt

Die Fördeschiffahrt muss aus unserer Sicht deutlich ausgebaut werden. Dabei stehen schnelle, häufig verkehrende Querverbindungen im Fokus. Für den Linienverkehr der Schlepp- und Fährgesellschaft Kiel (SFK) auf der Förde hat die Ratsversammlung den Neubau von vier Fahrgastschiffen beschlossen, der bis 2025 abgeschlossen sein wird. Die neuen Schiffe müssen barrierefrei sein, 40 Fahrräder aufnehmen können, einen breiteren Einstieg und hydraulische Landgangbretter besitzen. Wir möchten für die Schiffe einen umweltfreundlicheren Flüssiggas-Motoren-Antrieb durchsetzen, der mit aus Windstrom, Wasser und Kohlenstoff hergestelltem Methan betrieben wird. Wenn der Ersatzbau für die Schwentinefähre ansteht, soll ein Schiff mit reinem Elektroantrieb zum Einsatz kommen. Wir streben an, alle Fähren in diesem Sinne entweder auf Elektroantrieb oder auf künstliche, klimaneutrale Kohlenwasserstoffe umzustellen. Wir haben in Schleswig-Holstein naheliegende Kooperationspartner, die künstliche Kohlenwasserstoffe aus Windstrom herstellen und vermarkten wollen. So leisten wir auch einen Beitrag dafür, dass Windräder bei Starkwind nicht mehr abgeschaltet werden müssen.

3.10 Straßen

Am Theodor-Heuss-Ring liegen die Stickoxid-Belastungen schon seit Jahren deutlich über dem Grenzwert. Das liegt am hohen Verkehrsaufkommen und an der großen Anzahl von Diesel-Pkw. Wenn alle angedachten verkehrslenkenden Maßnahmen keine Abhilfe schaffen, werden – wie in anderen Großstädten auch – Fahrverbote für bestimmte Diesel-Pkw geprüft werden. Bevor Gerichte diese Fahrverbote erlassen, sollten wir uns damit auseinandersetzen, wie die Lebensqualität an diesen heutigen Brennpunkten verfehlter Verkehrspolitik schnell und nachhaltig verbessert werden kann. Eine simple Verweigerungshaltung gegenüber einem möglichen, gerichtlich angeordneten Fahrverbot hilft jedenfalls niemandem.

3.11 Parkraum

Über die Forderung nach überall bereitzustellendem Parkraum muss kritisch nachgedacht werden. Der Verbrauch von Flächen für Parkplätze muss ein Ende haben! Im Stadtgebiet muss es möglich sein, Wohnraum ohne Stellplatzzwang zu schaffen. Car-Sharing-Angebote und sichere Abstellanlagen für Fahrräder zahlen deutlich mehr auf das Konto der unverzichtbaren Mobilitätswende ein.

Es ist höchste Zeit, den Straßenraum in Kiel zurückzugewinnen. Darum müssen wir uns Gedanken über eine neue Bewirtschaftung des Parkraums machen. Dazu gehört die Idee, Straßenrandparkplätze bis in die Stadtteile zu bewirtschaften. Sprich: Wer nicht in einem Viertel wohnt, zahlt Parkgebühren. Wer im eigenen Viertel parken will, muss dafür eine Jahresgebühr (Anwohner*innenparken) entrichten, das Viertel wird im Gegenzug aber durch den Rückgang „fremder“ Autos entlastet. Zu diesem Zweck muss das Falschparken in diesen Zonen konsequent verhindert und geahndet werden. In besonders von Autos belasteten Bereichen können wir uns grundsätzlich den Bau von Parkhäusern vorstellen, wenn diese in der Erde „verschwinden“ und es nicht zu einer Gentrifizierung durch zwangsweisen Erwerb von Parkhausplätzen kommt. Zum neuen Parkraummanagement gehören auch mobile Fahrradständer, die StVO-konform bis zu 14 Tage am Straßenrand abgestellt werden dürfen. Denn warum soll der Straßenrand nur den Fahr-/Stehzeugen gehören? Anstelle von mobilen Fahrradständern können auch Anhänger mit Sitzgelegenheiten aufgestellt werden, die zum Verweilen einladen. So werden Parkplätze zu Aufenthaltsräumen für Menschen.

3.12 E-Mobilität ausweiten

Ein Beitrag für saubere Luft in Kiel wird die Ausweitung der E-Mobilität sein. Allein löst sie die Überlastung unserer Verkehrswege wie am Theodor-Heuss-Ring nicht; die Elektro-Mobilität auf Basis regenerativer Energien kann aber übergangsweise einen wichtigen Beitrag für sauberere Luft und weniger Lärm in unserer Stadt leisten. Um sie zu fördern, werden wir in der kommenden Wahlperiode eine flächendeckende Versorgung mit Lademöglichkeiten in der Stadt, sowohl in Geschäfts- als auch in Wohnquartieren, durchsetzen – nicht nur für Autos, sondern auch für alternative Formen der E-Mobilität, wie E-Bikes, E-Roller etc. Dabei setzen wir ein besonderes Augenmerk auf die einfache Nutzung der Lademöglichkeiten, etwa durch den Verzicht auf verpflichtende Anmeldesysteme, indem wir erprobte und einfache, bargeldlose und international anerkannte Zahlungssysteme bevorzugen. So garantieren wir, dass die Lademöglichkeiten auch für spontane Nutzer*innen, wie etwa Tourist*innen und andere Gäste unserer schönen Stadt sinnvoll nutzbar sind.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, werden wir den Fuhrpark der öffentlichen Einrichtungen sowie die KVG schnellstmöglich elektrifizieren und mit Ökostrom betreiben oder andere umweltfreundliche Antriebstechnologien zum Einsatz bringen. Das heißt, dass Neuanschaffungen abgasfrei sein müssen.

Zur Überbrückung in die E-Mobilitätszukunft wollen wir eine zweite Erdgastankstelle einrichten.

Wir halten Kreisverkehre für die besseren Kreuzungen. Deshalb wollen wir die Umwandlung von Kreuzungen in Kreisverkehre im Kieler Stadtgebiet fördern. Kreisverkehre brauchen nur selten Ampeln, lassen den Verkehr gleichmäßiger laufen, erhöhen die Verkehrssicherheit und reduzieren Verkehrsunfälle, sind ökologisch vorteilhaft und werten den Kreuzungsbereich ästhetisch auf.

4 Stadtentwicklung

Grüne Kommunalpolitik steht auch in Kiel für eine lebenswerte und klimafreundliche Stadt. Zu den großen Herausforderungen gehört es heute, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Unerwartetes Bevölkerungswachstum – nicht nur durch Menschen auf der Flucht – und der Rückgang öffentlich geförderten Wohnraums auf nur noch 3.500 Einheiten im Dezember 2018 haben in Kiel eine Situation erzeugt, in der selbst Gutverdienende bei der Suche nach einer passenden Wohnung immer öfter an ihre Grenzen stoßen. Wer weniger Einkommen hat und eine Wohnung sucht, muss also in Kiel damit rechnen, an den Rand gedrängt zu werden. Menschen mit mittleren und höheren Einkommen ziehen immer öfter ins Kieler Umland.

Darum setzen wir uns für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ein. Trotz des Wohnraummangels darf ein rücksichtsloser Flächenverbrauch – vor allem an den Rändern der Stadt – aber nicht die Antwort sein. Wir wollen Wohnungsbau für die Menschen! Als Grüne stehen wir für einen maßvollen, ökologisch und sozial ausgerichteten Flächenverbrauch; der Erhalt und die Gestaltung von Grünflächen sind auch für eine wachsende Stadt ein Kernthema und keine Randnotiz. Darum ist unser Blick auf die Innenverdichtung auch durchaus einem Veränderungsprozess unterworfen. Innenentwicklung muss nach unserer Überzeugung immer noch den Vorrang vor Entwicklung im Außenbereich haben. Dazu gehört eine seriöse Prüfung, wo diese Innenverdichtung wirklich angezeigt ist. Die Innenverdichtung muss sich immer daran messen lassen, ob sie sich in das Quartier einfügt und Rücksicht auf die umliegende Bebauung und natürlich die Bewohner*innen nimmt.

Zur Planung und Gestaltung einer klimafreundlichen Stadt gehört endlich ein Paradigmenwechsel in der Mobilität: Die Landeshauptstadt Kiel muss noch stärker auf die Bedürfnisse von Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ausgerichtet werden. Dabei geht es natürlich um Klimaschutz, aber auch um Verteilungsgerechtigkeit in der Verkehrsraumnutzung. Die Zeiten, in denen der motorisierte Individualverkehr (MIV) alles dominiert, müssen endlich vorbei sein!

4.1 Wohnungsbau

Das Wohnen muss auch in der Innenstadt für alle Einkommensgruppen möglich sein. Die Verwaltung hat auf die rasant ansteigende Nachfrage nach Wohnraum in Kiel mit der Erstellung des Wohnbauflächenatlas' reagiert, der unbebaute und geringfügig bebaute Flächen im Stadtgebiet aufzeigt. Bis zu 23.000 neue Wohneinheiten werden bis 2030 benötigt, der Wohnbauflächenatlas liefert bei optimaler Umsetzung aber keine 10.000. Darum braucht Kiel Flächen im eigenen Besitz, um die wohnbauliche Entwicklung steuern zu können. Dabei wird es auch darum gehen, den Wohnflächenverbrauch pro Kopf zu senken: In geplanten Wohngebieten wie im Kieler Süden muss der Platz für Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser begrenzt werden und zukünftig müssen hauptsächlich Mehrfamilienhäuser gebaut werden, die Flächen effektiver nutzen.

Kiel muss in den kommenden Jahren das norddeutsche Zentrum für Baugemeinschaften werden. Dieser freiwillige Zusammenschluss von Menschen, die gemeinsam bauen und leben wollen, bietet in vielerlei Hinsicht Vorteile: Häufig ist das Bauen preiswerter als der Kauf einer Immobilie bei einem Investor, der ebenfalls Gewinne erzielen muss. Baugemeinschaften sind auch sozialpolitisch ein Versprechen, da sie zum Beispiel das Zusammenleben von Jung und Alt und die Inklusion von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen praktizieren. Baugemeinschaften sind offen für innovative, in die Zukunft ausgerichtete Bauweisen. Darum muss die Verwaltung in die Lage versetzt werden, Baugemeinschaften frühzeitig und bis zum ersten Spatenstich zu begleiten und zu beraten. Zudem ist gezielt darauf zu achten, dass Baugemeinschaften sich im Umfeld auch der Stadtteile ansiedeln, in denen viele ältere Menschen wohnen. Diesen „Alt-Eingesessenen“ könnte dann früh ein Angebot der Teilnahme gemacht werden und dadurch gleichzeitig Wohnraum frei werden, zum Beispiel für junge Familien.

Darüber hinaus sollen Wohnprojekte gefördert werden, die besonderen sozialen und ökologischen Kriterien entsprechen. Das kann durch angepasste Vergabekriterien geschehen. Bei Konversionsprojekten (Wik, MFG 5) sollen bestimmte Flächen beziehungsweise Gebäude nur für Wohnprojekte ausgewiesen werden. Die Förderung von Wohnprojekten ist ein Mittel der aktiven Quartiersentwicklung, weil diese mit ihrem sozialen und ökologischen Mehrwert Impulsgeber im Quartier sein können.

Bei neuen Wohnbaugebieten wollen wir erst die Verkehrsinfrastruktur und dann das Gebiet passend dazu entwickeln, um Klimaschutz von Anfang an mitzudenken.

4.2 Energetische und ökologische Kriterien

Zur klimafreundlichen Stadtentwicklung gehört eine bauliche Entwicklung, die energetische und ökologische Standards beherzigt, um in Sachen Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit Maßstäbe zu setzen. Das KfW-Effizienzhaus mit Kieler Standard geht in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel voran. Zu fördern sind auch über diesen Standard hinausgehende Gebäude mit einer nicht-negativen Primärenergiebilanz („Passivhäuser“). Der Anteil an Bauvorhaben mit Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen (zum Beispiel Holz) muss deutlich vergrößert werden. Das MFG 5-Gelände wäre ein Ort, wo Holzbau beispielhaft präsentiert werden könnte. Grasdächer und Fassadenbegrünung sind ebenso zu unterstützen wie die Regen- und Grauwassernutzung. Was in Ökosiedlungen normal ist, muss auch im „konventionellen“ Wohnungsbau endlich Standard werden, um ressourcenschonender zu bauen. Dazu gehört auch praktizierter Artenschutz: Vorrichtungen für Gebäudebrüter gehören auf die Agenda der Bauentwicklung in Kiel.

Die genannten energetischen und ökologischen Kriterien werden wir, wo möglich, auch mit Festsetzungen in Bebauungsplänen verbindlich einfordern. Dies werden wir durch entsprechende Fördermaßnahmen für Bauherr*innen flankieren.

4.3 Soziale Kriterien, Angebote zur Quartiersvernetzung

Bei geplanten Wohnbauflächenentwicklungen wie im Kieler Süden müssen Räume, Gebäude und Angebote für die neuen Nachbarschaften von Anfang an mitgedacht werden. Wir wollen lebendige Quartiere und keine gesichtslosen Schlafvorstädte! Kiel braucht eine soziale und kulturelle Entwicklung der Nachbarschaften mit ausreichend Kitas, Schulen und weiterer sozialer Infrastruktur, für die auch die Investoren in die Pflicht genommen werden müssen. Die Stadtplanung versetzt die Investoren in den Stand, mit ihren Grundstücken einen Gewinn abzuschöpfen. Einen Teil dieses erst durch Baurechtsschaffung ermöglichten Gewinns wollen wir in die Quartiersentwicklung investieren. Dazu gehört auch die Schaffung lebenswerter Grünanlagen. Förderungswert ist außerdem die Gründung stadtteilbezogener Genossenschaften, die bestenfalls ein Vorkaufsrecht erhalten.

Wir wollen den Einfluss der Stadt nutzen, um bei neuen Projekten eine Durchmischung in vielerlei Hinsicht zu ermöglichen. So sollen ausreichend barrierefreie Wohnungen ebenso wie solche für Familien jeder Größe gebaut werden, Mietwohnungen ebenso wie Eigentumswohnungen, sozial verträgliche und solche für Studierende ebenso wie Wohnungen für den freien Markt. Beim Neubau von Kitas möchten wir häufiger Wohnen für Ältere mitplanen, wie es heute schon in vielen Städten erfolgt. Sinnvoll ist es zudem, so zu bauen, dass Wohnungsgrundrisse an die unterschiedlichen Anforderungen über die Lebensspanne angepasst werden können.

Auch die Platzgestaltung muss zu einem Element lebendiger Stadtentwicklung werden. Zentrale Orte wie Wilhelm-, Exerzier-, Blücher- oder Vinetaplatz werden zu großen Teilen als Abstellplätze für Autos missbraucht. Eine alle Nutzer*innen ansprechende Platzgestaltung verspricht eine Belebung der Quartiere und kann Impulse geben zur weiteren Entwicklung von Infrastruktur. Eine Bebauung dieser Plätze gehört für uns jedoch nicht dazu.

4.4 Neuanfang in der Flächenpolitik

Ganz gleich, ob Mietspiegel, Sozialbericht oder aktueller Wohnungsmarkt – in Kiel wird es immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wenn die Landeshauptstadt Einfluss auf die Wohnbauentwicklung zurückgewinnen will, benötigt sie deutlich mehr Flächen. Darum haben wir uns erfolgreich für ein Wiederkaufsrecht bei Verkäufen von städtischen Grundstücken und Immobilien eingesetzt. Auch Vorkaufsrechte müssen aktiver ausgeübt werden, um Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Die Regelungen für Erbpacht sollten auf 60 beziehungsweise 75 Jahre angepasst werden.

Auch in der Gewerbeflächenentwicklung sollten die Instrumente der Erbpacht sowie des Vorkaufs- und Wiederkaufsrechts praktiziert werden. Für beide Bereiche gilt, dass Kiel deutlich stärker mit seinen Nachbarn in der KielRegion zusammenarbeiten muss. Flächenentwicklung wird in Zukunft noch mehr kein auf Kiel begrenztes Thema bleiben, zumal die Landeshauptstadt in ihrer Entwicklung stark begrenzt ist. Auch der

Flächennutzungsplan ist dahingehend zu überprüfen, ob er noch in allen Bereichen den heutigen Standards entspricht.

4.5 Gründung einer Wohnungs(bau)gesellschaft

Auf unsere Initiative hin erarbeitet die Verwaltung seit Anfang 2017 eine Struktur für eine Wohnungsbaugesellschaft, die die Fehler des Verkaufs der Kieler Wohnungsbaugesellschaft (KWG) von 1999 nicht wiederholen soll. Dabei fordern wir, Grundstücke und Gebäude getrennt zu betrachten und zu verwalten. Grundstücke sind bilanztechnisch betrachtet unverzehrbares Eigentum, das seinen Anschaffungswert behält. Unter Anwendung einer modern gestalteten Erbpacht oder eines qualifizierten Wiederkaufsrechts könnte die Stadt einer Genossenschaft, einer Baugemeinschaft oder anderen selbst organisierten Wohnungssuchenden das Grundstück überlassen. Die Gefahr des Scheiterns ist dabei ausgesprochen überschaubar, weil selbstverwaltete Wohnobjekte für die Bewohner*innen wirtschaftlich attraktiver sind und durch das Eigeninteresse im Regelfall zum Erfolg geführt werden. Die Stadt spart sich unternehmerisches Risiko. Die Wohnungsbaugesellschaft soll auch Wohnprojekten, die weder genossenschaftlich noch als Baugemeinschaft organisiert sind, Perspektiven gemeinschaftlichen Wohnens bieten, indem diese ihre Wünsche bereits bei der Planung einbringen können.

Zusätzlich könnte die Stadt in Form eines Eigenbetriebs (GmbH) eine Wohnungsbaugesellschaft gründen, die zum Selbstkostenpreis in weniger attraktiven Lagen baut. Zudem können wir uns vorstellen, dass sie eine große leerstehende Immobilie aufkauft und für studentisches Wohnen umbauen lässt. Da sie keine Renditen erwirtschaften muss, könnte das auf längere Sicht preisdämpfend auf den Mietmarkt wirken. Weil das Land in den nächsten drei Jahren mit fast 80 Millionen Euro den öffentlich geförderten Wohnungsbau unterstützen will, könnte die Stadt auch mit überschaubarem Eigenkapital bezahlbare Wohneinheiten schaffen.

4.6 Kieler Altstadt

Die Altstadt braucht eine Gestaltungsvision, die über die Fertigstellung des Holsten-Fleets hinausgeht. Wir setzen uns für eine Machbarkeitsstudie ein, die ab 2019 untersuchen soll, wie nach der Fertigstellung des Holsten-Fleets dieser Bereich der Altstadt an die Innenförde angebunden und erheblich aufgewertet werden kann. Dazu müsste zwischen Holstenbrücke und Prinzengarten die Verkehrsschneise Wall/Kaistraße auf 600 Metern Länge aufgehoben werden. Ein Tunnel oder eine Shared Space-Fläche sorgt für den Verkehr. Auf dem gewonnenen Straßenraum könnten Wohnungen mit guter sozialer Durchmischung entstehen. Neue Hochbauten an der Förde, die den Zugang zum Wasser auf Dauer verbauen, lehnen wir ab.

4.7 Entwicklung neuer Quartiere

Neben dem Kieler Süden ist auch die Entwicklung des MFG 5-Geländes als mischgenutztes Quartier beschlossene Sache. Das „MFG 5“ mit seiner einmaligen Lage könnte ganz neue Qualitäten entfalten, wenn der Verkehrslandeplatz endlich

geschlossen würde. Die 100 Hektar Fläche in Holtenau sind die wohl größte städtebauliche Chance, die Kiel in seinen heutigen Grenzen noch ergreifen kann. Ein mischgenutzter Stadtteil böte Platz für Wohnen, Gewerbe und Grün; für ein Quartier mit beispielhafter Aufenthaltsqualität, in dem Wohnen und Arbeiten endlich wieder zusammengeführt werden und moderne Baukultur ebenso eine Chance erhält wie bezahlbarer Wohnraum.

Die Entwicklung von Suchsdorf-West bedarf nach unserer Überzeugung keiner Prüfung. Die Fläche ist nicht zufällig als Landschaftsschutzgebiet vorgesehen, dessen Umsetzung bislang nur am Personalmangel im Rathaus gescheitert ist. Zudem ist das Areal als „Ruhiges Gebiet“ im Lärmaktionsplan festgelegt und besitzt durch seine Knick- und Auenstruktur eine besondere ökologische Qualität.

4.8 Kiel wächst – Ein neuer Stadtteil auf dem Flughafengelände

Prognosen des Statistikamtes Nord sagen für Kiel bis 2030 eine Einwohnerzahl von 268.000 voraus. Diese Menschen suchen in Kiel einen Platz zum Leben, an dem sie wohnen und arbeiten können. Die Entwicklung der Landebahn in Holtenau zu einem mischgenutzten Quartier ist die größte Chance der Kieler Stadtentwicklung. Der Wohnungsmarkt ist jetzt schon so angespannt, dass es für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen immer schwerer wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das Landebahngelände gehört samt seiner 100 Hektar schon zu 90 Prozent der Stadt. Es können dort bis zu 1.800 Wohneinheiten entstehen, barrierefrei und ökologisch mit 30 Prozent öffentlich gefördertem Wohnungsbau. Da das Gelände in öffentlicher Hand ist, hat die Stadt Kiel die Möglichkeit, die Grundstückspreise in Holtenau zu kontrollieren und sozialen Wohnungsbau zu realisieren.

Seit 2002 hat sich kein flugaffines Gewerbe mehr in Kiel angesiedelt und seit 2006 gibt es auch keinen Regionalflugverkehr mehr. Stattdessen könnten bei einer Umnutzung des Geländes neben dem Wohnungsbau zusätzlich 40 Hektar Gewerbeflächen geschaffen werden. So könnten nach einem von der Stadt beauftragten Gutachten 2.600 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Um den jahrelangen Stillstand in dieser Frage zu beenden und den Kieler*innen selbst die Möglichkeit zur Mitbestimmung zu geben, haben wir in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis ein Bürgerbegehren zu dieser Frage initiiert. Der Bürgerentscheid wird Klarheit über die Entwicklung des Geländes bringen.

5 Perspektiven der Kieler Wirtschaft: Nachhaltigkeit und Zukunftsbranchen

Die Struktur der Wirtschaft in Kiel befindet sich in einem rasanten Wandel und wird stark durch die Zukunftsbranchen geprägt, wozu erneuerbare Energien, digitale Wirtschaft, Gesundheitswirtschaft und nicht zuletzt die Kultur- und Kreativwirtschaft gehören. Die klassischen Branchen wie Industrie und Verwaltung, aber auch der Dienstleistungsbereich stehen vor großen Herausforderungen, um dem Trend der

Digitalisierung gerecht zu werden. Zudem werden vorhandene Fachkräfte zunehmend zu einem Standortfaktor.

Wirtschaftspolitik heißt aus unserer Sicht deshalb an vorderster Stelle, den Standort durch attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen zu stärken, um Hochschulabsolvent*innen in Kiel zu halten und Fachkräfte anzuziehen. Deshalb ist die Wirtschaftspolitik eng mit Politikfeldern wie Mobilität, Wohnungsbau, Bildungspolitik etc. verknüpft und muss mit diesen Hand in Hand gehen. Die Attraktivität der Stadt ist der entscheidende Faktor für ihre Zukunftschancen.

Maritime Wirtschaft

Die Ostseelage Kiels eröffnet große Potenziale für die wirtschaftlichen Perspektiven. Wirtschaftliches Wachstum in Kiel wird zunehmend durch die maritime Wirtschaft getragen. Hafen und maritime Wirtschaft stehen auch immer für Internationalität und Weltoffenheit. Das finden wir gut.

Gleichwohl ist es uns wichtig, zu betonen, dass sich die Nutzung der Meere und damit die maritime Wirtschaft an den großen Umweltherausforderungen wie Klimawandel und Meereskrise ausrichten müssen.

Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass besonders jene maritime Wirtschaft Unterstützung erhält, die sich der Lösung der Zukunftsaufgaben widmet, also Technologien fördert, die dazu beitragen, Klima und Meere ökologisch zu verbessern. Kiel hat die Chance, sich international als Standort für eine zukunftsfähige Nutzung der Meere und als Zentrum für Meerpolitik zu profilieren. Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt ihre Anstrengungen hierfür verstärkt. Die Werften in Kiel, ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) sowie German Naval Yards (GNY), sind für die Landeshauptstadt von zentraler Bedeutung. Dem Export von Kriegsschiffen wie U-Booten und Korvetten stehen Bündnisgrüne traditionell kritisch gegenüber, zumal zu den Vertragspartnern nicht nur NATO- Staaten, sondern auch Staaten in Krisenregionen gehören. Der friedensstiftende und stabilisierende Faktor dieser Exporte ist dabei nicht immer ersichtlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei zukünftigen Verträgen diese nicht mehr vom Steuerzahler subventioniert werden. Mögliche Initiativen zur Rüstungskonversion werden wir unterstützen, um die Abhängigkeit von Kriegsschiffsexporten in Krisenregionen zu reduzieren.

Grüner Wirtschaften – Nachhaltigkeit in Unternehmen

Wirtschaftsförderung muss aus unserer Sicht mit einer ressourcenschonenden Produktion der Unternehmen einhergehen. Die globalen Herausforderungen gilt es in lokales Handeln zu übersetzen. Als Klimaschutzstadt soll es für Kiel zukünftig selbstverständlich sein, dass Unternehmen, die Unterstützung erhalten, sich der Aufgabe stellen, ihren Ressourcenverbrauch zu minimieren, sich aktiv am Klima- und Meeresschutz zu beteiligen und regionale Produkte und den fairen Handel zu stärken. In der nächsten Wahlperiode wollen wir deshalb durchsetzen, dass die Landeshauptstadt, möglichst zusammen mit den Nachbarkreisen, eine

Unternehmensinitiative für Klimaschutz, Meeresschutz und Nachhaltigkeit ins Leben ruft, mit der die Beiträge der Unternehmen Kiels und der KielRegion hierfür aufgezeigt werden. Die Eigenbetriebe der Stadt, insbesondere Seehafen, Müllverbrennung Kiel (MVK), KVG, SFK, Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt (ZTS), städtisches Krankenhaus und Stadtwerke sollen hierbei eine Vorbildfunktion übernehmen. Gleichzeitig wollen wir zukünftig erreichen, dass die Unterstützung von Unternehmensansiedlungen mit der Erfüllung von Umweltstandards und -zertifizierungen untrennbar verknüpft wird.

Digitalen Wandel gestalten

Kein Wirtschaftsbereich wird sich dem digitalen Wandel entziehen können. Die Perspektiven der Unternehmen sind gekoppelt an ihre Fähigkeit, sich hierauf einzustellen. Dafür benötigen sie dringend Unterstützung. Gleichzeitig brauchen die Unternehmen hierfür Strukturen, in denen sie sich entwickeln können. An dieser Stelle muss kommunale Wirtschaftspolitik ansetzen, indem die digitale Infrastruktur weiter ausgebaut wird und Möglichkeiten, die sich aus dem digitalen Wandel ergeben, genutzt werden.

Den digitalen Wandel gestalten heißt aber auch, Trends nicht blind hinterherzurrennen, sondern Risiken zu erkennen und dafür zu sorgen, dass im Zuge der Digitalisierung nicht alle Errungenschaften einer solidarischen Gesellschaft über Bord gehen. Die Datensicherheit und der Schutz der Privatsphäre spielen dabei eine wichtige Rolle. Die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir so nutzen, dass nicht weniger, sondern mehr Menschen die Chance auf eine sinnvolle Tätigkeit mit auskömmlichen Einkommen bekommen. Wir fordern deshalb die Entwicklung von Leitlinien für eine soziale Gestaltung der Digitalisierung für die Kiel-Region. Außerdem wollen wir die Unterstützung von digitalen Startups weiter verstärken und die Chancen der Digitalisierung für die Anbindung des ländlichen Raums an die Stadt nutzen, indem Co-Working-Räume auch in der Kiel-Region geschaffen werden. Damit leistet die Digitalisierung auch einen Beitrag zu zukunftsgerechter Mobilität.

Strukturen der Kultur- und Kreativwirtschaft und Innovation ausbauen

Auf unsere Initiative hin hat sich die Landeshauptstadt Kiel das strategische Ziel einer kreativen und innovativen Stadt gesetzt. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Ansätze entwickelt worden und Initiativen entstanden, die dazu beitragen, dass Kreative in Kiel bleiben oder hierherkommen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft gilt als wesentlicher Faktor für die Innovationsfähigkeit einer Region. Ihre Wirkung ist eng verknüpft mit den Hochschulen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Kiel bestehende Projekte wie Co-Working-Spaces, Innovation Hubs, kreative Gründungszentren und Startup-Initiativen weiter unterstützt werden und weiter sich entwickeln können. Dabei möchten wir vorhandene Strukturen wie Open Campus, Anscharcampus, Alte Mu, Fleet 7, etc. weiter fördern und zu Kooperationen ermuntern. Hierfür sollen entsprechende Förderprogramme in Kooperation mit dem Land entwickelt werden.

Generell wollen wir die Innovationskraft der KielRegion weiter stärken und dafür die Kooperation der Hochschulen mit der Stadt und den Unternehmen weiter ausbauen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Strukturen des Wissenstransfers und der Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter verstärkt werden.

Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen -- KielRegion stärken

In einer globalisierten Welt sind alle Orte gefordert, sich überregional auszurichten. Das Gebot der Zeit heißt Kooperation statt Konkurrenz. In der KielRegion sind wir auf einem guten Weg, so wurde gemeinsam mit dem Umland der Masterplan Mobilität auf den Weg gebracht. Auch in der Wirtschaftsförderung und der Gewerbeflächenpolitik existiert bereits ein fruchtbarer Austausch. Diese Potenziale der Zusammenarbeit wollen wir in weiteren Politikfeldern wie dem Wohnungsbau, der Schulentwicklungsplanung und der Energiewende ausschöpfen. Gemeinsamkeiten finden sich auch in der Grenzregion mit Süddänemark/Seeland, Hamburg oder bei der Kooperation mit den weltweiten Städtepartnern Kiels. Wir unterstützen den Ausbau der Städtekooperationen mit Qingdao, San Francisco und Aarhus und werden uns dafür einsetzen, dass auch die bestehenden Städtepartnerschaften zukünftig stärker im Sinne wirtschaftlicher Kooperationen ausgebaut werden. Im Spannungsfeld zwischen Regionalität und Internationalität ist es wichtig, dass die Stadt Kiel ihr Profil als Maritime Großstadt schärft. Für die Kieler*innen sind die Universitäten, die Meeresforschung, die Lage am Nordostseekanal und nicht zuletzt die Segelgroßveranstaltungen identitätsstiftend. Kiel mag zwar im Norden am "Rand" von Deutschland liegen, doch aus einem europäischen Blickwinkel betrachtet liegt Kiel im Herzen von Nordeuropa und ist das Tor zum Baltikum. Für uns ist die Zusammenarbeit im Großraum Hamburg daher genauso wichtig wie die grenzüberschreitende Vernetzung mit Süddänemark. Die Aufgaben bestimmen dabei die Ebenen und Regionen der Zusammenarbeit. So werden in der KielRegion selber wichtige Infrastrukturprojekte realisiert oder auch Schulentwicklungsplanung diskutiert, INTERREG-Projekte werden naturgemäß grenzüberschreitend mit Städten wie Kolding oder Aarhus umgesetzt und auf internationaler Ebene ist die Zugehörigkeit zum Wirtschaftsstandort Hamburg entscheidend. Ein Beitritt zur Metropolregion Hamburg lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt jedoch ab, weil wir glauben, dass wir die dafür notwendigen Ressourcen an anderer Stelle besser einsetzen können. Stattdessen wollen wir themenbezogen die Zusammenarbeit intensivieren.

Wirtschaftsförderung weiter fokussieren

Nachdem die Wirtschaftsförderung in Kiel unter grüner Mitwirkung in den vergangenen Jahren strategisch neu aufgestellt wurde, kommt es jetzt darauf an, eine Fokussierung im Sinne der wichtigsten Punkte für die Entwicklung der Stadt vorzunehmen. Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung müssen zusammengeführt und die Förderung der Zukunftsbranchen gestärkt werden. Für uns gehört zukunftsfähiges produzierendes Gewerbe zu den Aushängeschildern der Stadt. Die ausschließliche Fokussierung auf größere Ansiedlungen halten wir allerdings nicht für zielführend. Aus unserer Sicht kommt es mehr darauf an, die Bedarfe bestehender Unternehmen im Blick zu haben und

Veränderungsprozesse zu unterstützen, um Arbeitsplätze am Standort zu halten und Erweiterungsmöglichkeiten zu schaffen.

Wir messen einer differenziert an den Bedarfen einzelner Unternehmen und Branchen ausgerichteten Wirtschaftsförderung große Bedeutung zu. Um dieser Aufgabe dauerhaft gerecht werden zu können, ist es erforderlich, die Kräfte – wie im Bereich Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung – zu bündeln. Anstelle von Doppelstrukturen in Verwaltung und Wirtschaftsförderung sollten die Energien konzentriert und in den Dienst eines Wirtschaftsdezernates gestellt werden. Gleiches gilt auch für die KielRegion. Eine Zusammenlegung der Wirtschaftsförderungen aus Plön, Rendsburg-Eckernförde und Kiel hat für alle Vorteile und bietet viele Chancen, um die Landeshauptstadt als Kern der Region noch erfolgreicher zu positionieren und zu vermarkten.

Gewerbeflächen gemeinsam mit dem Umland entwickeln

Die Entwicklung von Gewerbegebieten steht bei der vorhandenen Flächenknappheit naturgemäß in Konkurrenz zum großen Bedarf an Wohnbauflächen. Wenn wir eine übermäßige Verdichtung und Reduzierung der Erholungsräume in der Stadt vermeiden wollen, sollten wir die Chancen der Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen in der Flächenpolitik nutzen und intensivieren. Wir sehen es als einen Erfolg unserer Politik an, dass das MFG 5-Gelände nicht allein als Gewerbegebiet entwickelt wird, sondern als gemischter, attraktiver Stadtteil. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch an anderen Orten wie dem Marinearsenal oder in der Wik so gehandelt wird. Die Schließung des Landeplatzes in Holtenau bietet eine weitere hervorragende Chance für eine integrierte Entwicklung eines gemischt genutzten Quartiers aus Wohnen, Gewerbe und Freizeit.

6 Bildung

Wir haben uns in den vergangenen Jahren im Bereich Bildung stark engagiert und viel erreicht. Der Ausbau der Krippen- und Kitaplätze wurde kraftvoll vorangetrieben und das Schulbau- und Sanierungsprogramm wird konsequent weiter umgesetzt.

Auf diesem Erfolg wollen wir uns aber nicht ausruhen und den eingeschlagenen Weg für eine gute, chancengerechte und zukunftsweisende Bildung als Fundament für die Zukunft unserer Kinder konsequent weitergehen.

6.1 Kiel ist bunt und vielfältig

In den Kindertagesstätten und Schulen unserer Stadt spiegelt sich die ganze Vielfalt unserer Gesellschaft wider. In allen Stadtteilen wachsen Kinder und Jugendliche in einem Umfeld auf, das sprachlich, kulturell, ethnisch und religiös viele Gesichter hat. Kinder unterschiedlicher Hautfarben, Herkunftsländer, Kulturen, sozialer Herkunft, Kinder mit und ohne Handicap lernen und leben in unseren Bildungseinrichtungen gemeinsam.

Wir sehen die Vielfalt der Kinder und Familien in unserer Stadt als Chance und wollen sie für die Entwicklung der Stadtgesellschaft nutzen. Kiel als weltoffene Stadt ist gehalten, die Diversität ihrer Menschen als Potential zu sehen, diese Vielfalt auszubauen und die unterschiedlichen Stärken aller Kinder positiv zu unterstützen. Vielfalt statt Einfalt gilt auch in der Bildung.

6.2 Kiel ist eine wachsende Stadt

Bei uns leben immer mehr junge Familien mit Kindern – in Kiel als familienfreundlicher Stadt fühlen sie sich wohl und wohnen gerne hier. Die wachsende Stadt stellt uns aber auch vor große Herausforderungen. Beim Ausbau der Kindertagesbetreuung sind wir ganz vorne dran und haben in den letzten Jahren einen wahren Kraftakt vollbracht. Trotzdem dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, um allen jungen Familien auch weiterhin ausreichend und qualitativ gute Betreuungsplätze anbieten zu können.

Auch die Kieler Schulen platzen aus allen Nähten. Deshalb wollen wir die Schulentwicklungsplanung passgenau weiterentwickeln, in den stark nachgefragten Stadtteilen Schulen ausbauen und die weniger nachgefragten Schulen attraktiver machen.

6.3 Auf den Anfang kommt es an – gute Krippen und Kitas

Wir wollen Eltern so früh wie möglich unterstützen, gute Eltern zu sein. Eine schöne und unbelastete Beziehung zwischen Eltern und Kind ist die beste Basis für einen guten Start ins Leben.

Schon vor der Geburt beginnen daher unsere vielfältigen Angebote in Kiel, ergänzt um Willkommensbesuche direkt nach der Geburt, Unterstützung durch Familienhebammen sowie eine große Palette an Beratung und Unterstützung für junge Eltern. Die Familie-App schafft auf Deutsch und Türkisch einen guten Überblick, welche Angebote es für Eltern gibt. Weitere Sprachen sollen folgen.

Aus dem Bildungsmonitoring wissen wir, dass wir Eltern mit Migrationshintergrund in dieser Lebensphase bisher noch nicht so gut erreichen. Das wollen wir verändern. Die Vielfalt an präventiven Angeboten wollen wir mit den Trägern auch für sie leichter zugänglich gestalten.

Kita-Qualität in den Fokus

Wir wissen, dass unsere Jüngsten für gute und faire Startchancen bereits in der Kita eine gute Förderung brauchen. Krippen und Kitas sind in unserer Stadt längst zu Bildungsorten geworden. Besonders zeigt sich das bei der Förderung der Sprachentwicklung. Hier unterstützen wir den Einsatz von multiprofessionellen Teams in den Kitas, die sowohl die deutsche als auch die Herkunftssprachen der Kinder fördern können. Wir leben in einer Gesellschaft, in denen Kinder aus verschiedenen Gründen Krippen und Kitas brauchen, um sich sprachlich gut zu entwickeln – entweder, weil sie

eine andere Familiensprache haben oder aber, weil zu Hause mit den Kindern zu wenig gesprochen und gelesen wird. Kindertagesstätten leisten da eine qualitativ hervorragende Arbeit, die wir nicht in der reinen Zahl der Plätze, sondern auch in der Qualität weiter ausbauen wollen. In der kommenden Zeit wollen wir zudem die Bindungsqualität in den Fokus nehmen. Aus der Forschung wissen wir, dass Bindung eine entscheidende Rolle spielt, damit Kinder in Betreuungsangeboten ankommen und von diesen profitieren können. Wo Bedarf besteht, sollen niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote ausreichend zur Verfügung gestellt werden, die sich sowohl an Einrichtungen als auch an Eltern richten.

In den Bereichen Bewegung und Ernährung, Demokratiebildung, frühkindlicher Bildung und Erlernen von Sozialkompetenz gibt es in unseren Kitas schon heute beispielhafte Projekte und Initiativen. Das Kita-Siegel sichert die Qualität, hilft den Eltern bei der Orientierung in der Vielfalt der Angebote und ermöglicht es den Kitas, ihre Schwerpunkte herauszustellen. Wir wollen begleitend zum fortlaufenden Ausbau des Platzangebotes die qualitative Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung fördern. In den nächsten Jahren müssen wir den Personalschlüssel verbessern und uns für eine gute Ausstattung in den Einrichtungen stark machen. Wir dürfen nicht nachlassen, Kindertageseinrichtungen als Arbeitsplatz auch für Männer attraktiv zu machen. Und nicht zuletzt müssen wir Natur- und Waldkindergärten als Alternativen zu den räumlichen gebundenen Einrichtungen unterstützen.

Manche Kitas in Kiel arbeiten unter erschwerten Bedingungen. Nicht alle Kinder bringen aus ihren Familien die gleichen guten Bildungsvoraussetzungen mit. Kinder aus geflüchteten Familien tragen ein weiteres Päckchen mit sich und haben zusätzlich die Sprach- und Kulturbarriere zu überwinden.

Um allen Kindern die annähernd gleichen Chancen bieten zu können und so auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, brauchen diese Kitas eine spezielle Unterstützung. Dazu gehört auch eine Bildungsoffensive für bestimmte Stadtteile. Wir setzen uns dafür ein, dass finanzielle und personelle Ressourcen nicht mehr nur nach der Zahl der Kinder auf Kitas verteilt werden. Sozialindikatoren als Steuerungsinstrument sind nicht neu, sie aber auch im Bildungsbereich anzulegen, ist ein neuer Ansatz, den wir verfolgen wollen.

Fachkräfte in der Kinderbetreuung

Der Fachkräftemangel ist derzeit im Kitabereich schon spürbar – und wird in den nächsten Jahren noch dramatisch steigen.

Deswegen haben wir ein Programm aufgesetzt, die Landeshauptstadt Kiel als familienfreundliche Arbeitgeberin zu stärken, um so Fachkräfte an Kieler Kitas zu gewinnen und zu binden. Wir brauchen eine aktive Personalpolitik und setzen auch beim Personal auf die Vielfalt der Menschen zum Beispiel auf männliches Fachpersonal und Menschen, die neben Deutsch auch die Herkunftssprachen der Kinder beherrschen.

Wir setzen uns dafür ein, aus den Reihen der zu uns geflüchteten Menschen pädagogisches Personal zu gewinnen, ihnen eine adäquate, speziell auf dieses Klientel zugeschnittene, modulare Ausbildung zukommen zu lassen, ihre Fähigkeiten zu nutzen, ihnen Arbeit zu geben und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Auch auf Bundesebene wird derzeit die praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher*innen (PiA) diskutiert. Das ist eine zukunftsweisende und schnell wirkende Option, den Erzieher*innenberuf aufgrund der Ausbildungsvergütung auch für andere Zielgruppen als bisher attraktiv zu machen, zu stärken und gleichzeitig schnell und wirkungsvoll neues Personal zu gewinnen. Gleichzeitig ist klar, dass die Standards und das Niveau der Erzieherausbildung nicht abgesenkt werden sollen.

Kitaausbauprogramm

Viele Mütter und Väter wollen sich nicht zwischen Familie oder Beruf entscheiden – sie wollen oder müssen sogar beides unter einen Hut bekommen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren im Bereich Bildung stark engagiert und auch die Zahl der Tageseltern steigt stetig. Die Betreuungsmöglichkeiten in den Ferien und den Randzeiten wurden stark ausgebaut und ein Vertretungspool aufgebaut. Das gibt Eltern einen zuverlässigen Betreuungshintergrund für die Zeit ihrer Berufstätigkeit.

Die Tagespflege ist weiter auf Erfolgskurs und ergänzt das institutionelle Angebot in Kiel hervorragend. Für Männer und Frauen, die Tageseltern sein möchten und selbst zu kleine Wohnungen haben, sollen weiter Wohnungen angemietet werden, so dass sie dort ihrem Beruf nachgehen können und weitere Tagespflegeplätze entstehen.

Ergänzend zu der jährlich vorgelegten Kitabedarfsplanung mit der Differenzierung der Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen wird es eine mehrjährige Kitaausbauplanung geben. Darin wird mittel- und langfristig festgeschrieben, in welchen Stadtteilen weitere Kitas neu gebaut oder erweitert werden müssen. In engem Kontakt mit dem Baudezernat werden Investoren ermuntert, im Erdgeschoss einer möglichen Wohnbebauung gleich eine Kita mit einzuplanen.

Bei uns machen auch Eltern Politik, darum wissen wir, dass oft lange gezittert wird, ob und wann das Kind einen bestimmten Kita- oder Hortplatz bekommt. Auch die Suche nach der passenden Kita oder den geeigneten Tageseltern nimmt viel Zeit in Anspruch und kostet Nerven. Die Stadt Kiel hatte hier als Vorreiterin eine zentrale, elektronische Übersichts- und Anmelde-möglichkeit geschaffen. Leider ist das Kieler System mittlerweile vom Kitaportal des Landes überlagert. Damit hat sich die Übersichtlichkeit und praktische Handhabung verschlechtert, so dass viele Kinder wieder wie vorher „per Hand“ in der jeweiligen Einrichtung angemeldet werden. Wir werden gemeinsam mit dem Land daran arbeiten, dass die Situation wieder verbessert wird. Zudem werden wir auf mehr Transparenz bei Platzvergabe hinwirken.

Kita isst lecker – und gesund.

Wir wollen den Grundstein für gesunde Ernährung schon im Kindesalter legen. Wir haben ein Modellprojekt zu Bio-Essen in Kitas gestartet und erwarten, dass wir auf

Grundlage der Ergebnisse ein Modell für ganz Kiel daraus bauen können – gesund und erschwinglich für alle Familien. Wir setzen uns dafür ein, dass Ernährung ein selbstverständlicher Bestandteil des Alltags in Kindertageseinrichtungen ist und nicht für Kinderaugen unsichtbar angeliefert wird.

Orientierung für geflüchtete Familien im Kita-System

Für viele Flüchtlingsfamilien sind Kitas Neuland, weil es ein solches Betreuungssystem in ihren Herkunftsländern in der Regel nicht gibt. In Kiel haben wir Kita-Lotsen ausgebildet, die den Familien die Orientierung und Eingewöhnung in das deutsche Bildungssystem erleichtern sollen. Eine gelungene Integration der Kinder in den Kita-Alltag hängt maßgeblich davon ab, wie gut Eltern für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gewonnen werden konnten. Weitere Schritte zum Aufbau eines engmaschigen Netzwerkes zur Integration von Kindern aus geflüchteten Familien in Kitas werden folgen.

Familienzentren

Notwendige Unterstützung für Familien muss dort ankommen, wo Familien sind. Genau dazu tragen Familienzentren bei. In Kiel gibt es mittlerweile einige Familienzentren. Wir wollen es Kindertageseinrichtungen nicht nur in sozialen Brennpunkten erleichtern, sich zu einem Familienzentrum weiterzuentwickeln. Elternkurse können den Start als Familie oder den Übergang in die Schule erleichtern oder aber bei Fragen zur Ernährung und Erziehung Hilfestellung anbieten. Eltern können im Kontakt mit einem multiprofessionellen Team im Familienzentrum auch immer eigene Bedarfe anmelden und so das Angebot mitbestimmen. So übernehmen wir gemeinsam Verantwortung für das Wohl unserer Kinder.

Bestehende Familienzentren wollen wir evaluieren und einen Austausch von „Best-Practice“-Modellen aufbauen, um den Nutzen für die Familien weiter zu erhöhen.

6.4 Unterstützung für Schüler*innen und Eltern

Ausbau der Schulkindbetreuung

Unser Ziel ist es, Schulkindbetreuung möglichst an die Schulen zu verlagern und das Profil der Schulkindbetreuung zu schärfen. Schulen sollen ein Ort des Lebens und Lernens sein, Aufenthaltsort für Kinder, in der Mensa ein Platz für ein gutes Mittagessen anbieten und eine qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung und Hausaufgabenhilfe nach Maß gewährleisten. Ein Ort, an dem Lehrkräfte unterrichten und pädagogisches Fachpersonal Kinder in Entwicklungsprozessen begleitet.

Wir brauchen Transparenz für Eltern, die die verwirrende Vielzahl an Systemen erklärt - offene und gebundene Ganztagschulen, betreute Grundschulen ebenso wie Horte und Jugendtreffs. Dabei geht es uns sowohl um die Schaffung neuer Plätze als auch um vernünftige Standards. Die Weiterentwicklung der Schulkindbetreuung wollen wir mit den Elternvertretungen vorantreiben, damit sich steigender Platzbedarf und Qualitätsstandards vereinen lassen.

Für ausgeschlafene Schüler*innen in Kiel

Wir werden beantragen, dass die Stadt Kiel zu einem runden Tisch mit Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen und den ÖPNV-Trägern einlädt, um die Möglichkeit zu diskutieren, die bisherige zweite Schulstunde zur ersten Schulstunde zu machen und so den Schlafrhythmus der Schüler*innen in Kiel besser zu berücksichtigen.

Übergang von der Kita in die Schule

Den Übergang von der Kita in die Schule wollen wir den Kindern möglichst leichtmachen. Hier gibt es viele gute Ansätze in Kiel, bewährte Kontakte und Schnuppertage – aber auch noch weiße Flecken auf dem Stadtplan. Im Rahmen der Bildungskonferenzen, in Fachworkshops und durch Vor-Ort-Termine wollen wir Erfahrungen aus gut funktionierenden Kooperationen sammeln und Schulen und Kitas gemeinsam Unterstützung anbieten.

Im Bildungsmanagement wollen wir ein Bildungsmonitoring für diesen wichtigen Übergang im Leben eines Kindes aufbauen, damit Entwicklungen anhand von Indikatoren verfolgt und regelmäßig evaluiert werden.

Verständlichkeit des komplexen Schulsystems

Das gilt genauso für den Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen. Wir möchten mehr Verständlichkeit des komplexen Schulsystems – welche Schularten gibt es, was bieten diese, was unterscheidet sie, welche ist die richtige Schule für mein Kind? Dabei brauchen Eltern Klarheit und Unterstützung, sonst bleibt die Wahlmöglichkeit ein leeres Wort. Zudem wollen wir, bei aller Wahlfreiheit, verhindern, dass Eltern ihr Kind an eine unpassende Schule schicken müssen, weil sie an keiner anderen Schule mehr einen Platz finden.

Orientierung und Unterstützung für geflüchtete Familien im Schul-System

Analog zu den Elternlotsen im Kitabereich können Elternlotsen das komplexe deutsche Schulsystem auch für Familien aus anderen Kulturkreisen verständlich machen und bei Fragen zur Verfügung stehen.

Die Integration von Geflüchteten in das Schulsystem ist eine große Aufgabe. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass sich das System von „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) von der Konzentration von Kindern in DaZ-Zentren weg zu einer Verteilung auf alle Schulen hinbewegt hat. Integration gelingt dort besser und wohnortnaher.

Wir sollten auch überlegen, ob es fair ist, zu früh unsere deutschen Schulmaßstäbe an diese Kinder anzulegen. Es dauert lange bis sie wirklich die deutsche Sprache so beherrschen, dass sie in der Schule gleichberechtigt mitziehen können. Aber in ihrer Herkunftssprache sind sie vielleicht sehr gut. Diese Stärken könnten wir fördern und honorieren.

Schularten in Kiel

Wir haben eine bunte Schullandschaft - mit 32 Grundschulen, die nach der Kita den Grundstein legen, mit 13 Gemeinschaftsschulstandorten, 11 allgemeinbildenden

Gymnasien und 3 leistungsstarken Regionalen Berufsbildungszentren. Für 33.400 Schüler*innen und über 1.000 Lehrkräfte sind die Kieler Schulen Tag für Tag Lern- und Arbeitsstätte.

Den Kieler Schulen, die in den letzten Jahren viele Schulreformen umsetzen mussten, möchten wir Zeit und Unterstützung bei diesen Prozessen geben.

Die Gymnasien werden wir auf dem Weg zurück nach G9 unterstützen.

Für die Gemeinschaftsschulen, die ohne Oberstufe arbeiten, wollen wir verlässliche Übergänge für die Jugendlichen schaffen, die nach der zehnten Klasse in die Sekundarstufe II wechseln wollen. Es darf nicht sein, dass wir auf dem Papier ein durchlässiges Schulsystem propagieren, dieses in der Praxis jedoch für die einzelnen Schüler*innen an schwierigen Bedingungen scheitert.

Auch für Schulabgänger ohne gymnasialen Abschluss muss ein einfacher und wertschätzender Weg gefunden werden, eine neue, passende Schule zu finden.

Ganztagsschulen

Wir wollen Schulen, in die Kinder und Jugendliche gern gehen. Sie sollen auch hier ihre Freizeit verbringen können, auch um den Eltern eine verlässliche Betreuungssituation zu bieten. Die gebundenen Ganztagsschulen in Kiel zeigen, wie die Mischung aus Unterricht und Freizeit eine neue Lern- und Lebensqualität mit sich bringt. Darum setzen wir uns für mehr gebundene Ganztagsschulen ein, die gerade auch unter den Aspekten der Integration, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und des sozialen Lernens viele Vorteile haben. Ganztagsschulen erfordern ein pädagogisches Konzept und die nötigen Rahmenbedingungen mit genügend qualifiziertem Personal. Wir setzen uns dafür ein, dass die schwer erklärbare Unterscheidung zwischen alten und neuen gebundenen Ganztagsschulen aufgelöst wird und beide Systeme mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Wir haben erreicht, dass die Landeshauptstadt hier bereits mit erheblichen Mitteln unterstützt. Die Grundlage einer gerechten und auskömmlichen Ausstattung dafür muss aber von der Landesregierung kommen.

Bildungsoffensive – Sozialindikatoren

Auch unter Kieler Schulen gibt es solche, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten. Sie haben möglicherweise besonders viele Kinder aus Multiproblemfamilien oder Kinder mit einer anderen Muttersprache oder Kinder aus geflüchteten Familien. Um hier annähernd gleichen Chancen für alle Kinder bieten zu können, brauchen diese Schulen eine spezielle Unterstützung. Wir fordern auch im schulischen Bereich eine Bildungsoffensive für bestimmte Stadtteile, um Kiel als eine Stadt zusammenzuhalten. Für finanzielle und personelle Ressourcen sollen zu diesem Zweck Sozialindikatoren als Steuerungsinstrument genutzt werden - z. B. bei Schulsozialarbeit oder Schulassistenten.

Schulbauprogramm 2.0

Mit der bis 2018 geplanten ersten Auflage des Schulbauprogramms wurden und werden weitere Schulen mit den dringend notwendigen Mensen ausgestattet. Die Mensen der

Max-Planck-Schule ist fertig, die an der Humboldt-Schule derzeit im Bau. Die finanziellen Mittel für die Mensen an der Käthe-Kollwitz-Schule und des Ernst-Barlach-Gymnasiums stehen für 2018 im Kieler Haushalt. Ab 2019 wird dann auch die Kieler Gelehrtenschule für den Betrieb als Ganztagslernort gut ausgestattet sein. Dazu kommen Sporthallen für die Ricarda-Huch-Schule, die Goethe-Gemeinschaftsschule, die Humboldtschule und die Hebbelschule (in Planung).

In den vergangenen fünf Jahren haben wir 100 Millionen Euro in den Umbau von Schulen, die Renovierung, die energetische Sanierung, den Neubau von Mensen und Sporthallen und die Renovierung maroder Fachräume und Lehrerzimmer gesteckt. Auch das ist ein Erfolg grüner Bildungspolitik.

Das ursprüngliche Schulbauprogramm stammt aus dem Jahr 2012 und muss dringend überarbeitet werden. Wir haben daher die Erstellung eines Schulbau- und Sanierungsprogrammes 2.0 auf den Weg gebracht. In enger Zusammenarbeit von Bildungs- und Baudezernat wird das Programm inhaltlich den aktuellen Bau- und Sanierungsarbeiten angepasst. In die Planungs- und Abstimmungsarbeit zwischen beiden Dezernaten fließen die Erfahrungen aus dem ersten Schulbauprogramm ein.

Wir werden ebenfalls die Bauunterhaltung an Schulen mit ins Programm aufnehmen und mit gesicherten Haushaltsmitteln ausstatten. Eine stringente Bauunterhaltung sichert den Schulen funktionierende Schulräume und verhindert in der Folge teurere Sanierungsmaßnahmen.

Ein fester Prozentsatz des Finanzbudgets für Schulbaumaßnahmen soll in die sukzessive Sanierung der maroden Schultoiletten gesteckt werden.

Innovative Schulneubauten

Die aktuelle bildungspolitische Debatte zeigt, dass die traditionellen Formen von Schule und Unterricht den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mehr gerecht werden. Beim notwendigen Wandel vom "Haus der Belehrung" zum "Haus des Lernens" geht es um eine veränderte Schul- und Lernkultur. Wir wollen daher in Kiel die derzeit einmalige Chance nutzen, Schulen nicht im Bestand aufwendig nachrüsten zu müssen, sondern neue Schulen von Anfang an mit neuen pädagogischen Handlungskonzepten und den dazugehörigen innovativen Raumkonzepten auszustatten.

Gesundheit an Kieler Schulen – Trinkwasser

Gesundheit an Schulen hat viele Facetten. Das geht von Verminderung der Lärmbelastung über gesundes Essen und Trinken, ausreichend Bewegung bis hin zur Gesundheit des Lehrpersonals. Nicht alle Probleme können wir auf die Schnelle beheben. Die Lärmbelastung in Klassenräumen kann nur nach und nach durch lärm-dämmende Maßnahmen behoben werden. Das Essen in den Kieler Mensen hat sich bereits gebessert.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass an Kieler Schulen Trinkwasserspender zur Verfügung stehen. Das Kieler Trinkwasser ist ein hervorragendes Lebensmittel, es

schmeckt gut und sollte stärker als bisher geschätzt und verwendet werden. Viele Kinder bekommen süße Limos in Plastikflaschen mit in die Schule. Das macht den Ranzen noch schwerer, ist ungesund und produziert jeden Tag aufs Neue einen riesigen Müllberg. Schüler*innen sollen daher während der Schulzeit ausreichend hygienisches, frisches und kostenfreies Trinkwasser, nach Wunsch auch gesprudelt, zur Verfügung haben.

Vielfalt an Kieler Schulen

Wir setzen uns dafür ein, dass den Eltern und Schüler*innen in Kiel vielfältige und attraktive Schulen zur Wahl stehen. Dazu gehören unterschiedliche Schulprogramme und Schulprofile, welche die Schulen unterscheidbar machen und eine möglichst große Bandbreite bieten können. Dazu gehören sowohl Schulen mit einem besonderen Sprachangebot oder englischsprachigem Unterricht als auch Schulen mit besonderen Kooperationen zum Beispiel mit Sportvereinen, Hochschulen, Theatern, Handwerker*innen oder Firmen. Aber auch Initiativen zur Einrichtung einer internationalen Schule, einer Fair-Trade-Schule oder von mehr „Schulen ohne Rassismus“ sollen unterstützt werden. Zudem sollen Schulen Angebote bekommen, mit ihren Kindern und Jugendlichen die postmigrantische Gesellschaft und unser demokratisches System zu thematisieren, zum Beispiel durch Demokratietage, das Ausrichten von „Colored Glasses“-Workshops, das Bewerben der Jungen Islamkonferenz Schleswig-Holstein unter Schüler*innen sowie der Einbeziehung von Migrant*innen-Organisationen bei Angeboten an und für Schulen.

Regionale Berufsbildungszentren (RBZ)

Über 100 Millionen Euro wurden bereits in den Um- und Neubau der beruflichen Schulen gesteckt. Das war und ist ein Kraftakt für die Stadt Kiel. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass das größte der drei berufsbildenden Schulen, das RBZ1 Soziales, Ernährung und Bau, mit 12.000 Schüler*innen und 600 Klassen an verschiedenen Standorten zu groß geplant worden ist. Die Teilung dieser Schule und die Gründung eines vierten RBZ sind bereits in Planung. Nach der Fertigstellung bietet die Stadt Kiel mit dann vier völlig neu gestalteten und modernisierten Regionalen Berufsbildungszentren berufliche Bildung für Kiel und Schleswig-Holstein auf höchstem Niveau.

Mensaessen – gesund und lecker

Seit es in vielen Kieler Mensen neue Essensanbieter*innen gibt, hat sich die Nachfrage nach Mittagessen erheblich erhöht. Die gute Auslastung unserer Mensabauten bestärkt uns in unseren Bemühungen. In den Mensen wird verstärkt auf gesundes und leckeres Bio-Essen gesetzt. Mittlerweile ist eine durchschnittliche Quote an Bio-Lebensmitteln von 30 Prozent erreicht – hauptsächlich Gemüse, Kartoffeln, Reis, Nudeln und Obst. Hier wollen wir deutlich mehr. Um nicht nur den ökologischen Ackerbau, sondern auch die ökologische Tierhaltung zu fördern, möchten wir den Anteil an nach biologischen Standards erzeugten Tierprodukten an Lebensmitteln wie Milch, Käse, Joghurt und Eier erhöhen.

Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil eines Bildungssystems, in dem jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft die gleichen Chancen haben soll. Unser Ziel, innerhalb der vergangenen fünf Jahre jeder Schule umgerechnet eine halbe Stelle Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen, haben wir erreicht. Uns war es besonders wichtig, alle Stellen für Schulsozialarbeiter*innen zu entfristen, attraktive Arbeitsplätze an den Schulen zu schaffen und somit dem häufigen Mitarbeiter*innenwechsel entgegenzuwirken. Auch diesen Bereich wollen wir regelmäßig evaluieren, um die Arbeit, gerade im Abwägen zwischen Einzelfallhilfe und Gruppenangeboten, optimal auszurichten und sicherzustellen, dass Schulsozialarbeiter*innen nicht zu Lückenbüßer*innen gemacht werden.

Inklusion an Schulen

Inklusion ist auch im Kita- und Schulbereich ein hochgestecktes Ziel, das derzeit noch weit entfernt ist von einer erfolgreichen Umsetzung. Die Schulassistenz hat sich als ein erfolgreicher Ansatz herausgestellt. Wir wollen aus den Erfahrungen weiter lernen, mit allen Beteiligten im Dialog bleiben und die vorhandenen Mittel möglichst effizient einsetzen. Die Meinung der betroffenen Familien liegt uns dabei besonders am Herzen.

Die in diesem Zusammenhang aufgebaute Kooperation von Schule und Jugendhilfe (KSJ) hat sich trotz mancher Startschwierigkeiten bewährt. Sie ermöglicht es zudem Kindern, Jugendlichen und Familien mit Unterstützungsbedarf frühzeitig und oft präventiv Hilfen vor allem der sogenannten Stufe 2 zukommen zu lassen. Wir wollen das Konzept evaluieren und mithilfe eines „Best-Practice“-Austauschs weiterentwickeln, in das wir auch erfolgreiche Projekte aus anderen Städten wie „Familie in Schule“ einbeziehen. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang regelmäßige Überprüfungsgespräche aller Kooperationspartner auf unteren Ebenen. Zudem sollte gerade angesichts des Ziels präventiver Arbeit eine Ausweitung auf Grundschulen betrieben werden. Hierfür müssen ausreichende Mittel und Personalstellen zur Verfügung stehen.

Auch an den Kieler berufsbildenden Schulen können wir über Inklusion nachdenken und Projekte anschieben, mit den jungen Menschen mit Handicap ebenso eine Berufsausbildung bekommen können wie alle anderen, um dann anschließend den Schritt in den Arbeitsmarkt gehen zu können.

Medienkompetenz in Kieler Kindertageseinrichtungen Schulen

Quer durch alle Bildungseinrichtungen und in den Schulen durch alle klassischen Unterrichtsfächer zieht sich das Thema Medienkompetenz. Eltern müssen sich mit den Folgen der digitalen Revolution nicht nur im Berufsleben auseinandersetzen. Unsere Kinder sollen ermutigt und befähigt werden, die neuen Medien für ihre Zwecke zu nutzen, sich aber auch kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen.

Im Bereich der Kindertageseinrichtungen steht die Entwicklung von Medienkonzepten an, die Eltern Antworten auf die Digitalisierung von Kindheit geben und sinnvolle Ideen

verfolgen, wie digitale Medien in frühkindlichen Einrichtungen thematisiert werden sollten.

Mit dem zentral angebotenen Programm IServ wird bereits eine leistungsfähige Software für alle Kieler Schulen angeboten. Der Anschluss an das Glasfasernetz geht ebenfalls voran. Es muss aber auch innerhalb der Gebäude eine leistungsfähige Infrastruktur in den Schulen geschaffen werden. Die IT-Betreuungs-Lehrer*innen müssen entlastet werden - Beschaffung, Pflege der Hard- und Software und die Systembetreuung müssen zentral und kompetent für alle Schulen angeboten werden. Die Schulen werden bei der Erstellung eines Medienentwicklungskonzeptes und entsprechender Rahmenbedingungen zur Umsetzung unterstützt. Die Bereitstellung und Nutzung pädagogischer Materialien aus dem Netz und die Integration der neuen Medien in Unterricht muss für die Lehrkräfte selbstverständlich, einfach und kostengünstig werden.

6.5 Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf

Jugendberufsagentur

Wir wollen uns daran messen lassen, wie vielen Jugendlichen der Sprung in Ausbildung oder Studium gelingt. Eine kommunale Wahlperiode dauert so lange wie der Weg eines Kindes auf der Gemeinschaftsschule bis zum Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss. Nicht jedes Kind muss Abitur machen, aber jedes Kind sollte die zu ihm passende Ausbildung machen können und so seinen adäquaten Platz in unserer Gesellschaft finden und zwar unabhängig von sozialer Herkunft. Das verstehen wir unter Chancengerechtigkeit.

2016 wurde die Kieler Jugendberufsagentur (JBA) erfolgreich auf den Weg gebracht. Mit den drei Standorten an den Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) ist die JBA genau dort platziert, wo auch die Jugendlichen sind. Die Mitarbeiter*innen geben Auskunft über mögliche Bildungswege, helfen beim Weg durch die Behörden oder geben Unterstützung in persönlich schwierigen Situationen – alles gebündelt an einem Standort. Die JBA verhindert so Irrwege durch das Bildungssystem und ermöglicht mehr Jugendlichen eine passgenaue Ausbildung. Nach der Auftaktphase wollen wir frühzeitig evaluieren und nachsteuern, wo es nötig ist, um dieses Projekt zu einem vollen Erfolg zu machen.

Übergangmanagement

Übergänge sind immer ein möglicher Stolperstein auf dem Weg zu einer gelungenen Ausbildung. Im Rahmen des erfolgreich arbeitenden Bildungsbüros wird das Regionale Übergangmanagement um ein weiteres wichtiges Instrument ergänzt, das für die Kinder aus geflüchteten Familien von größter Bedeutung ist. Die Interkulturelle Bildungsberatung soll durch Beratung und Begleitung verhindern helfen, dass Jugendliche durch die Maschen fallen und ohne Perspektive dauerhaft im Leistungsbezug landen. Ein besonderer Fokus liegt hier auf der Unterstützung von Schüler*innen mit Migrationshintergrund, wichtig insbesondere für Kinder aus den seit

2015 vermehrt zu uns gekommenen, geflüchteten Familien. Wir wollen dieses Angebot auf das der Jugendberufsagenturen abstimmen, um Doppelungen und unnötige Konkurrenz zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

Wir wollen den Übergang ins Studium stärker betrachten und junge Menschen auf dem Weg dorthin begleiten, um die Studienabbrecherquote zu senken. Wir möchten den Austausch und die Anstrengungen der Bündnispartner auf diesem Weg unterstützen.

6.6 Weiterbildungseinrichtungen

Nach unserem Verständnis endet der Bildungsweg eines Menschen nicht nach der Berufsausbildung oder mit dem Verlassen einer Hochschule, sondern wird das gesamte Leben hindurch beschritten. In unserer Wissensgesellschaft werden beständige Weiterqualifizierung und Neuorientierungen zunehmend wichtiger. Eine aktive Weiterbildungspolitik muss auf verschiedensten Ebenen erfolgen: Dort spielen nicht nur die Hochschulen und privaten Weiterbildungseinrichtungen eine wichtige Rolle, sondern besonders auch die Kieler Volkshochschule.

6.7 Bildungsregion Kiel

Die Zuständigkeiten in der Bildungspolitik sind zwischen Land und Stadt aufgeteilt. Dazu kommen das Schulamt, die Schulsozialarbeiter*innen und weitere Bildungseinrichtungen. Wir haben in unserer Bildungsregion Kiel erfolgreich ein Bildungsmanagement und -monitoring für Eltern- und Frühkindliche Bildung sowie für den Übergang Schule-Beruf-Studium mit Bildungskonferenzen, Bildungsberichterstattung und evaluierenden Bildungsreports aufgebaut. Es gilt, diese Struktur zu verstetigen und auf weitere Übergänge wie Kita-Grundschule und Grundschule-Weiterführende Schule auszuweiten.

Den undurchschaubar wirkenden Strukturen haben wir das Übergangsmanagement Schule-Beruf entgegengesetzt und wollen diese Institution weiter stärken. Mit Hilfe des Bildungsmanagements wollen wir eine bessere Vernetzung aller Akteure in der Bildungsregion herstellen. Mit den vier sehr gut besuchten Kieler Bildungskonferenzen (Auftakt, Übergang Schule-Beruf, Starke Familien – von Anfang an, Integration durch Bildung) haben wir bereits große Erfolge in den jeweiligen Themenbereichen erzielt und viele Akteure besser und enger miteinander vernetzt.

Auch die außerschulischen Bildungsträger gehören in die Kieler Bildungsregion. Kompetente Anbieter, zum Beispiel aus den Bereichen Umwelt, Kunst und Kultur, Musik, Geschichte, vervollständigen bereits heute die Kieler Bildungslandschaft. Diese vielfältigen und kompetenten Institutionen wollen wir besser in die Kieler Bildungsregion einbinden.

7 Sozialpolitik für ein Kiel

Wir sehen in der kommenden Legislatur in Kiel eine besondere Herausforderung im Bereich des Sozialen. Die zunehmende Spaltung und Zersplitterung in unserer

Gesellschaft führen dazu, dass einige Menschen an den Grundpfeilern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zweifeln – oder den Zweifelnden ihre Stimme geben. Unser Gegenentwurf ist es, bestehende und drohende Schwierigkeiten klar zu benennen und gangbare Lösungsvorschläge anzubieten, statt plakative Forderungen aufzustellen und vermeintliche „Sündenböcke“ zu präsentieren. Schon heute gibt es große Unterschiede in den Lebensverhältnissen in unserer Stadt. Es gibt Stadtteile, in denen nur wenige Menschen große Chancen auf einen guten Platz in unserer Gesellschaft haben. Und in diese Stadtteile werden immer mehr Menschen gedrängt, weil sie sich das Wohnen nur noch dort leisten können. Menschen fühlen sich abgehängt und von der Gesellschaft im Stich gelassen, die gleichzeitig anderen helfend die Hand reicht. Aus diesem Grunde folgen auch bei uns leider immer mehr Menschen aus Enttäuschung jenen, die nur Sündenböcke anprangern und nebulöse Heilsversprechen anbieten können.

Wir lehnen jeglichen Rassismus in unserer Gesellschaft ab und werden auch nicht mit Rassisten zusammenarbeiten. Wir sehen uns als Partei, die eine Verantwortung für die ganze Gesellschaft hat. Gleichmaßen sind wir in der Pflicht, Menschen, die in ihrer Verzweiflung mit dem Gedanken spielen, durch ihre Wahl ihren Protest zu artikulieren, die Hand zu reichen und ihnen zu zeigen, dass sogenannte etablierte Parteien Lösungen anbieten. Unsere Sozialpolitik hat es sich zum Ziel gesetzt, Präventionsmaßnahmen gegen jedweden Rechtsextremismus zu fördern und Aussteiger*innen eine Perspektive zu bieten.

Auch in einer bundespolitisch schwierigen Situation, in der Kinderarmut ebenso drängt wie die gefühlte Sanktionswut gegen Schwache, wollen wir hier in Kiel Verantwortung übernehmen und auf der kommunalen Ebene etwas bewegen. Als zentrale Herausforderungen sehen wir in den kommenden fünf Jahren:

1. Unsere Stadt zusammenzuhalten, so dass jede*r die Chance auf ein gutes Leben und auf Teilhabe an unserer Gesellschaft hat.
2. Sicherzustellen, dass unsere Stadt so vielfältig bleibt, wie sie heute schon ist. Mit Unterstützung, wo es nötig ist.
3. Gerade auch Familien Wohnraum und Unterstützung zu bieten, denn Zukunft ist gerade dort, wo Kinder sind.
4. Eine helfende Hand anzubieten, wo sie nötig ist, damit sich niemand abgehängt fühlt, sondern wieder auf die eigenen Füße kommt.

7.1 Eine Stadt für alle – für ein neues Kiel-Gefühl

Unsere Gesellschaft befindet sich in vielerlei Hinsicht im Wandel – und es gibt einige Gruppen, die ein größeres Risiko tragen, ausgeschlossen zu sein oder zu werden. Wir wollen und müssen dem entgegenwirken und den Weg zu einer gerechteren Stadt gehen. Ab 2015 und 2016, als schon einmal viele Menschen nach Kiel flüchteten, haben wir gesehen, welches Potenzial in unserer Stadtgesellschaft steckt, Menschen in Not zu unterstützen. Wenn es uns gelänge, genau dieses Engagement über einen Zeitraum

weniger Jahre klug und zielgerichtet für die Schwächsten unserer Stadt aufzubringen, so könnte dies wirklichen gesellschaftlichen Wandel zu mehr Chancengerechtigkeit lostreten.

Wir wollen die verschiedenen Akteure in der Stadt stärker aktivieren und vernetzen, damit sie sich für ihre Stadt einbringen. Die sich vertiefende Spaltung unserer Stadtgesellschaft ist eine große Aufgabe, die die Verwaltung alleine nicht bewältigen kann. Ziel muss es sein, wieder mehr Menschen für die Teilhabe an unserer Gesellschaft zu gewinnen. Zum einen sollen sie sich wieder dazugehörig fühlen, weil für sie gesorgt wird, statt sie zu diskriminieren und zu stigmatisieren. Zum anderen sollen sie sehen, dass ihr eigenes Handeln Wirkung erzielen kann, etwas für sie und ihr Leben bewegen kann.

Besonders Heranwachsende mit speziellen Herausforderungen, wie einer familiären Einwanderungsgeschichte oder aus Familien, in denen seit langem keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, sollen erleben, dass sie mit ihrer Biographie und ihrer Identität in Kiel dazugehören. In Schulen, Universitäten, Behörden und Vereinen wollen wir jedem Menschen klarmachen, dass er zu unserer Gesellschaft, zu unserer Stadt dazugehört und das Entstehen eines inklusiven „Wir-Gefühls“ unterstützen. Hierfür wollen wir mit unterschiedlichsten Kooperationspartner*innen aus Bildung, Kultur, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ausloten, was sie jeweils dazu beitragen können und wollen.

Wir wollen die Hochschulen dafür gewinnen, sich in Stadtteilen mit größeren Problemlagen einzubringen, sei es durch studentische Projekte, die möglicherweise mit Credit-Points vergütet werden, oder durch Forschungsprojekte mit und in der Praxis. Lehramtsstudierende könnten sich über Praktika hinaus als Impulsgeber*innen oder über Patenschaftsprojekte für Schulen einbringen und gleichzeitig wertvolle Praxiserfahrungen sammeln. Studierende der Kunsthochschule könnten sich mit unterschiedlichsten Projekten und Aktionen auch auf dem Ostufer engagieren. Seit diesem Schuljahr gibt es zudem erste TeachFirst-Fellows in Kiel. Wir wollen prüfen, was die Stadt möglicherweise dazu beitragen kann, dieses Programm in Kiel auszuweiten.

Wir wollen ebenso die Kulturinstitutionen dafür gewinnen, sich noch stärker für ihre Stadt zu engagieren. Dies können Aktionen wie die Übertragungen der Sommeroper in unterschiedlichen Stadtteilen, aber auch Projekte des Werftparktheaters sein, die noch stärker in die umliegenden Stadtteile hineinwirken oder in denen mit Schulen kooperiert wird.

Viele Unternehmen engagieren sich schon. Sie unterstützen Schulen ihrer umliegenden Stadtteile finanziell, bauen Kooperationen auf, auch um künftige Fachkräfte zu gewinnen oder spenden für Stadtteilstiftungen. Wir wollen verstärkt an kleinere Unternehmen, zum Beispiel aus dem Handwerk herantreten, um diese zu motivieren, den Übergang von Schule und Beruf mitzugestalten.

Ein Kiel der starken Stadtteile

Unser sozialpolitisches Handeln richtet sich sowohl gesamtstädtisch als auch sozialräumlich aus. „Ein Kiel“ meint für uns eine Stadt aus starken Quartieren und Stadtteilen, mit bürgerschaftlichem Engagement und Beteiligung – für und mit den direkten Nachbar*innen. Grüne Sozialpolitik ist ohne eine Mobilisierung und Beteiligung der Betroffenen bei der Gestaltung der eigenen Lebenswelt nicht denkbar. Es geht um die Förderung von Selbsthilfe und sozialer nachbarschaftlicher Beteiligung, die Stärkung der Stellung von Nutzer*innen sozialer Einrichtungen, die Förderung einer solidarischen Stadtgesellschaft, die Bestärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements sowie den Ausbau der Formen der Bürger*innen-Beteiligung und direkter Demokratie.

Ein zentrales Instrument sind für uns hierbei die Stadtteilkonferenzen, wo sich alle Akteure eines Stadtteils treffen, austauschen und Dinge anschieben. So lernen sich Menschen kennen, die sonst bestenfalls am Telefon voneinander hören, werden Hilfesysteme vernetzt, damit niemand durch die Maschen rutscht. Es entstehen Stadtteilsterke und andere Dinge, die die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessern. Die Bedürfnisse und Problemlagen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, aber auch von allen anderen werden besprochen und ganz konkret vor Ort bewegt. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Einbeziehung von Schulen, Kitas, Familienzentren und Jugendtreffs, aber eben auch Hilfeangeboten und Ärzt*innen. Für uns ist es ein Ziel, dass Stadtteilkonferenzen auch dort entstehen, wo es sie bisher noch nicht gibt. Zudem sollen sie für engagierte Bewohner*innen geöffnet werden.

Mit der Orientierung an Sozialräumen verbinden wir eine Änderung in der Sozialpolitik, die das Umfeld der Adressat*innen in den Mittelpunkt rückt und die die unterschiedlichen Akteure wie Familie, Freundeskreis, Sozialarbeit, Stadtplanung, Bürgerzentrum, Unternehmen, Polizei, Schule oder Sportverein zur Lösung von Problemen an einen Tisch holt. Damit verbindet sich zudem die Erwartung der sozialpolitischen Mitgestaltung im Sinne aktiver Bürger*innen-Beteiligung.

Eine Ausweitung sozialräumlicher Hilfen im Bereich der Hilfen zur Erziehung hat sich als sinnvoller und geeigneter Weg erwiesen, um mehr Familien im Vorfeld eine angemessene, passgenaue, wohnortnahe und schnell verfügbare Unterstützung zukommen zu lassen. Diese Art der Unterstützung für Familien hat unsere volle Unterstützung, auch weil sie Quartiere stärken kann. Wir wollen die Bedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern – ob im Stadtteil oder anderswo. Dazu gehört, das Kieler Ehrenamtsbüro weiter zu entwickeln und Ehrenamtler*innen Kosten, wie zum Beispiel von Hygieneschulungen, zu erlassen. Wir sehen es als eine zentrale Herausforderung für die kommenden Jahre, auch Angehörige von Gruppen, die bisher nicht ehrenamtlich aktiv sind, für das ehrenamtliche Engagement zu begeistern.

In Kiel sind Armut und damit verbundene soziale Probleme räumlich sehr ungleich verteilt und haben sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte gerade auf dem Ostufer und in Mettenhof geballt. Hier wohnen so viele Bezieher*innen von Transferleistungen wie nirgendwo sonst in Kiel. Zusätzlich nehmen die beiden Stadtteile weit mehr

Geflüchtete auf als der Rest der Stadt. Integration wird dort bereits sehr stark gelebt, aber die Ballung vieler Faktoren erschwert Integration und deutet mögliche Konflikte der Zukunft an. Wir wollen über Sozialindikatoren in unterschiedlichsten Bereichen, von Kita über Schulen, aber auch bei Unterstützungsangeboten für Kinder und Jugendliche noch stärker Maßnahmen in diese Stadtteile bringen, den Menschen eine Hand reichen, um den Weg zur Teilhabe an unserer Gesellschaft zu schaffen.

Ein Kiel – auch für Arme

Die relative Armut in Kiel nimmt weiterhin in hohem Maße zu. Die Daten, die Ende 2016 für den Sozialbericht der Landeshauptstadt Kiel erhoben wurden, machen das deutlich. Um ein realistisches Bild von der Arbeitslosigkeit in Kiel zu bekommen, muss die Unterbeschäftigung betrachtet werden, eine Kategorie unter der die Agentur für Arbeit zusätzlich zu den Arbeitslosen auch die Menschenerfasst, die im weiteren Sinn ohne Arbeit sind. Ende Dezember 2016 waren 10,8 Prozent der erwerbsfähigen Bewohner*innen der Stadt Kiel unterbeschäftigt. Im Vergleich zum Jahr 2015 bedeutet dies eine Steigerung um 7,2 Prozent. Von Armut betroffen war im Jahr 2016 etwa jede*r fünfte Kieler*in. Ende des Jahres 2016 erhielten 16,9 Prozent der Menschen in Kiel Leistungen nach dem SGB II. Das entspricht einer Steigerung von 4,4 Prozent im Vergleich zu 2015.

Insgesamt erhielten 34.439 Menschen unter 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Hinzu kommen die Menschen, deren Einkommen nur knapp über der Grenze für Leistungen nach dem SGB II liegt, sowie die Bürger*innen, die auf Leistungen der Grundsicherung aufgrund von Erwerbsminderung oder ihres Alters nach dem SGB XII angewiesen sind. Die Kinderarmut in Kiel bewegt sich nach wie vor mit 29,7 Prozent Kindern, die von Sozialgeld leben müssen, auf überdurchschnittlich hohem Niveau. Während wir auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung streiten, können wir uns hier in Kiel fast nur auf ein Abfedern der Auswirkung von Bundesgesetzgebung konzentrieren.

Die Folgen von Armut zeigen sich in einem Mangel der Möglichkeiten sozialer Teilhabe.

Wir gehen darüber hinaus von einer Verknüpfung von tatsächlicher und Bildungsarmut aus. Der „Vererbung“ von Armut in der Familie und der damit einhergehenden Verschärfung von Spaltungsprozessen muss daher ein breites Bildungs- und Teilhabeangebot für alle Generationen entgegengesetzt werden. Ein gutes Miteinander in Kiel und Teilhabe, auch der von Armut Betroffenen, sind für uns öffentliche Güter, die wir stärken wollen.

Ziele für unsere Sozialpolitik in Kiel werden neben der Umsetzung bezahlbaren Wohnraums unter anderem eine preiswertere Mobilität durch den ÖPNV und der Erhalt und Ausbau niedrigschwelliger Anlaufstellen für alle Menschen sein, die von Armut bedroht oder betroffen sind. Wer in materieller Armut lebt, benötigt neben staatlichen Sozialleistungen auch Zugänge zur sozialen, kulturellen Teilhabe und zu Bildungsangeboten. Wir haben mit angestoßen, dass das Zentralbad an der Hörn gebaut und Katzheide erhalten wird. Auch in Zukunft gilt es, Parks und Freizeitangebote in den

Stadtteilen mitzudenken und auch weiterzuentwickeln. Darüber hinaus spielen dort Einrichtungen wie Familienzentren, das Bürgerhaus Mettenhof, die Sozialkirche und das Mehrgenerationenhaus in Gaarden eine wesentliche Rolle. Unsere Sozialpolitik in Kiel unterstützt den Erhalt bestehender Einrichtungen und die Entwicklung neuer innovativer Projekte, besonders auch zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Ein Kiel – mit Wohnraum und guter Nachbarschaft für alle

Wohnungspolitik ist für uns zunehmend auch Sozialpolitik. Durch die zunehmende soziale Entmischung unserer Stadt schaffen wir aktuell die Probleme von morgen und übermorgen. Dem gilt es entgegenzuwirken. Quartiere entwickeln sich derzeit auseinander und die Stadt Kiel gerät durch den Zuzug an ihre räumlichen Grenzen. Der von uns und anderen angestrebte und unterstützte Bürgerentscheid für Wohnen und Gewerbe auf dem derzeitigen Verkehrslandeplatz in Holtenau ist aus diesem Grund auch zu großen Teilen eine sozialpolitische Initiative. Wir müssen auch durch ein Großprojekt den Druck im Kieler Wohnungsmarkt reduzieren, damit ein möglichst gutes Leben für alle auch auf Dauer möglich ist.

Neben der Konversion des Landeplatzgeländes wollen wir prüfen, welche innovativen und teilweise auch ungewöhnlichen Konzepte nutzbar sind, um gerade auch soziales Wohnen möglich zu machen. Eine Möglichkeit könnte es sein, als Stadt Wohnungen an- und dann unterzuvermieten. Das kann Mietsteigerungen entgegenwirken, die mit häufigen Wechseln von Mieter*innen einhergehen. Wir wollen, soweit wie möglich, Zwangsumzüge wegen weniger Quadratmeter vermeiden – genauso wie Strom- und Gassperren. Wünschenswert wäre zudem die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse sowie eines Wohnungscoachings, um Menschen bei der Wohnungssuche noch stärker zu unterstützen.

Wir wollen zudem soziale und ökologische Aspekte miteinander verbinden und unter anderem mit einem Klimabonus verhindern, dass Empfänger*innen einer Grundsicherung nach einer energetischen Sanierung über die Mietobergrenze rutschen und deswegen ihr soziales Umfeld verlassen müssen. Der Klimabonus soll die tatsächliche Mietsteigerung auf Grund umlagefähiger Investitionskosten der Vermieter ausgleichen und somit vor allem Rentner*innen und Arbeitslose vor einer Gentrifizierung durch ökologisch sinnvolle Sanierungsmaßnahmen schützen. Diese Maßnahme ist weitgehend kostenneutral, da bei einer Energetischen Sanierung die ebenfalls von öffentlicher Hand getragenen Nebenkosten sinken.

Nicht alles kann und nicht alles muss die Stadt machen. Gute Nachbarschaften sind sehr leistungsfähig. Sie sollen gestärkt werden. Hierzu wollen wir kommunale Quartiershäuser schaffen, die in den Ortsteilen eine Anlaufstelle für alle werden, die sich für ein gemeinschaftliches Engagement interessieren.

Ein erster Schritt könnte hierbei eine Stelle für starke Nachbarschaften in der Verwaltung sein. Diese Quartiershäuser dienen auch als Anlaufstelle für die „Sharing Economy“ und helfen Teil-, Tausch-, Dienstleistungs- und Weitergabeangebote zu unterstützen und mit zu organisieren. Wir wünschen uns schon allein aus Klimaschutz-

und Nachhaltigkeitsgründen eine massive Weiterverbreitung dieser Angebote. Auch der soziale Zusammenhalt im Quartier kann so verbessert werden. In Kiel gibt es schon heute eine ganze Reihe guter Beispiele wie den von Food-Sharing Kiel organisierte Markttreff in der Räumerei, das Reparatur-Café im Mehrgenerationenhaus am Vinetaplatz, den Spielzeugverleih im Sport- und Begegnungspark Gaarden, die Tauschbörse des ABK und das Kieler Tretwerk für den kostenlosen Verleih von Lastenrädern.

Wir glauben, dass die von uns favorisierten Quartiershäuser auch für eine verbesserte Bürger*innen-Beteiligung genutzt werden können.

Wir bezweifeln, dass die Mietobergrenzen, wie sie derzeit von der Landeshauptstadt Kiel verwendet werden, tatsächlich den Wohnungsmarkt abbilden. Menschen mit geringem Einkommen werden zunehmend aus innenstadtnahen Stadtteilen verdrängt. Dies führt zu einer Gentrifizierung und Armutsquartieren in der Peripherie.

Dort werden zum Teil Immobilien in schlechtem Zustand gezielt an Empfänger*innen von Transferleistungen vermietet. Es muss aber auch für Empfänger*innen von Transferleistungen möglich sein, eine Wohnung in gutem baulichem Zustand anzumieten.

Wir wollen daher stadtteilbezogenen Initiativen fördern, um den Prozess der sozialen Entmischung zu stoppen. Weiterhin wollen wir unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Wohnungen prüfen, ob eine jährliche Anpassung der Mietobergrenzen eine geeignete Maßnahme ist, um den Wohnungsmarkt im niedrigen Preissegment zu stabilisieren.

Die Anpassung der Mietobergrenzen war bisher nicht öffentlich nachvollziehbar. In Folge kam es zu vielen sozialgerichtlichen Streitfällen. Die Berechnung der Mietobergrenzen muss transparenter gestaltet werden.

7.2 Ein Kiel – in Vielfalt

Seit ihrer Gründung ist Kiel eine Stadt von und für Einwanderer*innen. Bis heute ist Kiel eine bunte und vielfältige Stadt. Hier leben Menschen aus mehr als 150 Staaten mit unterschiedlichen Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Diese Vielfalt ist Herausforderung und Stärke zugleich. Ein zentrales Ziel für uns ist die Strategie zur Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, sexueller und religiöser Orientierung oder sozialer und ethnischer Herkunft. Dies ist einer der zentralen Errungenschaften unserer modernen Gesellschaften – und die Umsetzung fundamentaler Menschenrechte.

Vielfalt – auch in der Verwaltung

Wir richten die Verwaltung am Leitbild des Diversity Managements (Vielfaltsmanagement) aus. Vielfalt, egal ob Geschlecht, Ethnie, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung, Religion oder im Lebensstil, eröffnet neue Blickwinkel für die Bewältigung öffentlicher Aufgaben. Wir begreifen Vielfalt als Bereicherung und wollen mehr Chancengleichheit ermöglichen – der öffentlichen Verwaltung wie in der ganzen

Stadt. Für die Personalpolitik bedeutet das, dass wir nicht Minderheiten, sondern die Gesamtheit aller Beschäftigten mit ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten in den Fokus nehmen. Der Prozess der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die Stadt für die Integration von Migrant*innen soll fortgeführt und hinsichtlich Umsetzung und Zielerreichung evaluiert werden.

Gender Mainstreaming

Wir Grüne setzen uns für die geschlechtergerechte Gestaltung in allen Belangen der Gesellschaft und die gerechte Verteilung von Macht und Verantwortung zwischen den Geschlechtern ein. Für uns bedeutet dies eine konsequente Umsetzung der Instrumente Gender Mainstreaming und Gender Budgeting als Grundlage einer geschlechtergerechten Kommunalpolitik. Dazu gehört auch, dass von der Ratsversammlung zu wählende Gremien wie Aufsichtsräte geschlechterparitatisch besetzt werden. Deshalb wollen wir in allen Aufsichtsräten von städtischen Eigenbetrieben eine Frauenquote oberhalb der gesetzlichen Mindestquote von 1/3 erreichen. In der kommenden Wahlperiode wollen wir 40 Prozent und in der darauffolgenden einen 50-prozentigen Anteil erreichen.

Die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf hat weiterhin eine hohe Priorität für Grüne Kommunalpolitik in Kiel. Weder Frauen noch Männer sollen in ihren beruflichen Entwicklungen dadurch eingeschränkt werden, dass sie sich zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Männer können jedoch oftmals aus wirtschaftlichen Aspekten ihren Wünschen nach der Teilhabe an der Erziehung und an der Betreuung von Kindern nicht nachgehen. Demgegenüber stehen Frauen, deren Teilhabe am Arbeitsmarkt immer noch stark durch das Rollenklischee der Teilzeitkraft mit Familie geprägt ist. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, ihre Leben partnerschaftlich zu organisieren. Deshalb muss der Grundsatz gelten, dass gleiche Arbeit auch eine gleiche Entlohnung erfährt. Flexible Arbeitszeitmodelle können außerdem gemeinsam mit einem qualifizierten, bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebot Gestaltungsräume öffnen und die Wahlfreiheit ermöglichen. Zudem darf sich eine Erziehungszeit nicht negativ auf Aufstiegsmöglichkeiten auswirken, und Führung muss auch in Teilzeit möglich sein.

Frauen stärken

Immer noch werden wir in der Gesellschaft dem Gleichstellungsanspruch nicht gerecht und Frauen erfahren in einigen Lebensbereichen eine strukturelle Benachteiligung. Die spezifischen Beratungsangebote der Kieler Frauenfachberatungsstellen wollen wir erhalten, sie leisten seit Jahren sehr gute Arbeit. Für eine bessere Planungssicherheit wollen wir die Vertragslaufzeiten der Zuwendungsverträge von drei auf fünf Jahre verlängern.

Mehr als jede dritte Frau erlebt in ihrem Leben mindestens einmal körperliche oder sexuelle Gewalt. Überwiegend wird die Gewalt gegen Frauen in Partnerschaft oder familiärem Kontext verübt. Häusliche Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter und wirkt sich auf die betroffenen Frauen in körperlicher, psychischer, sozialer und

ökonomischer Hinsicht aus. Das Kieler Frauenbündnis hat in den vergangenen Jahren durch vielfältige Aktionen darauf aufmerksam gemacht, auch um die Tabuisierung aufgrund von Angst oder Scham zu brechen. Wir werden uns auch in Zukunft konsequent für das breite Kieler Angebot an Frauenfachberatungsstellen und Zufluchtsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen einsetzen. Aufgrund der hohen Zahl von Opfern häuslicher Gewalt muss das Kieler Frauenhaus wegen der begrenzten Plätze immer wieder hilfesuchende Frauen abweisen. Wir wollen uns daher in Gesprächen mit dem Land dafür einsetzen, dass die Plätze von 26 auf 52 verdoppelt werden.

Wir treten dafür ein, dass die niedrighschwelligten Angebote in der gemeindenahen Psychiatrie für psychiatrieeerfahrene Frauen ausgebaut und der geschlechtsspezifische Hintergrund für die psychosoziale Versorgung und bei der Bereitstellung von entsprechenden Schutzräumen berücksichtigt werden.

Einwanderungsgesellschaft gestalten

Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland – und so langsam sickert diese Erkenntnis auch ins allgemeine Bewusstsein ein. Wenn auch viele Weichen in der Bundes- und Landespolitik gestellt werden, so wollen wir Kiel zu einer Stadt weiterentwickeln, die dies lebt und gestaltet. Hierfür gilt es, Menschen dort abzuholen und für ein Miteinander zu gewinnen, wo sie sich aufhalten. Zentral sind hierfür Migrant*innen-Selbsthilfeorganisationen, Religionsgemeinschaften, aber auch Sportvereine und öffentliche Einrichtungen.

Wichtige Arbeit leistet in diesem Zusammenhang seit Jahren das Kieler Forum für Migrant*innen, das wir zu einem vollen Integrationsbeirat weiterentwickeln möchten. Dort engagieren sich Menschen im Rahmen demokratischer Strukturen, die ansonsten durch ihre Staatsangehörigkeit oft (noch) von weitergehender Beteiligung wie ein aktives und passives Wahlrecht ausgeschlossen sind. Solange ein kommunales Wahlrecht von Ausländer*innen nicht umgesetzt ist, wollen wir diesen Weg nutzen, von dem unsere Stadt profitieren wird.

Mit Sorge haben wir bemerkt, dass in den vergangenen Jahren Rassismus und Rechtsextremismus wieder verstärkt Thema in unserer Gesellschaft geworden sind. Sei es die Zunahme an Hakenkreuzen im Stadtbild oder eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, über die auch viele Deutsche mit Migrationshintergrund klagen. Dies können und wollen wir nicht tolerieren.

Wir sehen die Spannungen, die in einem Miteinander benachteiligter Kinder und Jugendlicher unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft entstehen können. Auch hier gilt für uns der Grundsatz Prävention vor Intervention. Wir werden die Einrichtung und das Angebot sozialpädagogischer Angebote zum Thema Identität und Identitätsbildung in der Einwanderungsgesellschaft unterstützen, analog zu Programmen wie Soziale Kompetenztrainings, die häufig schon in der Schulsozialarbeit durchgeführt werden. Der Umgang mit Vielfalt muss manchmal erlernt werden, stärkt jedoch letztlich den positiven Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Geflüchtete willkommen heißen und integrieren

Die Kieler Ausländerbehörde hat sich in den vergangenen Jahren auf den Weg gemacht: Nicht nur erfolgte der Umzug in ansprechendere Räumlichkeiten, sondern auch der Prozess hin zur Zuwanderungsabteilung (Immigration Office) ist ein wichtiger Schritt hin zu einem besseren Angebot für die Menschen und einer besseren Arbeitsatmosphäre für die Mitarbeiter*innen. Doch es bleibt viel zu tun und wir werden die Verwaltung hierbei konstruktiv und kritisch begleiten. Insbesondere muss eine angemessene personelle Ausstattung erreicht werden und sollen die Mitarbeiter*innen Zugang zu wichtigen Fortbildungsangeboten, zum Beispiel in interkultureller Kompetenz, erhalten.

Wir haben in Kiel viele Ehrenamtliche und eine wertvolle Trägerlandschaft, die sich für Geflüchtete und für die Integration einsetzen. Nur mit ihrer Unterstützungsleistung war es möglich, die hohen Zahlen Geflüchteter in den vergangenen Jahren aufzunehmen und die Integration anzugehen. Sie werden auch weiterhin unsere Unterstützung für ihre Arbeit erfahren. Wichtig ist uns auch, dass noch mehr gruppenspezifische Integrationsangebote zur Verfügung gestellt werden. Beispielsweise wollen wir Müttern den Zugang erleichtern, indem wir mehr Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

Wir wollen das Wertesystem der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vermitteln. Deshalb wollen wir geeignete politische Bildung für und im Idealfall auch von Geflüchteten und Migrant*innen fördern. Dabei wollen wir an bewährte Organisationen und ihre Konzepte anknüpfen.

Unterbringung von Geflüchteten

Unser Ziel ist, Geflüchtete erfolgreich in Stadtteilstrukturen zu integrieren. Deshalb wollen wir das dezentrale Unterbringungskonzept weiterführen. Nur eine stadtteilgerechte Weiterführung sichert die angestrebte Integration. Dabei ist auch ein bedarfsgerechtes Wohnen für Frauen und Kinder und für alleinlebende Männer mit chronischen psychischen Erkrankungen wie zum Beispiel schwer Traumatisierten dringend notwendig. Viele Geflüchtete empfinden das Leben in den Sammelunterkünften als derart belastend, dass sie sich auf ungerechtfertigte Maklergebühren einlassen, um an einen Mietvertrag zu kommen. In Folge dessen haben sich teilweise illegale Strukturen entwickelt, bei dem sich Menschen an der Not von Geflüchteten bereichern. Gleichzeitig verschärft sich hierdurch die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Dieses Geschäftsmodell muss bekämpft werden. Wir wollen daher eine Task Force bei der Landeshauptstadt Kiel einrichten, um Erkenntnisse von Polizei, Verwaltung, Migrationsfachdiensten und Betreuungsträgern zusammenzutragen.

Unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ihre Rechte gewähren

Als 2015 und 2016 besonders viele Menschen nach Deutschland flohen, kam die Stadt gerade in der Unterstützung der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten an Grenzen, und Mitarbeiter*innen gingen teilweise über ihre Grenzen hinaus, um unterstützend zu wirken. Dafür gebührt großer Dank. Nun, da sich die Situation zunehmend beruhigt hat, viele der damals Eingereisten mittlerweile volljährig sind und wieder weniger Jugendliche nach Kiel kommen, hat eine Konsolidierung eingesetzt. Wichtig ist es nun,

gewonnenes Wissen zu konservieren, falls es in Zukunft wieder benötigt werden sollte. Darüber hinaus soll die gewonnene Erfahrung dafür genutzt werden, Jugendliche in Zukunft noch besser zu betreuen und vor allem beim Ankommen und bei der Integration zu unterstützen.

In Zukunft soll der Prozess der Zusammenführung mit den Eltern oder die Rückführung ins Herkunftsland besser koordiniert werden. Wir wollen auch minderjährige, unbegleitete EU-Bürger*innen in den Blick nehmen.

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und queere Personen (LSBTIQ*)

Grüne setzen sich weiterhin selbstverständlich und engagiert für Rechte von Menschen ein, die sexuellen und/oder geschlechtlichen Minderheiten angehören. Wir wollen eine bunte Stadt, in der alle Menschen selbstbestimmt leben und lieben können.

Auf Grüne Initiative ist die Stadt Kiel dem Bündnis gegen Homophobie beigetreten. Wir werden weiter mit den Vereinen und Initiativen gegen die verschiedenen Formen der Benachteiligungen arbeiten. Und wir werden die Akzeptanz für die Vielfalt der Geschlechter und Sexualitäten weiter durchsetzen. So unterstützen wir Projekte bei der HAKI – dem Raum für lesbische, schwule, bi*, trans*, inter* und queere* Menschen in Schleswig-Holstein – wie etwa das Projekt Schlauf, welches über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Schulen und Jugendgruppen aufklärt oder das Queer Refugees-Projekt. Wir werden uns besonders dafür einsetzen, dass die HAKI als wichtige Akteurin der Kieler Zivilgesellschaft neue und angemessene Räume für ihre wichtige Arbeit findet.

Der Einsatz für Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts oder Ihrer Sexualität benachteiligt werden, ist Teil unserer Grünen DNA. Das gilt auch für Menschen, für die die Kategorien Mann oder Frau nicht zutreffen, wie etwa inter*geschlechtliche Personen.

Durch ein Urteil des Verfassungsgerichts ist nun durchgesetzt, dass das Personenstandsrecht mehr umfassen muss als Männer und Frauen. Das hat auch Auswirkungen für die Verwaltung der Stadt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt im Rahmen ihrer Zuständigkeit prüft, wie sie zum Beispiel in Anschreiben und Anträgen Lösungen findet, damit sich auch Menschen jenseits von Mann und Frau berücksichtigt fühlen. Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass es den öffentlichen Gebäuden sowie an den Arbeitsplätzen der Stadt Toiletten für alle Menschen gibt.

Gerade in Zeiten des Rechtspopulismus ist zivilgesellschaftliche Arbeit für eine vielfältige Gesellschaft wichtig. Deshalb unterstützen wir die Arbeit des Vereins CSD Kiel als Veranstalter des Christopher-Street-Days. Denn Kiel bleibt auch durch uns eine lebenswerte Stadt für alle Menschen, egal, wie sie ihr Geschlecht leben und wen sie lieben.

Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderung setzen wir uns für den Abbau aller Arten von Barrieren ein, wie es im „Leitbild und örtliche Teilhabeplanung der Landeshauptstadt Kiel“ beschrieben ist. Dieses wollen wir weiter umsetzen und kontinuierlich weiterentwickeln. Zudem sollen Gebäude und Orte, Verkehrsmittel und Gebrauchsgegenstände, Dienstleistungen und Freizeitangebote so gestaltet werden, dass sie allen Menschen zugänglich sind. Auch Menschen mit Behinderung sollen sie ohne besondere Erschwernis und möglichst ohne fremde Hilfe benutzen, beziehungsweise betreten können. Barrierefreiheit bedeutet auch die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens. Dazu gehören eine Auswahl an flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Die Leistungsform des „persönlichen Budgets“ kann in vielen Fällen eine selbstbestimmte Lebensführung verbessern und stärken. Es bedarf einer verbesserten Beratung, Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des „persönlichen Budgets“.

Älter werden in Kiel

Kiel ist eine wachsende Stadt, auch weil viele ältere Menschen bewusst in die Stadt ziehen, um hier gut alt werden zu können. Heutzutage ist die Phase des „aktiven Alterns“ immer länger und wir möchten Älteren – den Neuzugezogenen wie den Alteingesessenen – ermöglichen, diese zu genießen. Dazu gehören für uns Angebote des Kieler Ehrenamtsbüros „Nette Kieler“ ebenso wie unser Bestreben der zunehmenden Quartiersorientierung. Wir wollen Nachbarschaften stärken, Baugemeinschaften unterstützen und den Bau von sozialer Infrastruktur neu denken. Vielerorts werden gute Erfahrungen gemacht, Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen quartiersbezogen zusammen zu planen. Genossenschaftlich organisierte Gemeinschaften, auch Caring Communities genannt, können hier vielfach mehr und besser unterstützen als betriebswirtschaftlich organisierte Pflegeheime, und zwar sowohl Ältere als auch Familien oder jüngere Menschen, die sich an diesen beteiligen. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ des Studentenwerkes Schleswig-Holstein erhält weiterhin unsere Unterstützung und soll nach Möglichkeit ausgeweitet werden.

Wir wollen prüfen, inwiefern ältere Wohnung- und Hausbesitzer*innen im Rahmen einer "Rückwärtshypothek" eine Leibrente basierend auf der Sterbetafel der Lebensversicherungen angeboten werden kann, die einen Übergang privaten Eigentums in städtisches Eigentum für beide Seiten zum Vorteil ermöglicht.

Altersarmut ist bei vielen Menschen schon heute ein Problem, das jedoch infolge der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und des Umbaus des Rentensystems noch wachsen wird. Auf Bundesebene streben die Grünen eine Bürgerversicherung an, über die mehr Starke in die Sicherungssysteme einzahlen würden. Solange dies noch nicht umgesetzt werden kann, wollen wir Senior*innen, so gut es geht, unterstützen. Ein

Beispiel ist die erfolgte Einführung eines Senientickets für den öffentlichen Nahverkehr.

Jüdisches Leben fördern

Wir wollen jüdisches Leben in Kiel fördern. Die liberale Jüdische Gemeinde in Kiel ist mit etwa 250 Mitgliedern eine der wenigen wachsenden Gemeinden in Deutschland. Grund dafür ist auch das unermüdliche Engagement der Kieler Jüd*innen, die einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und gegen Antisemitismus leisten. Wir werden uns beispielsweise für angemessene und würdige Räumlichkeiten für die Jüdischen Gemeinden in Kiel einsetzen.

7.3 Für ein Kiel der Familien

Wir sind die Zukunftspartei, in Kiel und darüber hinaus. Zukunft entsteht immer auch dort, wo Kinder sind, sei es in einer traditionellen oder einer LSBTIQ*-Familie, ob vor kurzem nach Kiel geflüchtet oder seit Generationen Kieler*innen, ob sie ihre Wochenenden auf dem Fußballplatz oder im Museum verbringt. Familie ist dort, wo Kinder sind und Menschen freiwillig füreinander einstehen. Die Relevanz einer funktionierenden Familie gewinnt für viele Menschen wieder eine größere Bedeutung als sicherer Ort in Zeiten der Ungewissheit.

War es noch vor wenigen Jahren eine große Sorge, dass viele junge Menschen zum Berufseinstieg Kiel verließen, ist nun die Wende dahingehend gelungen, dass immer mehr Absolvent*innen von Ausbildungen und der Hochschulen in Kiel bleiben. Der kritische Zeitpunkt, an dem wir als Stadt junge Menschen und auch ihre Kinder verlieren, ist zunehmend nach der Familiengründung – sei es aus Mangel an Wohnraum oder weil ihnen Unterstützung fehlt. Wir wollen Familien helfen, eine gute Zukunft für ihre Kinder zu bauen – möglichst, bevor sie in Notlagen kommen. Zentraler Bestandteil ist hier für uns der Zugang zu Kinderbetreuung, aber auch deren Qualität, denn Entlastung gibt es nur, wenn Eltern wissen, dass es ihren Kindern gut geht und Betreuung der Kinder ist für uns immer auch ein Bildungsangebot.

Informationen zugänglich machen und Orientierung schaffen

Die Familien-App der Stadtverwaltung bietet zentral viele Informationen auf Deutsch und Türkisch an. Hier gilt es nach ersten Erfahrungen nachzusteuern und noch mehr Familien für die Nutzung der App zu gewinnen. Hierbei kann es hilfreich sein, Serviceangebote zu bieten, wie einen Kalender für familienrelevante Termine oder Informationen spezifisch für das Alter der Kinder der App-Nutzer*innen. Weitere Sprachen sollen dieses Angebot auch für Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund ermöglichen.

Insbesondere die Übergänge von einer Phase in eine andere, z.B. von Kita zu Schule, sind von einem erhöhten Informations- und Unterstützungsbedarf gekennzeichnet. Hier gilt es anzusetzen und möglicherweise auch durch Briefe an Eltern oder Push-Nachrichten in der Familien-App Informationen und Angebote zur Verfügung zu stellen.

Unterstützung im Alltag

Familien haben eigentlich immer viel zu tun. Die Lebensphase, in der die meisten Eltern ihre Kinder bekommen, wird häufig als die Rushhour des Lebens bezeichnet. Aus diesem Grund möchten wir Angebote unterstützen und fördern, die Familien in dieser Phase entlasten, insbesondere diejenigen, die keine Familienanbindung vor Ort haben. Wir begrüßen hier insbesondere Angebote von Leih-Großeltern, Babysitterausbildung in Familienbildungsstätten und Patenschaftsprogramme.

Wichtig, gerade wenn Wohnraum knapp ist, ist zudem, dass es Raum zum Spielen gibt. Wir begrüßen die geplante Spielzeitplanung der Verwaltung. Hierbei wäre es begrüßenswert, wenn es auch Räume für Familien gäbe, die bei schlechtem Wetter genutzt werden können.

Kinder- und Jugendarbeit

Ein besonderes Anliegen ist für uns eine umfangreiche Kinder- und Jugendarbeit, die außerhalb von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen ein wichtiges ergänzendes Bildungsangebot darstellt. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendeinrichtungen und -treffs eine bedarfsgerechte personelle und finanzielle Ausstattung erhalten und besonders in Stadtteilen, in denen die Anzahl junger Menschen kein ausreichendes Angebot mehr vorfinden, wie in Gaarden, ausgebaut wird.

Im November 2015 konnten Kieler Kinder und Jugendliche erstmals eine demokratische Vertretung wählen, 2017 wurde erneut abgestimmt. Im Jungen Rat vertreten 16 gewählte Kinder und Jugendliche aus den Stadtteilen die Interessen ihrer Generation. Dabei handelt es sich um echte Mitbestimmung, denn der Junge Rat hat Rede- und Antragsrecht in den Fachausschüssen und in der Ratsversammlung. Wir unterstützen die Arbeit des Jungen Rats und werden auch zukünftig die dafür notwendigen Ressourcen bereitstellen. Wir wollen außerdem die Forderung des Jungen Rats aufgreifen, Kommunalpolitik stärker in die Schulen zu tragen. Wir wollen, dass die Stadt hierfür geeignete Veranstaltungsformate und Unterrichtsmaterialien in Zusammenarbeit mit dem Jungen Rat und den Kieler Schulen entwickelt. Ziel der Kampagne soll es sein, bei den Schüler*innen Interesse für Kommunalpolitik zu wecken und sie über ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten zu informieren. Dabei kann an die Erfahrungen mit der im letzten Jahr in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung erstellten Demokratie-Box „Ich wähl’ mir die Welt“ angeknüpft werden.

Wir wollen das Jugenddorf Falckenstein weiter erhalten. Das Jugenddorf Falckenstein bietet den Rahmen für mannigfaltige Projekte in der sozialen Jugendarbeit. Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten erholen sich hier, erfahren niedrigschwellige Bildungsangebote und finden einen unmittelbaren Zugang zu Natur und Umwelt. Exemplarisch seien hier nur der Strandkindergarten und die AWO-Strandfahrten genannt. Die bauliche Situation ist schlecht, umfangreiche Maßnahmen sind nötig, um das Jugenddorf weiter zu erhalten.

Alleinerziehende stützen

Wir werden weiterhin das Kieler Forum Alleinerziehender als bewährtes Netzwerk unterstützen. Ein großer Teil der Haushalte Alleinerziehender bildet Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II. Das sind alarmierende Zahlen und wir setzen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein, dass SGB-II-Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie der jeweiligen Lebenssituation der Alleinerziehenden gerecht werden. Wir wollen weiterhin Maßnahmen fördern, die auf Bildungsabschlüsse abzielen, um perspektivisch den Weg in gute Arbeit zu ebnen.

Familien in Krisen brauchen unsere volle Unterstützung – so früh wie möglich

Die schwerwiegenden Kinderschuttfälle der vergangenen Jahre und Jahrzehnte haben Jugendhilfe und konkret die Arbeit der Jugendämter in ganz Deutschland vor große Herausforderungen gestellt. Vielerorts haben sie dadurch vermehrt den Blick auf Kontrolle und Versorgung gerade von gefährdeten und Risikofamilien gerichtet. In Kiel waren und sind wir um den Ausgleich bemüht, um stets auch präventive Arbeit leisten zu können. Wir wollen den Weg weitergehen in Richtung einer Kinderrechtstadt Kiel.

Kinder sollen stärker über ihre Rechte informiert werden und Raum zum Austausch und zu Auseinandersetzung dazu in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen erhalten. Es gilt, ihre Selbstwirksamkeit zu stärken. Dies umfasst die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichsten Bereichen. Hilfesysteme sollen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit dem Fokus auf Gelingensfaktoren systematisch ausgewertet werden.

Kinderrechtstadt Kiel heißt für uns aber auch, eine angemessene und frühzeitige Unterstützung für Familien und Kinder noch weiter auszubauen, um letztendlich Familien zu stärken. Um dies zu erreichen, wollen wir mehr Zeit für Beratung ermöglichen und sogenannte präventive Hilfen weiter stärken. Dafür ist es von besonderer Relevanz, Familien gerade beim ersten Kind rechtzeitig und umfassend entsprechende Unterstützung zukommen zu lassen, denn Kompetenzen, die beim ersten Kind aufgebaut werden, helfen bei jedem weiteren Kind. Formen der Hilfeplanung, wie der sog. „Familienrat“, in dem die erweiterte Familie, Verwandtschaft und Bezugsgruppe einer Familie bei der Entwicklung von Hilfen eingebunden wird, werden ausgeweitet. Wo es geht, sollen Fallgespräche interdisziplinär stattfinden, um von den Stärken unterschiedlicher Berufsgruppen zu profitieren. Hierfür bedarf es ausreichender Personalausstattung, Fortbildungen und Strukturqualität.

Wir wollen spezifische Angebote für Kinder psychisch erkrankter Eltern ausbauen, um diesen Kindern, die im Alltag oft zu kurz kommen, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen.

7.4 Für ein Kiel, das hilft wieder aufzustehen

Arbeitsmarktpolitik – die richtige Unterstützung zur richtigen Zeit

Derzeit sind viele Konzepte in der Diskussion, um Bewegung in die Situation arbeitsloser Menschen zu bringen. Für uns ist klar, dass es mehr Individualität in den Angeboten und des richtigen Angebots zur richtigen Zeit bedarf. Wir wollen den Einfluss, den die Kommune hat, hier ausschöpfen und auch innovative Konzepte nutzen. Sollte das Zukunftslabor der Landesregierung in einen Testlauf des Bedingungslosen Grundeinkommens münden, können wir uns eine Beteiligung Kiels an diesem Versuch vorstellen. Auch die Überlegungen zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor unterstützen wir, um Menschen, die sehr lange ohne Arbeit waren, wieder eine Teilhabe an unserer und eine Betätigung für unsere Gesellschaft zu ermöglichen.

Vorbeugung gegen Verschuldung

In Kiel halten wir ein dichtes Netz an Schuldnerberatungsstellen vor. Wachsende bargeldlose Zahlungsströme bergen auch Risiken. Einige Menschen sind mit der Handhabung bargeldfreier Geschäfte und den häufig damit einhergehenden Vertragsbedingungen überfordert. Zudem werden Zahlungszusammenhänge (Handy, Internet, Versicherungen, und so weiter) immer komplexer. Es werden Verträge geschlossen oder Kredite aufgenommen, deren Folgen nicht immer klar verständlich sind. Unter anderem aus diesen Gründen wollen wir die Angebote der Schuldnerberatungsstellen erhalten, gerade auch in essenziellen Bereichen wie der Energielieferung, und laufend den sich verändernden Bedarfen anpassen. Wir müssen durch Vorbeugung auch Kinder und Jugendliche vor einer Verschuldung bewahren und hier gerade besonders gefährdete Zielgruppen in den Blick nehmen.

Suchthilfe

Wir wollen von Sucht bedrohten Menschen ein abhängigkeitsfreies Leben ermöglichen. Dabei kommt der zielgerichteten Prävention im Kinder- und Jugendalter eine zentrale Bedeutung zu. Viele Risikofaktoren für eine spätere Suchterkrankung sind bekannt, darunter das Entstammen aus einer suchtblasteten Familie. Aus diesem Grund wollen wir insbesondere auch Angebote für Angehörige und Kinder von Suchtkranken unterstützen. Allen, die Hilfe beim Ausstieg aus der Sucht benötigen, sollen entsprechende Angebote zur Verfügung gestellt werden, auch um den Teufelskreis der Beschaffungskriminalität zu durchbrechen. Menschen mit Suchtproblemen wollen wir nicht kriminalisieren, sondern ihnen zur Behandlung ihrer Erkrankung Unterstützung zukommen lassen. Bestehende gut arbeitende Suchtberatungsstellen und Therapieeinrichtungen sollen weiterhin in ihrer wichtigen Arbeit unterstützt werden. Für die sogenannte Drogenszene im Karlstal oder verschiedene Trinkergruppen am Bahnhof und an anderen Orten der Stadt werden immer wieder innovative und niedrigschwellige Konzepte benötigt, die unsere Unterstützung erhalten. Orte wie der Trinkraum sollen erhalten und unter Teilhabe der Szene weiterentwickelt werden.

Wohnungslose Menschen

Kiel verfügt über ein sehr gutes Hilfesystem für wohnungslose Menschen. Doch je mehr die Nachfrage nach Wohnungen steigt, desto stärker steigt die Notwendigkeit von Obdachlosenunterbringungen. Wir begrüßen die Initiative von Hempels, aufgrund der angespannten Wohnungslage eigenen Wohnraum zu schaffen. Doch dies kann nicht heißen, dass sich die Stadt aus der Verantwortung zieht.

Eine gute Verzahnung der Sucht- und Drogenhilfe mit der Wohnungslosenhilfe bleibt wichtig. Die Zunahme psychischer Erkrankungen von wohnungslosen Menschen macht stärker ausdifferenzierte Beratungs- und Gesundheitsangebote für die obdachlosen Menschen nötig. Gemeinsam mit den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe soll das Unterstützungssystem weiter verbessert und zugunsten der betroffenen Menschen zum wirkungsvollen Einsatz gebracht werden. Dabei muss auch für besondere Fälle die kostenlose Unterbringung Teil der Versorgung werden.

Menschen ohne Papiere

Wir erkennen an, dass es in unserer Stadt Menschen gibt, die sich ohne Papiere hier aufhalten. Die stete Sorge vor der Entdeckung macht Menschen, die in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität bei uns leben, besonders anfällig für Ausbeutung. Um sie davor zu schützen, wollen wir Beratungsangebote für Menschen ohne Papiere stärken, Informationsbarrieren beseitigen und vor allem Wege in die Legalität aufzeigen. Wir wollen auch in Zukunft schwangeren Frauen und Kindern Unterstützung zukommen lassen. Die Stadt soll weiterhin mit Angeboten zur ärztlichen Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung kooperieren, wie es in Kiel durch die Unterstützung vieler Freiwilliger geleistet wird. Sollte das Land eine Clearingstelle aufbauen wollen, werden wir uns dafür einsetzen, dass diese in Kiel angesiedelt wird, da die Problemlage hier am größten ist.

8 Faktor Kultur – Kiel als Stadt der Kultur(en)

Die Städte der Zukunft werden mehr als heute auf Kultur und Kreativität aufbauen – oder sie werden keine sein, in denen wir gerne leben möchten.

Damit Kiel in den nächsten Jahren eine lebendige und attraktive Stadt ist, die auf gesunden und nachhaltigen Beinen steht und die eine starke und solidarische Stadtgesellschaft hat, brauchen wir unsere lebendige Kulturszene. Denn sie ist einer der Schlüssel für die positive Entwicklung der Stadt.

Zu Recht diskutieren wir vielfältige Fragen der sozialen Grundsicherung und Gerechtigkeit. Wir sollten aber nicht den Fehler machen, Teilhabekonzepte allein materiell zu betrachten. Auch für Kiel als „Ostseekulturstadt 2020 / Baltic Biennale of Culture“ sind die Sicherung und Erlebbarkeit des kulturellen Erbes, der kulturellen Vielfalt und der kreativen Erfahrungsfelder Voraussetzung für eine Entwicklung, die den kommenden lokalen Herausforderungen gerecht wird. Individuelle Talente fördern, Gemeinschaft und Toleranz leben, ein gesundes, lebensfreundliches, regional-typisches

Lebensumfeld schaffen und erhalten, das bedeutet, die „weichen“ Politikfelder als neue Bausteine für eine höhere Lebensqualität zu begreifen.

Wir setzen auf die Stärke der kulturellen Vielfalt in Kiel. Nur so ist kulturelle Teilhabe für alle möglich. Neben den starken kommunalen Kultureinrichtungen tragen die zahlreichen freien Kulturträger ganz maßgeblich zum herausragenden Kulturangebot unserer Stadt bei. Eine Reduzierung dieser Vielfalt lehnen wir ab.

Neben dem konsequenten Erhalt und Ausbau der kommunalen Kultureinrichtungen setzen wir deshalb einen Schwerpunkt auf die Stärkung der freien Kulturlandschaft als Impulsgeberin für eine lebendige und zukunftsgewandte Stadtgesellschaft.

8.1 Kultur fördern

Zentrale Aufgabe der Stadt ist es, die finanzielle Grundlage der Kulturinitiativen zu sichern und ihnen Planungssicherheit zu geben. In der vergangenen Wahlperiode haben wir dafür gesorgt, dass die institutionell geförderten Kultureinrichtungen nach vielen Jahren zum ersten Mal im Durchschnitt eine 30-prozentige Kulturetaterhöhung erhalten haben. Mit dieser Erhöhung wurden die Möglichkeiten der Kultureinrichtungen für ihr Wirken in der Stadt stabilisiert.

Unsere Ratsfraktion hat in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass 15 neue Kulturinitiativen in die Förderung der Stadt aufgenommen wurden.

Wir werden uns auch weiterhin dafür stark machen, dass neue Kulturinitiativen eine Chance haben, dem stetigen Wandel der Kulturlandschaft erfolgreich zu begegnen. Gleichzeitig stehen wir dafür, dass auch im Kulturbereich die Kostensteigerungen durch höhere Förderungen ausgeglichen werden. Auf unseren Vorschlag hin hat die Ratsversammlung im Zuge der Haushaltsberatungen einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Generell treten wir für eine Kulturquote ein, das heißt, dass der Anteil der Kulturausgaben am gesamten Haushalt nicht weiter sinken soll. Um dies zu erreichen, sollten auch neue Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden, zum Beispiel der „Kieler Woche Cent“, bei dem aus den Verkaufserlösen der Stände eine Spende an die kulturellen Einrichtungen geht.

Wir wollen, dass Dreijahresverträge mit den freien Kulturträger*innen sowie die Anpassung der Zuschüsse an die Lohnkostensteigerungen Standard werden und den Investitionsstau bei den Kultureinrichtungen abbauen.

Eines unserer zentralen Vorhaben ist es, für geeignete Werbemöglichkeiten zu sorgen. Dies sollte unter anderem durch Vergünstigungen bei der Plakatwerbung, möglichst kostenneutral für kleine Träger*innen, die Kulturinformationen der Stadt, des Kulturforums, der Tourist-Information (nicht nur für die städtischen Kultureinrichtungen) geschehen und verbessert werden. Zum Beispiel sollten auch

Bauzäune für die Kulturwerbung nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus sollte eine Marketingstrategie mit städtischen Mitarbeiter*innen, freien Träger*innen sowie Stadtmagazinen entwickelt werden, die auch soziale Netzwerke erfolgreicher bespielt.

8.2 Stadt der Kulturen

In Zeiten einer bunten werdenden Gesellschaft wollen wir viele Menschen aller Generationen, Milieus und Kulturkreise für kulturelle Angebote begeistern. Dabei sind uns gut zugängliche Angebote besonders wichtig. Deshalb sollen die Kulturinstitutionen auf ihrem Weg der Öffnung die kulturellen Interessen zukünftiger und jetziger Generationen mit deren vielfältigen Lebensweisen und Kulturen unterstützen.

Dabei ist entscheidend, dass die Kulturbetriebe und die Kulturpolitik für Veränderungen neuer Akteur*innen und neuer Kunstformen offen bleiben.

Unserer Ratsfraktion ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Projektförderung für interkulturelle Projekte erheblich zu erhöhen. Dieser Kurs soll fortgesetzt werden. Mit dem Fonds „Kiel gemeinsam gestalten“ sollen in den nächsten Jahren in den Stadtteilen interkulturelle Projekte angeregt werden. Wir wollen darüber hinaus mehr Mittel für kulturelle Projektförderung bereitstellen und die Flexibilität bei der Vergabe durch die Verwaltung erhöhen. Kultur lebt auch und hier besonders von kurzfristigen Ideen und Aktionen. Diese wollen wir möglich machen, indem wir neben den regulären Projektmitteln einen Etat für innovative Projekte bereitstellen. Daraus sollen Mittel fließen, um Ideen erproben zu können. Dieses Fördersystem muss flexibel, transparent und mutig sein und muss gegebenenfalls Honorare beinhalten.

Kultur als Augenblick-Status eines ständigen Wandlungsprozesses fördert Integration, Vielseitigkeit und Toleranz in der Gesellschaft. Hier sollen neue Ideen geschaffen und ins Leben gerufen werden, indem zum Beispiel Begegnungen durch Kulturtage oder Cross-Over-Projekte, Art Cars, Kultur-Imbisswagen etc. Unterstützung bekommen.

8.3 Kreative Stadtentwicklung – mehr Raum für Kultur

Der öffentliche Raum wird mehr und mehr zu einem Ort, an dem Leben und Kultur stattfinden. Deshalb ist es wichtig, dass der Stadtraum allen Menschen zur Verfügung steht – ohne an Konsum gebunden zu sein.

Wir sehen die Aufgabe von Politik und Verwaltung darin, Kultur und kulturelle Projekte zu ermöglichen und nicht zu behindern und so Freiräume zu schaffen. Wir stehen dabei für einen partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe. Kulturschaffende sollen die Chance haben, gesellschaftliche Trends und Entwicklungen aufzugreifen und neue Formate auszuprobieren. Deshalb sollte die Unterstützung der Leerstandsnutzung auch mit Übernahme der Kosten der Raumnutzung verstärkt werden.

Einen Schwerpunkt der Kulturförderung sehen wir in der Stärkung der Kulturareale. Neben den Kulturangeboten in der Innenstadt hat sich in den Arealen Dietrichsdorf, Gaarden, Mettenhof, Wik und Friedrichsort/Schilksee eine Kulturlandschaft gebildet, die

weiter gestärkt werden soll. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der Stadtteile erbracht. Für die Kulturareale wollen wir hauptamtliche Stellen bei den Kulturinitiativen schaffen, die den Kulturinitiativen eine Professionalisierung ihrer Zusammenarbeit ermöglichen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, Grenzen zwischen den Stadtteilen zu überwinden und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen dem Ost- und Westufer zu verstärken. Die Vernetzung der Akteur*innen soll auf analogem sowie digitalem Weg intensiviert werden.

Vorausschauende Politik muss bereits heute Reformen einleiten, um einen gleichberechtigten Zugang zur kulturellen Infrastruktur zu garantieren, lebendiges Kulturleben und Kreativität zu erhalten und fortzuentwickeln und neuen Nachfragestrukturen gerecht zu werden. Deshalb soll bei der künftigen Gestaltung öffentlicher Räume noch stärker berücksichtigt werden, wie Potenziale für die kulturelle Nutzung und Aneignung geschaffen werden können.

Kiel hat nicht zuletzt durch die Hochschulen eine sehr große Zahl junger Designer*innen, Musiker*innen, Filmemacher*innen, Schauspieler*innen und anderer Nachwuchskünstler*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitsmöglichkeiten, wie bezahlbare Proberäume, Ateliers, Coworking-Räume, Aufführungs- und Ausstellungsorte für Künstler*innen im gesamten Kieler Raum zur Verfügung stehen. Unter anderem werden wir uns dafür stark machen, Orte zu schaffen, an denen Theater- und Musikgruppen proben und auftreten können, sowie Orte, die kreative Freiräume für Theater-, Musik- und Filmemacher*innen bieten.

8.4 Kreativzentren

Im Rahmen der Entwicklung „Kreative Stadt – Wachsende Stadt“ legen wir einen besonderen Fokus auf die Kultur- und Kreativwirtschaft. Deshalb wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Branche stärken und die Erwerbschancen innovativer kleiner Kulturbetriebe sowie freischaffender Künstler*innen verbessern und in diesem Zusammenhang Kreativzentren, wie das Alte Mu Impuls Werk, den Anscharpark oder den Wissenschaftspark, weiterhin unterstützen.

Unsere Ratsfraktion hat in den vergangenen beiden Wahlperioden das Thema „Kreative Stadt“ stark vorangebracht. Daraus sind zahlreiche Initiativen für Kreativquartiere entstanden, die wir weiterentwickeln wollen und denen Perspektiven verschafft werden sollen.

Wir treten deshalb dafür ein, dass attraktive Flächen nicht allein nach vordergründig wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeben werden, sondern dass konkrete Schritte zur Verbesserung des Raumangebots für Kreative und Kulturschaffende unternommen werden.

Leerstände sind oft Anfangspunkte für die kreative Nutzung. Immobilieneigentümer*innen und Künstler*innen sollen – zusätzlich zu den festen Räumlichkeiten für die Kunst – ermutigt werden, Leerstände durch kulturelle Nutzungen mit Leben zu füllen. Wir brauchen hierfür mehr Konzepte, klare Angebote,

Offenheit und gegenseitigen Respekt, um die vorhandenen Ansätze für das Leerstands-Management voranzubringen und zu professionalisieren.

Alte Mu Impuls Werk – kreatives Wohnen und Arbeiten in der Innenstadt

Im Herzen von Kiel in den Gebäuden der ehemaligen Muthesius Kunsthochschule ist in den vergangenen fünf Jahren das Gemeinschaftsprojekt „Alte Mu Impuls Werk“ entstanden, in dem sich Initiativen, soziale Projekte, Künstler*innen, Start-Ups und Sozialunternehmer*innen organisieren. Der Ort hat sich mittlerweile als ein kreatives Zentrum und Veranstaltungsort etabliert. Das Grün geführte Finanzministerium beabsichtigt, die Landesliegenschaft so zu verkaufen, dass die „Alte Mu“ eine dauerhafte Perspektive erhält. Wir begrüßen das innovative Wohn- und Arbeitskonzept der Initiative. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt das Alte Mu Impuls Werk bei der Umsetzung des Projekts unterstützt und die baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

8.5 Kunst im öffentlichen Raum

In der Diskussion der vergangenen Wahlperiode ist deutlich geworden, dass gerade Künstler*innen einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung durch Interventionen im öffentlichen Raum leisten können.

Da es seit Jahren keine Förderung des Landes für Kunst im öffentlichen Raum gibt, das heißt keine prozentuale Abgabe der Landesbaukosten in die Kunst im öffentlichen Raum fließt, fehlen hierfür allerdings die Mittel.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Landeshauptstadt Kiel für Kunst im öffentlichen Raum, so wie es auch andere Städte bereits machen, einen festen Anteil ihrer Baukosten für Hoch- und Tiefbauten in einen Fonds einzahlt, aus dem künstlerische Projekte in den Stadtteilen finanziert werden können. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten der Städtebauförderung für Kunst im öffentlichen Raum, wie für Gaarden bereits beschlossen, genutzt werden.

Mit der Muthesius Kunsthochschule hat Kiel eine Institution, in der bildenden Künstler*innen eine hochwertige Ausbildung geboten wird. Ziel einer guten Kulturpolitik muss es daher sein, Künstler*innen nicht nur auszubilden, sondern auch dafür zu sorgen, dass sie in Kiel und Umgebung ansässig werden beziehungsweise bleiben. Existenziell dafür sind Ateliers, Ausstellungsmöglichkeiten und Vernetzung. Atelierstipendien, wie diejenigen im Ansharpark, sind der richtige Schritt, um Absolvent*innen nach dem Studium den Weg in den Beruf der freien Künstler*innen in Kiel zu ermöglichen und das Netzwerk zwischen den Künstler*innen zu fördern. Neben einer Erweiterung der Ausstellungsmöglichkeiten innerhalb der Stadt, wollen wir die Kooperation mit unseren Partnerstädten in dem Sinne ausbauen, dass im gegenseitigen Austausch Künstler*innen Werke in der jeweiligen Stadt ausstellen können.

8.6 Erinnerungskultur stärken, Kiels Geschichte aufarbeiten

Wir wollen, dass die Geschichte Kiels aus verschiedenen Perspektiven erzählt, diskutiert und ausgestellt wird. Außerdem soll die Stadtgeschichte auch im Stadtbild und im Internet stärker präsent sein.

Dank unserer Initiative wurde endlich im dritten Anlauf ein Konzept für die Aufarbeitung der Kieler Nazivergangenheit beschlossen und eine Stelle hierfür eingerichtet. Wir werden uns dafür stark machen, dass nun auch tatsächlich Taten folgen. Wichtig ist uns, dass Erinnerungsorte an vielen Stellen in der Stadt sichtbar gemacht werden. Wir halten weiter daran fest, dass die Stadtgeschichte Kiels erleb- und sichtbar gemacht werden soll, wozu insbesondere die Geschichte der Zeit des Nationalsozialismus gehört. Inwieweit hierfür zusätzliche Ausstellungsorte sinnvoll sind oder an verschiedenen Orten, zum Beispiel durch Methoden der Virtual Reality, neue Formen der Erinnerungsarbeit etabliert werden können, soll nach Vorlage der Ergebnisse der laufenden Arbeitsprozesse der neu geschaffenen Stelle entschieden werden.

Auch die Kolonialgeschichte stellt eine Erinnerungslücke in Kiel dar, der wir durch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Unrecht der Kolonialherrschaft entgegenzutreten wollen.

8.7 Digitale Chancen nutzen

Wir wollen, dass die Chancen der Digitalisierung mitgedacht und umgesetzt werden. Mithilfe moderner Trends wie Virtual/Augmented Reality kann die Stadt zu einem digitalen Erlebnisraum und den Menschen dadurch anders zugänglich gemacht werden. Die Digitalisierung kann den Kultureinrichtungen völlig neue Möglichkeiten der Vermittlung ihrer Inhalte und der Beziehung zu ihren Besucher*innen geben. Wir wollen deshalb, dass die Kultureinrichtungen beim Aufbau digitaler Angebote seitens der Stadt Unterstützung erhalten.

8.8 Kommunale Kultureinrichtungen weiterentwickeln

Für uns ist klar, dass wir die bestehenden kommunalen Kultureinrichtungen mindestens im bestehenden Umfang erhalten wollen.

Wir wollen die soziokulturellen Zentren in Kiel fördern und ihnen ermöglichen, einen großen Beitrag zu einem progressiven kulturellen Angebot leisten zu können. Wir brauchen als Stadt Freiräume, in denen Kreativität und Vielfalt gelebt werden kann.

Beim Theater sehen wir – neben der bereits etablierten Orchesterakademie - Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Schaffung einer Ballettakademie. Die Zusammenarbeit mit den Schulen soll gestärkt werden. Hierfür bedarf es voraussichtlich zusätzlicher Haushaltsmittel zur Finanzierung der Honorare für Schauspieler*innen, die in den Schulen arbeiten, die wir im Rahmen der Kulturquote realisieren können.

Die Sommeroper gibt Kieler*innen die Möglichkeit, einen niedrighschwelligigen Zugang zur Oper zu finden und ist jetzt schon ein großer Erfolg, der als fester Bestandteil in der

Kieler Kulturlandschaft verankert werden soll. Des Weiteren unterstützen wir weiterhin den Tag der offenen Tür in den Theatern.

Eine der großen Aufgaben der nächsten Wahlperiode wird die Sanierung oder der Neubau des/eines Konzertsaals sein. Wir halten einen Konzertsaal für Kiel für unverzichtbar. Das bedeutet, dass die Stadt bereit sein muss, die Trägerschaft zu übernehmen.

Wir wollen die Musikschule der Landeshauptstadt weiter stärken. Dabei stehen für uns die drei Ziele Dezentralisierung, Ausweitung des Angebots an Popmusik und die weitere Professionalisierung von Angeboten in den Schulen im Vordergrund.

Gemäß unserem Motto „kurze Beine - kurze Wege“ sollen die Angebote der Musikschule für kleine Kinder in den Grundschulen platziert werden. Mit einer Ausweitung des Angebots im Bereich Popmusik soll die Musikschule für breitere Kreise der Bevölkerung attraktiver werden. Durch die Erweiterung des hauptamtlichen Personenkreises soll eine Professionalisierung vorangebracht werden, die für die Sicherung der Professionalität des Angebots erforderlich ist.

Die Stadtgalerie soll in ihrem Umfang erhalten werden, aber zukünftig eine stärkere Rolle in der Koordination der Zusammenarbeit der Einrichtungen der bildenden Kunst und der Muthesius Kunsthochschule spielen. Ziel muss es sein, Kiel als relevanten Ort der bildenden Kunst und somit den Kunstmarkt zu stärken.

Die Stadtgalerie soll mit den anderen Einrichtungen am Standort „Neues Rathaus“ zu einem Kulturzentrum zusammenwachsen und ihr Ausstellungsangebot in Kooperation mit anderen Einrichtungen über den reinen Ausstellungsbereich auf das Stadtgebiet ausdehnen. Aufgabe der Stadtgalerie soll es auch sein, den Dialog mit anderen Ausstellenden zum Thema der Ausstellungshonorare in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) Schleswig-Holstein zu fokussieren, um den Kunstmarkt zu stärken.

Das Angebot der Stadtbilderei soll fortgeführt werden. Die Volkshochschule, die Stadtbücherei mit ihren vielen Nebenstellen in den Stadtteilen und die VHS-Kunstschule bieten mit der großen Zahl an professionellen Fachleuten aus allen Lebensbereichen gerade auch niedrigschwellige Angebote an und sind deshalb von unschätzbarem Wert für alle Kieler*innen. Sie sind Orte der Wissens- und Kulturvermittlung. Auch hier gilt es, sich den Herausforderungen einer sich entwickelnden Gesellschaft zu stellen und die Angebote sensibel weiter zu entwickeln.

Die Museumslandschaft in Kiel wird sich den Chancen einer sich zunehmend digitalisierenden Welt anpassen müssen. Wir wollen von skandinavischen Modellen lernen und die Museen zu Orten entwickeln, an denen sich kulturelles Leben abspielt und nicht nur Wissensvermittlung stattfindet. Die gute Zusammenarbeit unter dem Motto „Museen am Meer“ kann hierfür einen erweiterten Rahmen bilden, wenn sie zukünftig auch von allen Einrichtungen genutzt werden kann. Wir sehen darüber hinaus das große Potential der „Museumsnacht“, die weitergeführt werden soll.

Die Clubkultur in Kiel muss vielseitig sein und ein breites Angebot liefern. Zur Unterstützung der Clubs und zur Steigerung der Akzeptanz bei Anwohner*innen wollen wir einen Lärmschutzfonds bilden, aus dem Lärmschutzmaßnahmen teilfinanziert werden können.

9 Sport - Kiel bewegt sich

Sport erfüllt vielfältige Funktionen. Neben dem Aspekt der Gesundheitsförderung dient Sport der Erholung und Freizeitgestaltung. Er fördert Selbstbewusstsein, soziale Kompetenzen wie Respekt und Fairness, außerdem auch Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft. Wir setzen uns dabei für eine gleichberechtigte Förderung von Individualsport, Vereinssport und Profisport ein. Aus diesem Grund wurden im vergangenen Jahr auf unsere Initiative hin zusätzlich 1,7 Millionen Euro für den Breitensport zur Verfügung gestellt. Davon soll unter anderem ein Fonds eingerichtet werden, aus dem die Kieler Sportvereine Mittel beantragen können.

9.1 Sportvereine sind das Rückgrat des Sports

Die Kieler Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. So haben diese in den vergangenen Jahren unter anderem einen wichtigen Beitrag zur Integration der zu uns geflüchteten Menschen geleistet. Im Sport zählt nicht die Herkunft, die Hautfarbe oder die Religion, sondern der Spaß an Bewegung und sportlicher Leistung.

9.2 Förderung des individuellen Sports

Es ist uns ein besonderes Anliegen, auch den nicht organisierten Sport zu fördern. Ob Jogger*innen, Fitnessfreaks, Skater*innen oder Fahrradfahrer*innen – Sport findet auf unseren Straßen, Plätzen und Waldwegen statt. Daher muss er bei der Stadtplanung entsprechend berücksichtigt werden, beispielsweise durch ausgewiesene Laufwege in Parks und durch mehr Radschnellwege in der ganzen Stadt. Wir setzen uns außerdem für Outdoor-Fitnessgeräte auf öffentlichen Flächen ein, wie es diese bereits im Sport- und Begegnungspark Gaarden gibt.

9.3 Sanierung von Sportanlagen

In der vergangenen Wahlperiode haben wir jährlich 500.000 Euro für die Sanierung von Sportanlagen bereitgestellt. Diesen Haushaltsansatz wollen wir fortführen und nach Bedarf erhöhen. Die Prioritätenliste der Sanierungsmaßnahmen wollen wir aktualisieren. Dabei haben wir bei den Maßnahmen Möglichkeiten zur energetischen Sanierung und ökologischen Umgestaltung von Sportanlagen im Blick. Wir wollen unsere Naturrasenflächen pflegen und sprechen uns gegen die Verlegung von teurem und ökologisch bedenklichem Kunstrasen aus.

9.4 Schwimmen in Kiel

In der vergangenen Wahlperiode haben wir die Kieler Schwimmbadlandschaft auf neue Fundamente gestellt. Wir haben das Eiderbad Hammer mit einem Stahlbecken

zukunftsfähig gemacht, außerdem wird das neue Sport- und Freizeitbad an der Hörn in diesem Jahr eröffnet. Dadurch stehen mehr Kapazitäten für Schul- und Vereinsschwimmen zur Verfügung. Das Bad eröffnet zudem neue Nutzungsmöglichkeiten: Durch den Hubboden ermöglicht das Bad barrierefreie Aquasportangebote und Dank der 50-Meter-Bahn können in der Halle auch Schwimmwettbewerbe stattfinden.

Durch Reparaturmaßnahmen konnte die Schwimmhalle Schilksee geöffnet bleiben. Nun steht im kommenden Jahr die Grundsanierung der Schwimmhalle an, für die wir bereits 5,4 Millionen Euro Haushaltsgelder bereitgestellt haben.

Kieler*innen haben sich erfolgreich für den Erhalt des Freibades Katzheide eingesetzt. Die Sanierung des Freibades soll unverzüglich nach der Saison 2018 beginnen, damit das neue Becken bereits 2019 für die Wettkämpfe im Rahmen der „Special Olympics“ bereitsteht. Mit einer Traglufthalle wollen wir eine ganzjährige Nutzung des Freibads Katzheide für die gesamte Bevölkerung ermöglichen.

Um den Energieverbrauch und die Betriebskosten unserer Schwimmbäder zu verringern, setzen wir uns für die Installation einer Solarthermieanlage ein.

9.5 Inklusion im Sport

Die Sportvereine sind mit ihrem Angebot für uns Partner bei der Inklusion. Besonders freuen wir uns, dass in Kiel 2018 erstmals die „Special Olympics“ ausgetragen werden. Voraussichtlich wird die Veranstaltung der Impulsgeber für weitere Entwicklungen sein. Wir begrüßen die Idee eines inklusiven Stadions in Kiel.

10 Sicherheit und Ordnung

Wir wollen, dass sich die Menschen in Kiel sicher fühlen. Das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Bürger*innen resultiert aus sehr unterschiedlichen Faktoren. Negativ wirken sich in diesem Zusammenhang kriminelle Handlungen, Belästigungen, aber auch unerwünschte Ansprachen, Rücksichtslosigkeit, Lärm, Überforderung und Rechtsverstöße im Straßenverkehr sowie Sachbeschädigung im öffentlichen Raum aus. Vorgänge, die in die Zuständigkeit der Polizei gehören, liegen naturgemäß nicht in der städtischen Verantwortung. Eine parallele Organisationseinheit auf städtischer Ebene halten wir nicht für hilfreich. Wir wollen alle möglichen Wege zur Verbesserung gehen, die für die Kommune zulässig sind. Dazu gehört auch die Stärkung der Ordnungsdienste, in deren Aufgabenspektrum die Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs gehört. Rücksichtslosigkeit und Gefährdung anderer sind angemessen zu ahnden. Für die Erhöhung des Sicherheitsgefühls und auch zur Vermeidung von Verfall sehen wir einen Bedarf im Bereich der städtischen Pflege von Parks und anderen öffentlichen Flächen.

Besonders wichtig ist uns, durch die Vernetzung von Aktivitäten in der Landeshauptstadt Kiel die objektive Sicherheit sowie das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen zu stärken. Dabei ist für uns die Gewährung von Sicherheit und Ordnung

eine Gemeinschaftsaufgabe vieler Verantwortungsträger*innen – nicht nur amtlicherseits, sondern auch vonseiten der Bürger*innen. Die bewährte partnerschaftliche Arbeit von Polizei und Stadtverwaltung sowie kriminalpräventiven Räten wollen wir stärken und ausbauen. Den Dialog zwischen Bürger*innen und Polizei sowie Stadtverwaltung wollen wir weiter fördern.

Darüber hinaus soll der Dialog zwischen allen städtischen Institutionen und den Sicherheitsbehörden mit den Moscheegemeinden gestärkt werden, um den religiösen Extremismus und die Radikalisierung von Jugendlichen frühzeitig zu bekämpfen. Die Sicherheit des Landes ist ein wichtiges Thema auch für Deutsche mit Migrationshintergrund. Aus diesem Grund sollen sie die Chance erhalten, sich daran zu beteiligen.

Die Beteiligung der Bürger*innen an der Gestaltung ihres Wohn- und Lebensumfeldes ist eine demokratische Beteiligungsform, die wir stärken wollen.

Eine hohe Transparenz durch regelmäßige Veröffentlichungen und Veranstaltungen zu der tatsächlichen Kriminalitätssituation ist uns wichtig. Denn wir setzen auf Prävention statt Repression, sowie auf Aufklärung statt Panikmache. Wir wollen belebte öffentliche Räume schaffen, um Tatgelegenheiten zu minimieren und bei Planungen bewusst den Aspekt der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls berücksichtigen.

Repressionen gegen Menschen, die im öffentlichen Raum von anderen als störend empfunden werden, weil sie ohne festen Wohnsitz sind, „herumlungern“ oder ähnliches, lehnen wir ausdrücklich ab. Der öffentliche Raum gehört allen Menschen. Statt einer Politik der Verdrängung, wollen wir Hilfe anbieten. Wohnungslosigkeit, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit, soziale Verwahrlosung und anderes sind Probleme, die Hilfsangebote erfordern.

11 Bürgernahe und mitarbeiter*innenfreundliche Verwaltung

In den vergangenen Jahren hat die Verwaltung erste Schritte zur modernen Dienstleisterin gemacht. Wir wollen diesen Weg auch weiterhin aktiv unterstützen und mitgestalten. Verwaltungsmodernisierung muss sich daran messen lassen, wie gut sie die Interessen und Bedarfe der Bürger*innen erfüllt, die Aufgaben angemessen und wirtschaftlich bewältigt und für die Mitarbeiter*innen gut zu erledigen ist.

Stetige technologische Veränderungen sind Herausforderungen für alle Beteiligten. Die Bürger*innen sind unterschiedlich darauf eingestellt. Nicht jede technische Veränderung trifft auf Zustimmung bei allen, nicht zuletzt, weil die individuellen Zugänge unterschiedlich sind. Dies muss zukünftig stärker bei Veränderungsprozessen berücksichtigt werden. Was für manche eine technische Erleichterung ist, stellt andere vor Hürden, die nur schwer zu überwinden sind. Den Zugang aller im Blick zu halten, gehört deshalb in den Fokus unserer Begleitung und Mitgestaltung.

Der digitale Wandel führt zu veränderten Erwartungshaltungen der Bürger*innen auch gegenüber der Stadt. Wir unterstützen die E-Government-Strategie des Landes

Schleswig-Holstein. Die Stadt soll in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Digitalisierung diese Strategie weiter umsetzen. Gerade zu Semesterbeginn kommt es zu langen Wartezeiten im Bürgeramt. Ziel einer erfolgreichen E-Government-Strategie sollte es sein, Bürger*innen die Möglichkeit zu geben, Anträge wie Ummeldungen auch digital zu stellen. So würde wieder Raum für mehr persönliche Beratungen geschaffen werden.

Veränderte technische Anforderungen verlangen von Mitarbeiter*innen einen stetigen Prozess der Aus- und Weiterbildung. Den Angeboten zur laufenden Qualifizierung muss deshalb eine besondere Beachtung geschenkt werden. Individuelle, passgenaue Angebote werden dabei verstärkt in laufende Arbeitsprozesse zu integrieren sein. Dazu braucht es eine fachlich breit aufgestellte und für die Anwender*innen offene, strategische Planung sowohl übergreifend als auch für die verschiedenen Bereiche der Verwaltung.

Damit Führungskräfte die unterschiedlichen Bedarfe ihrer Mitarbeiter*innen erkennen können, bedarf es guter Angebote zum Aus- und Aufbau von Führungskompetenzen, die kontinuierlich anzubieten sind und fester Bestandteil der Führungskräfte-tätigkeit sein müssen. Gute Arbeit steht und fällt häufig mit guter Führung.

Wir setzen auf ein Personalentwicklungskonzept, das die Verwaltung in die Lage versetzt, ihre Aufgaben dauerhaft effizient zu erfüllen. Dazu gehört eine kontinuierliche und enge Abstimmung mit den Beschäftigten und den Personalräten. Neue Kommunikationsmöglichkeiten sollen dabei genutzt werden, um z.B. durch Umfragen mit Bewertungsmöglichkeiten oder Ideenportalen kurzfristig Mitarbeiter*innen einzubeziehen.

Wichtig ist uns, dass Entscheidungen dort vorbereitet und getroffen werden, wo das Fachwissen vorhanden ist. Dezentrale Budgetverantwortlichkeiten sollen dazu beitragen, das Ziel umzusetzen.

Ebenso wie die ständige Aufgabenkritik muss die Personalplanung ein kontinuierlicher Prozess sein. Um junge Menschen für eine Tätigkeit bei der Stadt zu begeistern, muss die Werbung auch Menschen mit Nachqualifizierungs- und Unterstützungsbedarfen ansprechen. Wir wollen mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung durch Fortbildung der aktuellen Mitarbeiter*innen, aber auch durch eine stärkere interkulturelle Durchmischung durch Neueinstellungen. Dazu gehören auch junge Geflüchtete, deren Zugang zum Arbeitsmarkt noch mit notwendigen flankierenden Maßnahmen einhergeht. Für Quereinsteiger*innen in die Verwaltung sind vermehrt Qualifizierungsangebote einzuplanen, auch um deren berufliche Erfahrungen für die Verwaltung verstärkt nutzbar zu machen. So kann eine Win–Win–Situation entstehen.

Die Unterstützung der Menschen bei Arbeitszeitmodellen, die ihren persönlichen Vorstellungen und Anforderungen entsprechen, wollen wir weiter fördern. Dazu gehört, Mitarbeiter*innen dabei zu unterstützen, Erwerbsarbeit und familiäre Sorgearbeit miteinander zu vereinbaren. Gleichzeitig darf es Mitarbeiter*innen bei Bewerbungen auf

andere Stellen sowie bei Beförderungen nicht zum Nachteil gereicht werden, wenn sie zu diesen Zwecken Auszeiten oder Phasen der Teilzeitarbeit genommen haben.

Gesundheit ist die Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter*innen. Gesunde und motivierte Mitarbeiter*innen sind nicht nur angesichts des demographischen Wandels immer wichtiger, sondern auch weil ein Betrieb bzw. eine Verwaltung nur mit einer motivierten und gesunden Belegschaft im Wettbewerb bestehen kann. Die Verwaltung als Arbeitgeberin ist in der Verpflichtung, alles ihr Mögliche für die Gesundheit der Mitarbeiter*innen zu unternehmen. Das betriebliche Gesundheitsmanagement ist ein wichtiger Teil dafür. Darüber hinaus sollten Mitarbeiter*innen aus gesundheitlichen, wie aus verkehrs- und umweltpolitischen Gesichtspunkten angemessen darin unterstützt werden, für Dienstwege auf Fuß, Fahrrad und den ÖPNV zurückzugreifen. Die Mehrfachbelastung durch die Wahrnehmung von familiärer Sorgearbeit und Erwerbstätigkeit gehört zu den großen Herausforderungen für die Betroffenen. Wir wollen deshalb weiter neuen, flexiblen Arbeitszeitmodellen, die auch kurzfristigen Herausforderungen entsprechen, Chancen geben.

Einen besonderen Wert erkennen wir im Aufbau bzw. der Stärkung einer offenen und wertschätzenden Kultur der Zusammenarbeit.

11.1 Verwaltung und Haushalt

Verwaltungshandeln ist an den Grundsätzen von Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu messen, wobei jeweils die Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit Maßstab sein müssen. Weiterentwicklungen und neue Möglichkeiten sind immer auf ihre Zielgenauigkeit, Kosten und Nutzen sowie Risiken zu hinterfragen und bei positiver Bewertung möglichst zeitnah umzusetzen.

Der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit kann auch für die kommenden Jahre ein geeignetes Instrument sein, Aufgaben gut und zudem Ressourcen sparend zu erledigen. Erfolgreiche Beispiele mit den Umlandgemeinden gibt es bereits in verschiedenen Bereichen (zum Beispiel die Förde-Volkshochschule und die Rettungsdienstleitstelle). Deshalb wollen wir neue Kooperationen unterstützen.

Eine gut aufgestellte Verwaltung steigert die Attraktivität unserer Stadt. Um das hohe Niveau unserer Verwaltung beizubehalten und strukturell noch weiter auszubauen, ist es notwendig, die sowohl technischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen zu kennen, zu bewerten und daraus Verfahrensschritte abzuleiten. Dazu sind die Betroffenen in allen Stufen in geeigneter Form zu beteiligen. Nur die Vielfalt des Sachverständes aller steht für gute Ergebnisse. Wir setzen deshalb auch weiterhin auf einen partnerschaftlichen und kooperativen Umgang zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung. Gemeinsam wollen wir uns auch der Aufgabe stellen, getroffene Entscheidungen in geeigneten Intervallen oder anlassbezogen zu hinterfragen. Nur wer offen dafür ist, kann mögliche Fehlentwicklungen – zum Beispiel durch veränderte Rahmenbedingungen - erkennen und geeignete Maßnahmen ergreifen. Für die dazu

erforderliche Kultur des wertschätzenden und kritisch-konstruktiven Diskurses setzen wir uns weiterhin ein.

Wir setzen uns für eine handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung ein, die auf allen Ebenen transparent und kostenbewusst handelt. Kostenbewusstsein bedeutet für uns, die kurz- und langfristigen Folgen des Handelns zu erfassen und abzuwägen, um perspektivisch einen generationengerechten Haushalt zu erreichen. Kurzfristige, billige Lösungen erweisen sich in langfristigen Bewertungen vielfach als die ungünstigste Variante - und tragen zur Unzufriedenheit aller Beteiligten und Betroffenen bei.

Bei der Entscheidung, was die Stadt selbst und was sie durch Dritte erledigen lässt, müssen langfristige Wirkungen einbezogen werden. Soweit Dritte die Aufgaben übernehmen sollen, ist die Qualität durch die entsprechenden Anforderungen an die Fachlichkeit sicherzustellen und auch eine angemessene Personalausstattung für die notwendige Kontrolle durch die Verwaltung vorzuhalten. Diese Kosten müssen bei Wirtschaftlichkeitsberechnungen in angemessener Höhe mitberücksichtigt werden. Standards, die auf Dauerhaftigkeit und langfristige Wirtschaftlichkeit abzielen, sind festzulegen.

Die Haushalte der Stadt müssen sich an den Aufgaben und an den Bedarfen orientieren, sind aber in der Realität durch die Genehmigungsfähigkeit durch das Land geprägt. Insbesondere im Bereich der Pflege, Unterhaltung und Erneuerung der Infrastruktur zeigen sich seit Jahren da durch Folgen, die gefährlich werden können. Zu geringe Aufwendungen für die Pflege der Infrastruktur schlagen in der Zukunft mit hohen Kosten für eine Grunderneuerung zu Buche. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, bleibt weiterhin unser Ziel. Dies wird aber nur zu bewerkstelligen sein, wenn die finanzielle Ausstattung der Stadt für die Aufgabenwahrnehmung hinreichend ist. Dies ist seit Jahren nicht der Fall und muss deshalb weiterhin sowohl auf Landes- als auch Bundesebene nachdrücklich eingefordert werden.

Wir können weiterhin nicht akzeptieren, dass Investitionen, die über Fördermittel, Gebühren oder Kostenübernahme durch Dritte refinanziert werden, also rentierlich sind, bei der Kreditobergrenze im Genehmigungsverfahren durch das Land beschränkt werden. Dies verhindert eine nachhaltige Stadtentwicklung und behindert sinnvolle Kooperationen mit anderen Kommunen.

Wir haben in den vergangenen Jahren die Verwaltung dabei unterstützt, die Anforderung von kostendeckenden Gebühren umzusetzen. Dies wollen wir auch weiterhin tun. Gleichwohl wollen wir weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Teilhabe in unserer Stadt nicht durch individuell, enge finanzielle Grundbedingungen, insbesondere in Familien, gefährdet wird. Wir setzen uns deshalb weiterhin für sozial gestaffelte Gebühren in bestimmten Bereichen ein.

Die kommunalen Steuersätze in Kiel sind in den vergangenen Jahren wegen der angespannten Haushaltssituation erhöht worden. Hier sehen wir die Grenzen erreicht. Wir setzen uns deshalb weiterhin für die angemessene finanzielle Grundausstattung der

Stadt durch das Land und den Bund ein. Die finanzielle Grundausstattung muss in der Höhe erfolgen, dass die Aufgaben der Stadt damit angemessen erfüllt werden können. Zudem benötigt Kiel ebenso wie andere Städte des Landes eine Entlastung bei den, aus der nicht angemessenen Grundausstattung resultierenden, aufgelaufenen Altschulden.

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, die in Kiel erfolgt, wollen wir beenden. Dabei kommt dem Ziel des Landes, eine angemessene Finanzausstattung für die Kommunen zu schaffen, eine wesentliche Rolle zu. Eine Benachteiligung der Kieler Bürger*innen gegenüber denen anderer Kommunen erscheint uns nicht gerecht und deshalb nicht akzeptabel.

Wir verfolgen das Ziel, verlässliche Einnahmequellen für Kiel zu erschließen. Deshalb ist es wichtig, dass der Bund endlich die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer und die Grundsteuer unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte weiterentwickelt.

11.2 Haushaltssteuerung

Mit der Einführung der Doppik, eine auf die öffentliche Verwaltung übertragene Form der kaufmännischen Buchführung, sollte mehr Transparenz und ein höheres Kostenbewusstsein einhergehen. Diese Erwartung hat sich bundesweit nicht erfüllt. Die praktische Umsetzung ist immer noch geprägt von einem erheblichen Transparenzverlust. Die Einführung in der Form des wirkungsorientierten Haushaltes mit Kennziffern, die Ziele definieren und kontinuierliche Controllingprozesse ermöglichen, sollten dazu führen, die notwendige Transparenz zu erreichen. Auch hier ist festzustellen, dass dieses Steuerungsinstrument bisher nicht in der erforderlichen Form umgesetzt wurde. Deshalb muss auch für die dritte Wahlperiode nach Einführung der Doppik die Umsetzung von geeigneten Steuerungsinstrumenten in der Verwaltung eingefordert und intensiv begleitet werden. Die verschiedenen Verwaltungsbereiche in der Stadt müssen dabei in ihrer Vielfalt Berücksichtigung finden und zugleich eine hohe Einheitlichkeit im Verfahren und in der Darstellung sichergestellt werden. Eine komplexe und langwierige Aufgabe, die dringend der Umsetzung bedarf, damit bei den Entscheidungen der Selbstverwaltung die Wirkungsorientierung stärker in den Fokus rücken kann und die Verwaltung die Umsetzung hierin ausrichten kann.

12 Bürgerbeteiligung und innerstädtische Demokratie

Demokratie muss fortwährend intensiv gelebt werden, sonst stumpft sie ab und wir verlieren sie. Menschen ehrlich und ernsthaft an der Ausgestaltung unserer Demokratie teilhaben zu lassen, ist das beste Instrument, um sie zu stärken und Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen. Die Landeshauptstadt Kiel hat sich auf Grund unserer Initiative mit der Entwicklung der Leitlinie Bürgerbeteiligung schon auf den Weg zu mehr Teilhabe gemacht. Diesen Weg wollen wir in der nächsten Legislaturperiode mutig weiter beschreiten, dafür sorgen, dass die Leitlinien umgesetzt werden und die Instrumente der Beteiligung stetig evaluieren und weiterentwickeln. Damit wollen wir

dazu beitragen, die Demokratie in Kiel zu stärken und zu einem wehrhaften Bollwerk gegen Rechtsextremismus und Fanatismus machen.

Unser Ziel ist, dass alle Kieler*innen an Entscheidungen, die sie betreffen, langfristig nicht nur beteiligt werden, sondern an diesen Entscheidungen selbstbewusst und emanzipiert teilhaben können. Um dieses Ziel zu erreichen werden wir selbstkritisch auch immer die eigene Rolle als Partei hinterfragen und die bestehenden Entscheidungswege und Gremien einem kritischen Blick unterwerfen. Wir werden prüfen, ob neue Instrumente einen Beitrag zur Stärkung des Gemeinwesens beitragen können, wie etwa Elemente der partizipativen Demokratie, beispielsweise Zukunftsforen und Online-Beteiligungsverfahren. Entscheidungen wollen wir weitestgehend dorthin verlegen, wo sie auch ihre Wirkung entfalten.

Dabei wollen wir in der Kieler Bürgerschaft eine Debattenkultur stärken, die auf Respekt und Fakten aufbaut. Wir wollen Verständnis und gegenseitige Anerkennung in den Mittelpunkt stellen. Damit alle Kieler*innen sich jederzeit ein vollständiges Bild machen können, werden wir den eingeschlagenen Weg zu mehr Transparenz fortsetzen und Initiativen der Landesregierung für eine Transparenzgesetzgebung nach Hamburger Vorbild unterstützen. Dies bedeutet für uns auch, dass Beiräte und Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen, sofern Vertraulichkeit nicht gesetzlich zwingend erforderlich ist. Unser Ziel ist „Open Government“ mit einer Verwaltung, die transparent und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeitet.

Da Demokratie der Grundpfeiler unserer gesamten Gesellschaft ist, wollen wir auch Schulen, Hochschulen und Betriebe dabei unterstützen ihre demokratische Kultur zu stärken und auszubauen. So legen wir den Grundstein für eine langfristige Stabilität unserer Gesellschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Kiel

Alter Markt 9
24103 Kiel
T: 0431 59 33 8 30

kgf@gruene-kiel.de
www.gruene-kiel.de

Spendenkonto:

Förde Sparkasse - IBAN: DE36210501700091032557 - BIC: NOLADE21KIE

V.i.S.d.P.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Kiel,
Gazi Sikican, Alter Markt 9, 24103 Kiel